DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

134 12. JAHRGANG November '95 8,00 DM

SCHWERPUNKTTHEMA:

Müllvermeidung oder »Abfallwirtschaft«

Göttingen, 27.9.1995. Vor dem alten Rathaus haben SchülerInnen einen großen Haufen aus »Gelben Säcken« mit Verpackungsmüll aufgeschichtet. Auftakt zum bundesweiten Aktionstag der Kampagne »Total tote Dose«. Auflösung des Dualen Systems – Abschaffung des »Grünen Punktes«, so lauten die zentralen Forderungen der Jugendlichen.

27.9.1995 Anti-DSD-Aktion in Göttingen — Foto: Jugendumweltbüro Göttingen

Peter von Rüden/Gert Sanders; Red. Jugend & Umwelt ● Mit dem Schwerpunkt »Abfall« widmet sich CONTRASTE diesen Monat einem eher klassischen Umweltthema. Obwohl derzeit in der Abfallpolitik wichtige Entscheidungen anstehen, ist Müll in der Umweltbewegung kaum mehr im Gespräch. Nach Skandalen um »Gelbe Säcke« in französischen Teichen ist es auch um die »Duales System Deutschland GmbH« und den »Grünen Punkt« wieder ruhig geworden. In der parlamentarischen Sphäre werden derweil mit der geplanten Novellierung der Verpackungsverordnung und dem sogenannten Kreislaufwirtschaftsgesetz Weichen für die Abfallpolitik gestellt. Müllvermeidung tritt gegenüber den Konzepten einer »Abfallwirtschaft« immer mehr in den Hintergrund.

Gerade am Thema »Müll« tritt der Widerspruch zwischen dem Glauben an technische Lösungen ökologischer Probleme und der Forderung nach einem anderen Lebensstil und einer anderen Form von Wirtschaft deutlich zu Tage. In seiner Öko-Bilanz für Getränkeverpakkungen weist das Umweltbundesamt darauf hin, daß weite Transportentfernungen die ökologischen Vorteile von Mehrwegverpackungen rasch zunichte machten. Das bedeutet, daß es nicht umweltfreundlich sein kann, einen Joghurt aus Bayern in Schleswig-Holstein zu verkaufen; egal in welcher Verpackung. Zunehmende Zentralisierung in Lebensmittelindustrie und Handel macht ökologische Konzepte von vorne herein zu nichte. Das Müllproblem ist Produkt einer von Kapitalverwertungsinteressen bestimmten Wirtschaftsordnung; das mögen auch viele Organisationen der Umweltbewegung nicht so direkt auf den Tisch bringen.

In diesem Schwerpunkt bringen wir anläßlich des bundesweiten Aktionstages der Jugendinitative »Total tote Dose« gegen das Duale System am 6. November vor allem Hintergrundinformationen über die anstehenden Entscheidungen im Bereich Verpackungsmüll und »Abfallwirtschaft«. Diese sind immer auch Entscheidungen für die Interessen von Industrie- und Handelsgiganten oder für eine regional orientierte, dezentrale Ökonomie. Auch für Selbstverwaltung und alternative Ökonomie werden damit gesellschaftliche Rahmenbedingungen zementiert. Wir hoffen, die »vergessene« Debatte um die Zukunft der Abfallpolitik wieder ein Stück in die umweltpolitische Diskussion einzubringen. ●

SCHWERPUNKTTHEMA

Von grünen Punkten und gelben Säcken Seite 7
Recycling-Märchen: Wiederverwertung? Seite 7
Aktionen gegen Einwegmüll: Total tote Dose Seite 8
Vielzwecknorm: Lichtung im Gläserwald Seite 8
Kommunale Verpackungssteuer: Geld für Müll Seite 8
Kreislaufwirtschaftsgesetz: Das Geschäft werden die großen Entsorger machen Seite 9
Ein Umweltkrimi: Beobachtungen am Müllberg eines Provinzortes Seite 9

AUS DEM INHALT:

TISCHLERINNENTREFFEN

Das Tischlerinnentreffen erfreut sich uneingeschränkter Beliebtheit. Im Oktober kamen in Bielefeld wieder 90 Frauen zusammen, um ihre Berufserfahrungen in unterschiedlichen Arbeitsgruppen auszutauschen. Dabei ging es um den konkreten Alltag als Frau im Betrieb genauso, wie um handwerkliche Fragen und die Berufsperpektiven. Mehr darüber von Fiona Dancy auf Seite 2.

WIDERSTAND

Drei Monate standen kleine und große Zelte der BürgerInneninitiative neben dem Genacker der Firma van der Have im südbadischen Buggingen und zwei Aussaatversuche von Genmais konnten verhindert werden. Zeitweise wurden über 100 Leute mobilisiert. Näheres zum heißen Sommer in BugginGEN auf Seite 3.

GENOSSENSCHAFTSGRÜNDUNG

»Linke Presse- und Verlagsgenossenschaft junge Welt e.G. i.Gr.« nennt sich die neu gegründete Genossenschaft, die einmal Mehrheitseigner des herausgebenden Verlages werden soll. Nach der Belegschaftsübernahme im April 1995 (siehe CONTRASTE Nr. 129) ein weiterer Schritt zur Stabilisierung dieses Tageszeitungsprojekts. Näheres auf Seite 6.

DISKUSSION

Über die Notwendigkeit eines grundlegenden Kulturwandels sind sie sich einig: Die postmoderne Linke und die New-Age oder Esoterik-Bewegung. Jedoch unterscheiden sie sich in der Sprache, den Schönheitsidealen und den Menschen und Weltbildern so grundsätzlich, daß sie kaum miteinander reden können. Unser Autor Jörg Sommer stellt auf Seite 10 einen Verständigungsversuch zwischen den beiden Subkulturen zur Diskussion.

PROJEKTE IN DER DISKUSSION

ZEGG und Meiga existieren nicht erst seit dem Geländekauf 1991 in Belzig, sondern sind Projekte eines seit knapp zwanzig Jahren bestehenden Denk-und Aktionszusammenhangs – der AAO (Aktions-Analytische Organisation). Nähres im dritten Teil unserer Serie über das ZEGG auf Seite 11.

KRITIK AM ÖKO-AUDIT

UnternehmensGrün, der Verband zur Förderung umweltgerechten Wirtschaftens, erklärte bei seiner Jahrestagung, wenn mit dem Öko-Audit-Zertifikat geworben werde, seien Firmen mit tatsächlichen ökologischen Pionierleistungen benachteiligt. Der Verband fordert eine Verbesserung des Öko-Audit auf der Grundlage umfassender Öko-Bilanzen. Seite 12

TECHNOKRATENMÄRCHEN ?

»Zukunftsfähiges Deutschland – ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung« heißt eine Studie, die das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie Ende Oktober einer ausgewählten Schar von Eliten aus Politik und Wirtschaft präsentierte. Auftraggeber waren der BUND und Misereor. Eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Studie auf Seite 13.

AUSSERDEM

Buchbesprechungen und Zeitschriftenschau auf Seite 14.

P 8008 E

DEUTSCHE KAFFEEPLANTAGENBESITZER IN CHIAPAS

Ein Platz an der Sonne

Der »alternative Kaffeekrieg« um mexikanischen Ökokaffee der Firma Lebensbaum eskalierte unlängst mit juristischen Schritten gegen CONTRASTE (siehe S. 5 »FairTrade oder Kalter Kaffee«). Ein von uns dokumentiertes Interview mit einem Mitglied der zapatistischen Gegenregierung war Anlaß hierfür. Unstrittig dabei ist, wie deutsche und deutschstämmige Großgrundbesitzer in dieser Region Mexikos beim Kaffeeanbau die Indios ausbeuten. Ein Artikel der Zeitschrift AK (Analyse und Kritik) aus Hamburg faßt dies zusammen und wird von uns daher als Hintergrundmaterial mit freundlicher Genehmigung des Verlages nachgedruckt.

Boris Alexander (analyse & kritik hh) ● Im Obergeschoß des exquisiten Kaufhaus des Westen am Berliner Wittenbergplatz befindet sich die »Feinschmeckeretage«. Hier wählen Damen im schicken Nerz und Herren in sportlich geschnittenen, dunkelblauen Blasern erlauchte Leckerhappen für feierliche Anlässe oder auch nur das profane Alltagsvergnügen aus. Wer einen der freundlichen Verkäufer nach dem Edelkaffee Marke »Lopuro Maragogype. Mexikanischer Hochlandkaffee der absoluten Spitzenklasse« fragt, bekommt anstandslos die Antwort: »Selbstverständlich führen wir die besten Kaffeesorten der Welt«.

Wenn zu Hause nach dem Menü das Caramelflambee auf der Zunge zergangen ist, die gepflegte Unterhaltung über dies und das zu versiegen droht, weil man Geschäft und Politik bereits hinreichend behandelt hat, lockert ein Kaffeedessert die Stimmung wieder auf. Ein Täßchen Kaffee Marke »Lopuro Maragogype« ist nun gerade recht. Wie schön, daß es da die Karl Hudler GmbH in den Pickhuben 4 in 20457 Hamburg gibt. Denn die Karl Hudler GmbH ist im Kaffeeimportgeschäft tätig, beliefert das Kaufhaus des Westen und sorgt für Nachschub an der edlen Bohne »Lopuro Maragogype«. Herr Hudler verfügt über exclusive Verbindungen zu einer der produktivsten Kaffeeplantagen Lateinamerikas. Ein Blick auf das Etikett des Edelkaffees verrät, wo er gepflückt wurde: »Cafetal Selva Negra – Chiapas, Mexico«. Das Cafetal »Selva Negra« zu deutsch: »Schwarzwald« ist auf der Finca »Liquidambar« angesiedelt.

Die Kaffeefinca Liquidambar im mexikanischen Bundesstaat Chiapas produziert allerbeste Qualität, und das zu günstigen Preisen. Damit die florierenden Geschäftsbeziehungen zwischen Familie Hudler aus den Pickhuben 4 in Hamburg und Familie Schimpf, Eigentümerin der Finca Liquidambar, auch in Zukunft auf solidem Boden stehen, haben Karl Hudlers Sohn Lorenz und Marianne Schimpf geheiratet. Warum auch nicht? Schließlich sind die deutschstämmigen Kaffeeplantagenbesitzerfamilien in Chiapas seit beinahe 100 Jahren hervorragend damit gefahren, die Beziehungen zum Vaterland nicht abbrechen zu lassen. Und familiäre Allianzen bieten eine solide Grundlage für politische und wirtschaftliche Kooperation.

Preußen am Pazifik

Die Kaffeefinca Liquidambar der Familie Schimpf liegt im Soconusco, dem Küstenstreifen an der Pazifikküste des mexikanischen Bundesstaates Chiapas. Gleich in der Nachbarschaft hat Don Folke von Knoop seinen Gutsbesitz. Seine Finca heißt »Prusia«, unschwer als »Preußen« zu dechiffrieren, auch wenn man der spanischen Sprache nicht mächtig ist. Ein Ableger der Familie von Knoop hat im Jahr 1896 die Finca Prusia gegründet, der Name sollte an den geliebten Heimatboden der Junkerfamilie erinnern. Auch die Kaffeefincas »Nueva Alemania«, »Hamburgo«, »Bremen«, »Hanover« und »Lubeca« befinden sich im Südzipfel Mexikos kurz vor der guatemaltekischen Grenze.

Fortsetzung auf Seite 4/5

6. BUNDESWEITES TISCHLERINNENTREFFEN IN BIELEFELD

Fortbildung, Ausbildung und Spaß

»Sich schüttelnde, schneefressende grüne Schafe spielen Backgammon zur Käseherstellung!!«

Fiona Dancy, Redaktion Handwerk ● Eine gelungene Mischung aus Fortbildung, Austausch und Spaß war das Fazit des diesjährigen Tischlerinnentreffens vom 30. September bis 3. Oktober in Haus Einschlingen bei Bielefeld. Zum sechsten Mal trafen sich Meisterinnen und Auszubildende, Selbstständige, Gesellinnen, Reisende, Angestellte und Arbeitslose, um sich kennenzulernen und wiederzusehen, um an den angebotenen Arbeitsgruppen teilzunehmen und um ihre mitgebrachte Anliegen in selbstorganisierten Arbeitsgruppen zu bereden.

Auf Wunsch vieler Teilnehmerinnen vom letzten Jahr wurde das Treffen um einen Tag verlängert und fand also an einem Feiertagswochenende statt. Vermutlich deswegen waren nicht ganz so viele Frauen da wie letztes Mal. Über drei Tage verteilt waren wir wohl um die 90 Frauen. Dafür konnten aber zum ersten Mal mehrere Arbeitsgruppen einen ganzen Tag Zeit für sich beanspruchen, ohne daß frau befürchten mußte, alles andere zu verpassen. Das eröffnete neue Möglichkeiten für die Themen, die bearbeitet werden konnten.

So gab es am ersten Tag ganztägig Referate in Arbeitsgruppen zu den Themen Baubiologie (Regina Amst) und Frauentischlereien bzw. der Weg in die Selbstständigkeit (Kreischsäge/Bochum und Ungehobelt/Bremen). Zudem trafen sich noch einen Vormittag oder einen Nachmittag lang die Gruppen »Austausch von Tischlerinnen in der Ausbildung«, »Erfahrungen mit biologischer Oberflächenbehandlung« und »Perspektiven im Beruf? für langjährige Tischlerinnen«. Die Teilnehmerinnen der letzten Arbeitsgruppe gingen etwas frustriert in den Abend hinein. Stellten doch fast alle anwesenden Frauen aus gesundheitlichen Gründen eine langfristige Perspektive als Tischlerin in der Produktion in Frage, ohne unbedingt von den Alternativen, auszubilden oder in Richtung Design zu gehen völlig überzeugt zu sein. Auch sie konnten sich dann beim Tanzen bis in die frühen Morgenstunden abreagieren.

Am Montag konnten die Fortbildungswütigen zwischen »Computerprogramme für Tischlerinnen« (IBM) und »Beratungstraining« (Elisabeth Oelmaier) wählen.

Tischlerinnentreffen '95: Die Vorbereitungsgruppe

Allerdings waren beide Gruppen für Tischlerinnen mit Berufserfahrung gedacht und erforderten von der Struktur her zudem noch eine Teilnehmerinnenbegrenzung. Einige Frauen setzten sich zum Thema »Perspektiven im Beruf? für Berufsanfängerinnen« zusammen, andere tauschten sich über ihre Erfahrungen als »Tischlerin im pädagogischen Bereich« aus, noch andere genossen einfach das etwas freundlichere Wetter und gingen im Wald spazieren. Nicht daß die Bewegung bei all diesen Arbeitsgruppen zu kurz gekommen ist, oh nein: Insgesamt vier Mal wurde eine einstündige »Rückenschule« (Petra Engemann) angeboten, die außer praktischen Übungen noch Theorie für die Werkstatt vermittelte.

Zur Abschlußrunde am Dienstag Vormittag blieben nur noch ca. 45 Teilnehmerinnen. Das vereinfachte natürlich die Kommunikation, war aber schade angesichts des Wunsches, daß möglichst viele Frauen sich an der Gestaltung der Tischlerinnentreffen in irgendeiner Art und Weise beteiligen.

Da es bereits am Montag Abend gelungen war, eine Vorbereitungsgruppe für das Treffen 1996 zu finden – nach Berlin, Franfurt/Darmstadt, Göttingen/Kassel und Köln/Wuppertal erklärten sich jetzt Frauen aus Bremen/Hannover dazu bereit – konnten die Ideen und Anregungen direkt aufgenommen werden. Außer Wiederholung bzw. Fortführung von fast allen Referaten und Arbeitsgruppen, wurden Gestaltung/Design, Abholzung der borealen Wälder, Baustoffkunde und Japanisches Holzhandwerk als Themenwünsche geäußert. Es bleibt zu hoffen, daß die Zuschüsse weiterhin so reichlich fließen, damit solche hochqualifizierten Fortbildungsangebote zu einem so niedrigen Preis auch in Zukunft möglich sind!●

FORTBILDUNG

Einjährige Ausbildung:

Trauerprozesse und Zyklische Gruppenarbeit

Die Fähigkeiten, die eigene Trauer zu leben und andere in ihrer Trauer zu begleiten, sind miteinander verbunden. Beides verlangt von uns in besonderem Maße die Fähigkeit des Annehmens, denn eines jeden Menschen Weg in der Trauer ist einzigartig. Unser Mit-Gehen, Da-sein und Aushalten kann Trost bringen.

Diese Ausbildung richtet sich an Menschen, die beruflich / in der Selbsthilfe / aus persönlichem Interesse trauernden Menschen begegnen und sie begleiten (wollen), oder die in den »helfenden Berufen« ihren Blickwinkel in Bezug auf Trauerprozesse erweitern möchten. Sinn der Ausbildung ist die Förderung von Einfühlungsvermögen, Vertrauen in die Wahrnehmung von Lebensprozessen und eigenen Ideen. Die TeilnehmerInnen lernen, Trauerprozesse zu erkennen, in denen sich die ratsuchenden, kranken oder sterbenden Menschen befinden und beschäftigen sich mit Formen und Arbeitsweisen der Trauerbegleitung. Mit der Zyklischen Arbeit wird eine lebendige Methodik vermittelt, die die Entfaltung der Trauer mit ihren Schmerzen und ihren heilsamen Kräften unterstützen und auch in der Begleitung Halt und Kraft geben kann.

Der nächste Lehrgang beginnt im April 1996 und findet im Hunsrück (Rheinland-Pfalz) statt. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:
TrauerWege – Beratung und Begleitung für Menschen in Verlust- und Krisensituationen e.V., Greiffenklaustr. 15, D-55116 Mainz, ☎(0 61 31) 23 11 00●

BERLIN: STADTFORUM VON UNTEN

Am 9. Oktober versammelten sich rund 250 Vertreter von circa 80 Berliner Bürgerinitiativen und Betroffenenvertretungen in den Räumen des Varietés Chamäleon (Hackescher Markt, Mitte) zum ersten Stadtforum von Unten. Beklagt wurde vor allem der Niedergang der Bürgerbeteiligung in der Berliner Stadtpolitik der 90er Jahre: Viele der in den 80er Jahren in Westberlin erreichten Fortschritte seien rückgängig gemacht, der Rückschritt gegenüber der demokratischen Kultur der Runden Tische in Ostberlin 1989/90 sei offensichtlich.

In der Stadtentwicklung Berlins wurden weitreichende Entscheidungen getroffen, ohne sich um die Beteiligung der Bürger zu bemühen – teilweise mit verheerenden Folgen: eine am automobilen Verkehr erstickende Stadt, großräumig leerstehende Büroflächen und drohende Milliardenpleiten, die rücksichtslose Vernichtung historischer Bausubstanz (z.B. aktuell am Alten Schlachthof Eldenaer Straße), andauernder Leerstand und steigende Obdachlosigkeit. Zwar richteten die mit der Stadtentwicklung befaßten Senatsverwaltungen öffentliche Expertenrunden – Stadtforum, Verkehrswerkstatt, Architekturgespräche – ein, ohne Rückkopplung mit den betroffenen Bürgern hatten diese jedoch bloßen Alibicharakter: die Planer, Investoren und Politiker wurden nicht auf den Boden der Realität zurückgeholt.

Die Atmosphäre der Entmündigung drückte sich unter anderem in rückläufiger Beteiligung der Bürger am Flächennutzungsplanverfahren (FNP) aus: Beteiligten sich 1984-88 noch rund 300.000 Westberliner, so gingen 1991-94 aus Gesamtberlin nur noch 180.000 Einsprüche ein. Die opponierten Großprojekte blieben jedoch im FNP und werden ohne Irritation mit aller Macht durchgesetzt.

Die große Resonanz auf den Aufruf zum Stadtforum von Unten zeigt jedoch, daß, trotz aller Ausgrenzung, viele Bürger eine demokratischere Planungskultur einfordern. In einem Nachbereitungstreffen am Montag, dem 16. Oktober wurde daher beschlossen, Anfang Dezember ein zweites Stadtforum von Unten einzuberufen, um den Erfahrungsaustausch fortzusetzen und die künftigen organisatorischen Strukturen zu klären. Ort und Zeit wird noch bekanntgegeben.●

Christof Schaffelder

Kontakt: scheinschlag, Zeitung aus Mitte (fon (0 30) 282 65 49) Ein ausführliches Protokoll des ersten Stadtforums von Unten ist bei Stadtzentrum Berlin e.V. (fon/fax (0 30) 201 01 46) erhältlich

scheinschlag ist die kostenlose Innenstadtzeitung aus Berlin, sie erscheint vierzehntägig und liegt an vielen Stellen (Kneipen, Läden, Unis) aus. Jetzt auch verstärkt in Westberlin!
scheinschlag, Zeitung aus Berlin-Mitte, Ackerstraße 169, 10115 Berlin fon (0 30) 282 65 49, fax 030 280 81 60

ÜBERREGIONALES BÜNDNIS GEGEN GELÖBNIS

Zu einer **Demonstration gegen das öffentliche Gelöbnis der Saarlandbrigade** am Montag, dem 13. November 1995, in Wadern im Nordsaarland ruft ein »Überregionales Bündnis« auf.

Die Fallschirmjäger der Saarlandbrigade mit ihren Standorten im Saarland (Lebach, Saarlouis, Merzig), Rheinland-Pfalz (Zweibrücken) und in Baden-Württemberg (Phillippsburg) gehören zu den Krisenreaktionskräften der NATO und Bundeswehr. Sie waren in Somalia dabei, beteiligen sich im Rahmen von NATO-Manövern seit Jahren an Übungen in der Türkei und im türkischen Teil Kurdistans, sind stolz auf die Tradition deutscher Fallschirmjäger im 2. Weltkrieg und singen auch heute noch Nazilieder. Sie sind eine der Eliteeinheiten, welche die »Neue Weltordnung« erzwingen und erhalten sollen. Für die außenpolitischen Überlegungen der Bundesrepublik sind sie von zentraler Bedeutung. Einer Außenpolitik, die ökonomische Ziele zusehends mit militärischen Mitteln erreichen will. Im Juli 1995 wurde der Kommandeur der Saarlandbrigade in Saarlouis zum »nationalen deutschen Befehlshaber in Kroatien ernannt«, heißt es in der »Saarbrücker Zeitung« vom 25.7.95. In der Öffentlichkeit präsentiert er sich als »soldatischen Vollprofi« mit »Interesse an Zeit- und Militärgeschichte« und als »glänzender Stratege« (Merziger Stadtanzeiger, 26.7.1995)

Ursprünglich sollte das Gelöbnis am 9. November, dem Jahrestag der Reichpogromnacht, stattfinden, wurde dann aber nach Protesten auf den 13.11.95 verlegt. Ein breites Bündnis ruft zu der Protestveranstaltung gegen die Militärfeier und gegen deutsche »Out-of-area« Einsätze auf. Zu dem »Überregionalen Bündnis gegen das Gelöbnis der Saarlandbrigade am 13. November« gehören: Arbeitsgemeinschaft Frieden, Trier – AKAZ, Morbach – AKTION 3.Welt Saar – DKP, Saarland – Bündnis 90/Die Grünen, OV St.Wendel – Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband St. Wendel – Jugendzentrum Losheim – Jusos Landesverband Saar – Jusos Kreis Saarlouis – Mailbox Machteret Trier – Selbstverwaltetes Multikulturelles Zentrum Trier – No pasaran, Universität Trier – PDS Landesverband Saarland – PDS Trier – Antifa Trier – TIGA, Trier – Tutti Futti, Thionville – VVN/Bund der Antifaschisten Saar – Stand 6.10.1995●

Aufrufe, Plakate, weitere Informationen bei: AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchener Str. 24, 66674 Losheim, Tel. 06872/6982 Fax 7826

Als Hintergrundmaterial empfiehlt sich auch die »Flugschrift 2« hrsg. von der AKTION 3.Welt Saar und der TV-Film »Friedensengel« vom KAOS Film – und Video-Team, Köln und querblick Konstanz, der nach seiner Ausstrahlung im Februar über die Frequenzen von RTL (Kanal 4) für monatelangen Wirbel sorgte.

Dominik Fries

EINLADUNG ZUR CONTRASTE-FÖRDERUNG

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr. (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.- Postfach 10 45 20 - D-69035 Heidelberg

BUGGINGEN: EIN HEISSER SOMMER

Kein Genmais in BugginGen

»Wir befinden uns kurz vor dem Jahr 2000. Ganz Deutschland ist fest in der Hand der Agrochemie und der Gentechnologen«. Ganz Deutschland? Nein! In BugginGen/Baden, Wölfersheim/Hessen und in vielen anderen Gemeinden im Bundesgebiet wehrt sich die örtliche Bevölkerung gegen gentechnische Freisetzungsversuche der Agrochemiefirmen Hoechst, AGREWO, van der Have.....

Aktion auf dem Bugginger Genacker — Foto: Axel Mayer, BUND Freiburg

Von Axel Mayer, Freiburg ● Es war keine Fortsetzung der berühmten Asterixgeschichten, sondern eine harte ökologische Auseinandersetzung, die sich im Sommer 1995 im südbadischen BugginGen südlich von Freiburg abspielte. Auf einmal war er wieder lebendig, der lange Jahre totgeglaubte Geist von Wyhl(D), Gerstheim(F) und Kaiseraugst(CH). In diesen drei Gemeinden hatte die grenzüberschreitende Umweltbewegung im Dreyeckland vor 20 Jahren den Bau von 3 AKWs durch Bauplatzbesetzungen verhindert.

Doch 1995 ging es nicht um neue Atomkraftwerke, sondern um eine andere Gefahr, um gentechnische Freilandversuche.

Der Freilandversuch in BugginGen

Die holländische Pflanzenzuchtfirma van der Have hatte den Antrag gestellt, gentechnisch manipulierten, spritzmittelresistenten Genmais anzupflanzen. Mais mit dem Anti-Basta-Gen würde als einzige Pflanze die Giftspritze überleben. Eine örtliche Bürgerinitiative, unterstützt vom BUND-Regionalverband und der AGUS, formulierte Einsprüche, sammelte Unterschriften und klagte gegen den Freilandversuch. Als alles nichts nutzte, kam es zur weltweit ersten Ackerbesetzung durch die Menschen der Region. Zu einem Polizeieinsatz kam es nicht, denn die Großindustrie hat aus Wyhl gelernt, daß es psychologisch unklug ist, eine neue gefährliche Technologie mit dem Gummiknüppel durchzusetzen.

Die Gefahren

80% der Bevölkerung lehnt laut neuesten Umfragen gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Beim Genmais geht es der Agrochemielobby darum, möglichst schnell vollendete Tatsachen zu schaffen. Genmais – das bedeutet über den Mais als Tierfutter nichts anderes als Genhuhn, Genkuh, Genmilch, Genkäse, Geneier.... Auf einen Schlag würden nahezu alle Lebensmittel aus gentechnisch manipulierten Rohstoffen gewonnen, und der von der Industrie und manchen Politikern gewünschte Point of no return wäre erreicht. Die Gentechnik in der Landwirtschaft birgt ein großes Gefahrenpotential und der Bugginger bastaresistente Genmais ist nur der sanfte Einstieg für weit gefährlichere Genprodukte. Daß es bei den ersten Freilandversuchen aber genau um spritzmittelresistenten Mais geht, um eine Pflanze, die so verändert wurde, daß sie das Totalherbizid Basta überlebt, das zeigt die ganze Perversion des Denkens. Es geht nicht um den umweltfreundlicheren Landbau oder um Brot für die Welt. Es geht um schnelle Gewinne auf Kosten von Mensch und Natur. Die Firmen, die die Landwirte vor Jahren noch von der »Ungefährlichkeit« von DDT, Atrazin und Simazin überzeugten, wollen jetzt nicht für die Folgekosten aufkommen, wenn Trinkwasserbrunnen wegen dieser Gifte geschlossen werden müssen. Diese Firmen die, zum Teil vor wenigen Jahren noch das »harmlose« FCKW und damit das Ozonloch produzierten, haben jetzt mit der Gentechnik ein neues Betätigungsfeld gefunden.

Forever young und andere Mythen

Als es nach dem bisher letzten Weltkrieg darum ging, die sogenannte »friedliche« Atomenergienutzung durchzusetzen, wurde dies nicht zuletzt mit dem Mythos von der »billigen Energie für alle Zeiten« getan. Die Stromzähler sollten abgebaut werden, weil das Ablesen der Zähler angesichts der niedrigen Strompreise sich nicht mehr lohnen würde... . Erst die Katastrophe von Tschernobyl und das Atommüllproblem haben diesen Traum zerstört.

Auch heute noch werden gefährliche Technologien gerne mit Mythen durchgesetzt. Und gerade die Durchsetzungsstrategen der Gentechnik knüpfen an die tiefsten Wünsche der Menschen an. »Für immer Nahrung. Immer gesund, schlank, schön und für immer jung« lauten die neuen Heilsbotschaften, die in einer Zeit von menschen- und technikgemachten Katastrophen so gerne gehört werden. Ein sorgsames Abwägen von Nutzen und Gefahren scheint in der selbstzerstörerischen Hektik und Konkurrenz unserer Wachstumsgesellschaft nicht möglich zu sein. Die menschliche Unfähigkeit, aus Katastrophen zu lernen, bedroht in einer Zeit wachsender technischer und biologischer Gefahren unsere Existenz.

In diesem Zusammenhang sei nur auf die Biowaffentechnik und die Gefahren unkontrollierter Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen verwiesen.

Der Widerstand

Die Besetzung des Bugginger Genackers dauerte drei Monate. Drei Monate waren bei Regen, Matsch und Hitze rund um die Uhr zwischen 5 und 25 Menschen auf dem Acker. Bei zwei Aussaatversuchen der Firma van der Have wurden jeweils kurzfristig bis zu 100 Menschen mobilisiert. Das Gencamp war eine optimistische Zukunftswerkstatt. In einer Zeit, in der ein Großteil der Bevölkerung die Aktionen von Umweltaktivisten passiv am Fernseher verfolgt und selber den Hintern nicht hochbekommt, war dieser zähe, regionale Widerstand mehr als erstaunlich. Der Landwirt aus BugginGen, die Hausfrau aus der Nachbarschaft, Jung und Alt, die Familie, die aus ihrem Fernsehalltagstrott gerissen wurde, der Biologe und die Fachwissenschaftlerin, Wyhl Aktivisten und BUND-Mitglieder. Menschen, die ansonsten nie zueinander gefunden hätten, die einen heißen Sommer lang miteinander redeten, diskutierten, stritten, sangen, Gitarre spielten und Visionen spannen.....

Befürworter

Und dann gab es natürlich auch die Befürworter von Genmais. Häufig waren die harten Befürworter gerade diejenigen, die ansonsten im Krieg gegen die Umwelt an der vordersten Front der Naturzerstörer stehen. Gerade sie haben die verzweifelte Hoffnung, mit der neuen »Wunderwaffe« Gentechnik den offensichtlich verlorenen Krieg gegen die Natur doch noch zu gewinnen.

Ein paradoxes Phänomen zeigte sich bei anderen Befürwortern. Sie halten die Gentechnik in der Landwirtschaft zwar für problematisch und gefährlich, glauben allerdings, auch sie nicht aufhalten zu können. Und wenn es schon einen weltweiten Wettbewerb gegen natürliche Produkte und gegen die Natur gibt, dann soll ihrer Ansicht nach Deutschland in diesem perversen Wettlauf doch zumindest an der Spitze stehen.

Bauern und Bäuerinnen

Die Bauernschaft ist in Sachen Genmais gespalten. Da gibt es immer noch moderne und wertkonservative Landwirte, die nicht zu Fabrikarbeitern auf ihren eigenen Äckern werden wollen und die mit Sorgen die immer größere Abhängigkeit von den Argrochemiemultis sehen. Sie wissen, daß Genprodukte das angeschlagene Vertrauen der Verbraucher in die deutsche Landwirtschaft weiter schädigen werden und setzen auf eine umweltfreundlichere Produktion. Doch insgesamt geht es der Landwirtschaft so schlecht, daß manche Bauern denjenigen immer noch trauen, die Ihnen heute Genmais aufreden und vor Jahren DDT, Atrazin und Simazin als absolut harmlos verkauften. Der von der Industrie gezielt aufgebaute Sündenbock Umweltschutz soll von den wirklich Verantwortlichen für das Bauernsterben und den Niedergang der Landwirtschaft ablenken.

Wir meinen, die Zukunft der Landwirtschaft liegt in der Ökologisierung und gerechten Preisen für gute Produkte, nicht in der weiteren Industrialisierung.

Wie weiter?

Die Büchse der Pandorra ist weit geöffnet. Gentechnik in der Landwirtschaft soll zu einem Milliardengeschäft werden, und die Industrie hat es schon immer verstanden, ihre Interessen auch gegen die Menschen durchzusetzen.

Wenn es uns nicht gelingt, neue ökologische Wohlstandsmodelle zu entwickeln und eine erdverträgliche, nachhaltige Entwicklung einzuleiten, wenn wir an unserem selbstzerstörerischen Wachstumsmodell festhalten, dann werden wir an der harten Gen- und Atomtechnologie nicht vorbeikommen. Das wird dann für die Menschheit aber auch keine große Rolle mehr spielen....

Die Bauplatzbesetzung in Wyhl vor 20 Jahren hat nicht das sofortige Ende der Atomenergie eingeläutet. Sie hat aber eine verhängnisvolle Entwicklung gebremst und eine positive Veränderung der Energiepolitik eingeleitet. Vielleicht gehen ähnliche Impulse vom Bugginger Maisacker aus. Vielleicht gelingt es uns zumindest, die ganz perversen Auswüchse der Gentechnik zu stoppen.

Für das Jahr 1995 hat die Firma van der Have ihren Bugginger Freilandversuch aufgegeben. Jetzt schlägt die Stunde der Akzeptanzforscher, der Psychologen und Werbestrategen. Jetzt sollen insbesondere die Landwirte und die Multiplikatoren weichgekocht werden. Im Jahr 1996 will die Firma einen erneuten Aussaatversuch unternehmen. Und im Dreyeckland heißt es in alter Tradition: »Mir sin eifach wider do, wänn sie kumme wänn«. Wer sich wehrt, kann verlieren, wer sich nicht wehrt, hat schon verloren.●

Axel Mayer ist Mitarbeiter beim BUND-Regionalverband Südl. Oberrhein

ÜBER DIE GENTECHNIK...

Den Stimmen, die vor Gentechnik warnen, von Chargaff über Rifkin bis zu Beck und Jonas, sei eine weitere hinzugefügt. Chargaff meint, die Gentechnik berge unter allen Entdeckungen die größte Gefahr. Rifkin zufolge beginnen wir mit der Gentechnik eine zweite, eine synthetische Genesis. Auf daß wir werden wie Gott, allein das Machbare ist verbindlich.

Mit unglaublicher Geschwindigkeit entschwindet das Bewußtsein von der Schutzwürdigkeit des Menschen und der Natur. Nicht der Organismus gilt mehr als Arbeitseinheit, sondern das prinzipiell veränderbare Genom. Je größer die Verfügungsgewalt des Menschen über Menschen und Dinge ist, desto tiefer müßte die Verantwortungsmoral verankert sein, wie Jonas betont. In der Gentechnik geschieht das Gegenteil.

Seit Descartes das Wunschbild eines mechanistischen Universum entwarf, wurde der Boden für die gentechnische Revolution vorbereitet. Sie legitimiert sich nach Maßgabe der Machbarkeit. Die Würde des Menschen zeigt sich in seiner unverwechselbaren Einheit als Person, der Selbstwert der Natur in der Ausprägung und im ökologischen Zusammenspiel aller Arten. All dies sollte überholt sein durch unsere zunehmende Beherrschung der DNA? Längst der Geschichte angehörig ist die Konferenz von Pacific Grove im Jahr 1975, als Genetiker sich Selbstbeschränkungen unterwarfen. Die Selbstbeschränkungen sind dahin. Man vergegenwärtige sich das Tempo. Bis 1980 galt in den USA: Lebewesen sind nicht patentierfähig. 1980 hieß es, Bakterien könne man patentieren. 1985 verkündete das amerikanische Patentamt, Pflanzen seien patentierfähig. Im April 1987 erfolgte der letzte Schritt: Keinem gentechnisch erzeugten Gegenstand, und sei er noch so groß –der Mensch zum Beispiel –, darf der Patentschutz verweigert werden. Im selben Monat, am 24. April 1987, schritt man zur Tat: Die wahrscheinlich harmlosen Eis-Minus-Bakterien, die Pflanzen vor Frost schützen, wurden auf kalifornische Erdbeerfelder versprüht.

Es geht nicht um Eis-Minus-Bakterien. Es geht zunächst einmal um die moralische Frage, um die Genetik als Inbegriff der beliebigen Verfügbarkeit. Jeder beliebige Baustein soll –als genetisches Idealziel – in jedes beliebige Lebewesen eingebaut werden können. Daß dies Gott sei Dank nicht oder noch nicht möglich ist, wie ein Genetiker lachend erwidern würde, ändert nichts an der Zielsezung. Wer sich Ziele setzt, trachtet danach, sie annähernd zu erreichen.

Doch an einer Welt ohne Moral sterben nur wenige. Wir sind wunderbar anpassungsfähig. Lassen wir die moralische Katastrophe beiseite und konzentrieren wir uns auf die reale.

Man kann sich streiten, ob die Gefahr der Gentechnik von möglichen Unfällen ausgeht, bei denen vernichtende Bakterien unachtsam freigesetzt werden, oder vom Erfolg dieser Technik. Perrow meint, die Gentechnik unterscheide sich vom uns bis dato bekannten Katastrophenpotential aller Systeme, da nun Interaktionen zwischen Systemen ausgelöst würden, die zuvor überhaupt nicht verknüpft waren. Sobald eine derartige Verknüpfung zustande kommt, läßt sie sich von den Operateuren nicht unter Kontrolle halten. Hier haben wir Ökosystem-Unfälle zu erwarten, im Bereich der engen Koppelung zwischen natürlichen und künstlichen Systemen. Was wissen wir über diese Koppelung? So gut wie nichts, genau wie bei den mindestens 48.000 chemischen Substanzen, die wir freigesetzt haben.

Nehmen wir jedoch wohlwollend an (und die Leserin oder der Leser muß zunehmend Wohlwollen aufbringen), ein genetischer Unfall ereigne sich nie. Nun offenbart sich der Erfolg der genetischen Pflanzenzüchtung. Ökologisch optimierte Kulturpflanzen werden weltweit angebaut. Kein Schädling und kein Wetter kann ihnen etwas anhaben, Insektizide und Herbizide werden überflüssig, welch ein Segen. Bisher galt jedoch: Je besser uns die Technik in die Lage versetzt hat, die Natur auszubeuten, desto höher sind die ökologischen Kosten, die wir zu bezahlen haben. Diese Kosten liegen versteckt in der Störung und Zerstörung der lebenserhaltenden Ökosysteme. Und so auch hier. Abgesehen vom intensiveren Anbau mit entsprechender Bodenermüdung geschieht in einer gentechnisch bereinigten Landwirtschaft noch etwas ganz anderes. In makaberem Verbund mit der aktiv betriebenen Ausrottung der Tierarten und der Pflanzenarten in Wald und Flur verschwinden in der neuen Landwirtschaft die evolutionären Optionen. Der Natur wird keine Zeit gelassen, sich für die neuen Pflanzen zu entscheiden. Die alten Pflanzen werden abgeschafft. Ohne im geringsten an die natürliche Langsamkeit der Evolution auch nur einen Gedanken zu verschwenden, wird die Fehlerfreudigkeit der Natur außer Kraft gesetzt. Was die chemische Industrie nicht erreicht hat, das gelingt der Gentechnik. Ganze Sektoren der Welternährung werden an einem Chromosomensatz hängen. Mit ihm leben wir, ohne ihn gehen wir zugrunde.

Mit der Gentechnik erreichen wir den Höhepunkt unserer Verachtung gegenüber allen natürlichen Wesen, ja gegenüber der Natürlichkeit überhaupt. Wir entscheiden, was nützlich und überflüssig ist. Aber wer ist wir?

Wer kann sich gottgleich anmaßen, die rücksichtslose Verfügungsgewalt zu erobern? Bei der Genetik geht es im Grund um Herrschaft, und genetische Herrschaft bedeutet ungeahnte Macht. Genetische Kriege und Eugenik Bürgerkriege scheinen vorprogrammiert, falls uns die Zeit noch bleibt. Die genetische Zukunft ist schlichtweg unbekannt. Alles ist möglich. Wo wie jetzt schon große wirtschaftliche Kräfte wirken, wird auch alles unternommen werden, was wirtschaftlichen Erfolg verspricht. Es ist naiv, anzunehmen, natürliche moralische Hemmnisse könnten regulierend in den dynamischen Prozeß eingreifen. Im Umfeld dieser gigantischen synthetischen Revolution nehmen sich natürliche Einwände deplaziert aus. Die genetische Dynamik muß ausgelebt werden. Sie kann nicht mehr aufgehalten werden. Jetzt heißt es: Jeder für sich! Wer am schnellsten klont, hat gewonnen. Ausleben der Dynamik heißt aber auch aus-leben. Wehe den Siegern!●

(Gregory Fuller)

Aus einem Flugblatt des BUND Freiburg.
Mit der freundlichen Genehmigung des Ammann-Verlages aus dem lesenswerten Buch Das Ende von Gregory Fuller.

FORTSETZUNG VON SEITE 1: DEUTSCHE KAFFEEPLANTAGENBESITZER IN CHIAPAS

Ein Platz an der Sonne

Nicht nur die Namen der Fincas, sondern auch die ihrer Besitzer, verraten uns, daß sich hier Deutsche niedergelassen haben. Die großen Fincas befinden sich noch heute im Besitz der deutschstämmigen Familien Luethje, Giesemann, Kahle, Edelmann, Pohlenz, Berstorff und Lüttmann. Im Soconucso ist man stolz auf seine Herkunft und man weiß, seinen Besitz zu verteidigen.

Es muß ein netter Platz an der Sonne sein, den sich die deutschen Großgrundbesitzer getreu der Parole wilhelminischer Kolonialpolitik um die Jahrhundertwende erschlossen haben. Der Soconusco ist tatsächlich eine der fruchtbarsten und für den Kaffeeanbau ideal geeigneten Regionen Mexikos. Hier findet sich vulkanische, fruchtbare Erde in tropisch-feuchtem Klima – für Kaffeeplantagen bestens geeignet. Der Soconusco zieht sich als ein 15-30 km breiter Streifen 150 km an der Pazifikküste entlang. Im Süden wird er begrenzt durch Guatemala, zur Landesmitte hin zieht sich die bis zu 2.500 m aufragende Bergkette der Sierra Madre del Sur. Die Ebenen von Pijijiapan und Tonalá bilden die nördlichen Abgrenzungen. Der Vulkan Tacaná zwischen der guatemaltekischen Grenze und Nueva Alemania erreicht immerhin die Höhe von 4.110 m. In einer Höhe von 200 bis 1.400 Metern erstrecken sich die Kaffeeanbauzonen. Im Soconusco werden etwa 30% der gesamten Kaffee-Ernte Mexikos eingefahren, ein großer Teil davon auf den Fincas der deutschstämmigen Großgrundbesitzer. Die beiden wichtigsten Städte im Soconusco sind Tapachula und Huixtla mit jeweils einigen zehntausend Einwohnern. Hier wird der Kaffee kommerzialisiert und verarbeitet.

Der Soconusco – dreimal kolonisiert

Bevor deutsche Kolonisten die fruchtbare Erde des Soconusco für sich entdeckten, hatte diese bereits zwei anderen Kolonialmächten gedient. »Soconusco« heißt übersetzt so etwas wie »Land der Schokolade«. Dies weist uns auf ein weiteres begehrtes Produkt aus dem Soconusco hin – die Kakaobohne. In prähispanischer Zeit wurde Kakao hoch geschätzt. Um das Jahr 1500 u. Z. sollte dem Soconusco sein natürlicher Reichtum zum Verhängnis werden. Der aztekische Herrscher Ahuítzotl ließ damals seine Streitmacht in das Gebiet einfallen. Schon seit Jahren hatten die Azteken Kaufleute aus ihrer 1.300 km entfernten Hauptstadt Tenochtitlan, dem heutigen Mexiko-Stadt, in den Soconusco geschickt, um dort Kakao und prächtige Schmuckfedern zu erhandeln. Für die Azteken diente die Kakaobohne als Zahlungsmittel, der Kakaotrunk war der Herrscherkaste als Luxus-und Prestigeobjekt vorbehalten. Die Federn des Quetzalvogels schmückten ausgewählte Krieger als »Verdienstorden«. Ahuítzotl wollte den Soconusco nicht mehr nur den Kaufleuten überlassen. Mit einem Feldzug des aztekischen Heeres eroberte er den Soconusco und band ihn in das Tributsystem des aztekischen Imperiums ein.

Nur wenige Jahre später kamen mit den Spaniern neue Herrscher in den Soconusco. Am 10.2.1519 betrat Hernán Cortés mexikanischen Boden. Die Spanier wurden von den unglaublichen Erzählungen über die Reichtümer der Azteken nach Tenochtitlan gezogen. Es dauerte allerdings bis zum 13.8.1521, bis Cortés den letzten großen aztekischen Herrscher, den mythenumwobenen Cuauthémoc, gefangennehmen konnte. Die Spanier hatten das Zentrum des mächtigen aztekischen Tributimperiums mit Hilfe von indianischen Völkern, die zuvor unter aztekischer Herrschaft standen, erobert. Nach der Einnahme Tenochtitlans gingen sie daran, ihre verbündeten indianischen Völker von neuem auszubeuten. Die fein säuberlich geführten aztekischen Tributlisten bedeuteten ihnen die Herkunft der Kostbarkeiten, die sie in Tenochtitlan vorfanden. Der Soconusco lieferte jetzt nicht mehr an Ahuítzotl und Moctezuma, sondern an die spanischen Konquistadoren.

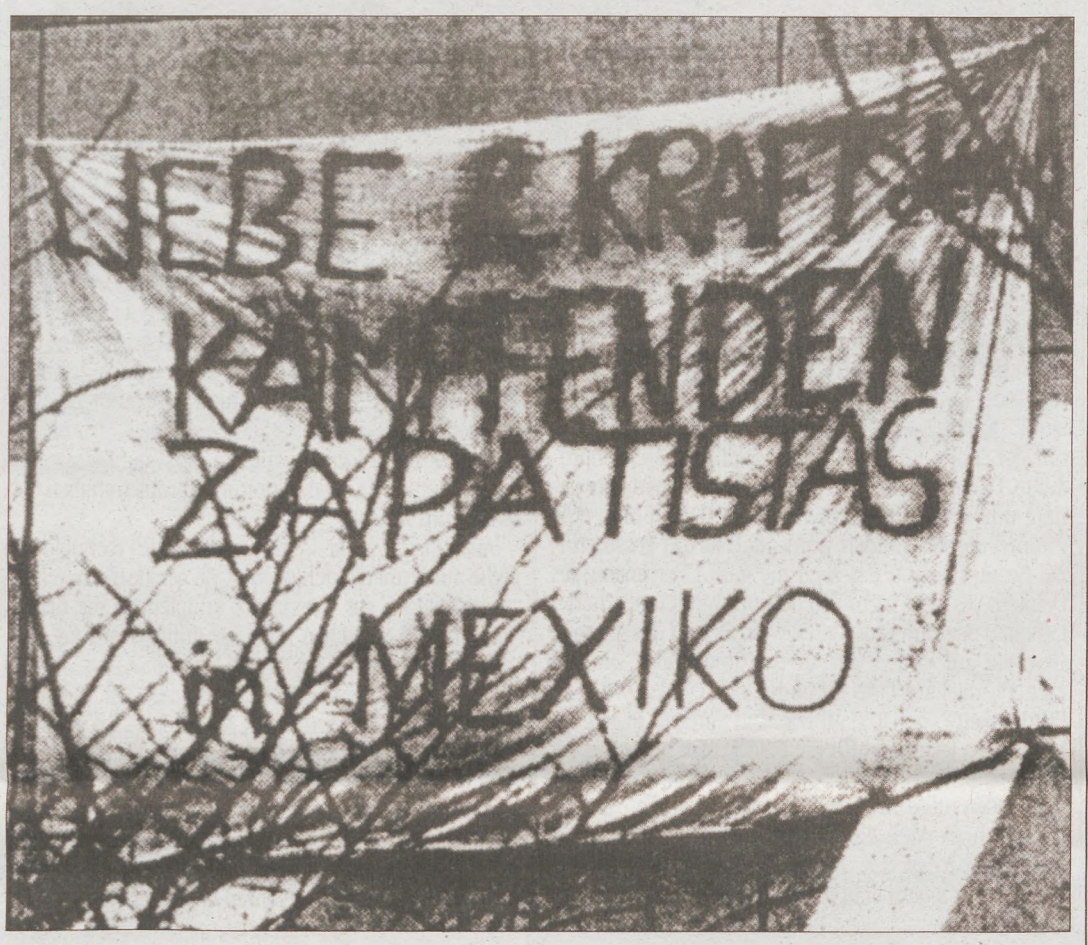
Zwischen 1530 und 1540 wurde Soconusco zu einer ertragreichen spanischen Kolonie. Doch der koloniale Segen hielt für die Spanier nur wenige Jahre an. Denn mit den Spaniern waren für die indianische Bevölkerung unbekannte Krankheiten ins Land gekommen, die im Soconusco beinahe die gesamte indigene Bevölkerung ausrotteten. Bis ins 19. Jahrhundert blieb der Soconusco ein fast unbesiedeltes Gebiet, für das kaum jemand Interesse zeigte, bis besagte deutsche Kolonisten nach Chiapas kamen. Damit sind wir wieder beim Thema.

Die Deutschen am erfolgreichsten

Deutsche Plantagenbesitzer waren nicht die ersten und nicht die einzigen Ausländer, die am Ende des vorigen Jahrhunderts nach Soconusco kamen, aber sie waren die erfolgreichsten. Die erste Finca legte 1872 der Mexikaner Matías Romero an, doch zwei Probleme ließen sein Unterfangen zunächst scheitern: Die politische Instabilität in der Region, die sowohl von Mexiko als auch Guatemala beansprucht wurde und der Mangel an Arbeitskräften. 1883 wurde zumindest das erste Problem gelöst. In einem Vertrag zwischen Guatemala, Mexiko und den USA wurde der Soconusco definitiv Mexiko zugeschlagen und die Grenze eindeutig gezogen.

Die englische »Chiapas Land Colonization« Gesellschaft brachte ab Mitte der 80er Jahre erste ausländische Kolonisten nach Chiapas. 1890 kam Señor Mc Gee in Vertretung der englischen »The Rosing Brothers Company« nach Soconusco und gründete die erste große Kaffeefinca mit dem Namen San Juan Chicharras. Um das Arbeitskräfteproblem zu lösen, kam der Geschäftsmann auf eine findige Idee: Er ließ 300 Eingeborene der Gilbert-Inseln des polynesischen Südseearchipels mit Versprechungen nach Chiapas locken. Doch nach kurzer Zeit raffte eine Epidemie alle bis auf einen Polynesier dahin. Señor Mc Gee machte Pleite. Der letzte Polynesier wurde zum Hausdiener des Kapitäns, der die unglücklichen Südseeinsulaner in den Tod nach Chiapas gelockt hatte.

In den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts traten nun die Deutschen auf den Plan. Im benachbarten Guatemala existierten bereits seit Mitte des Jahrhunderts deutsche Kaffeefincas. Den Kaufleuten und Bankiers Königsberg, Nottebohm und Schröder, die in Guatemala investiert hatten, gingen dort die Böden aus. Gleichzeitig stiegen aber die Kaffeepreise auf dem Weltmarkt. Was lag also näher, als im benachbarten Soconusco die Kaffeeproduktion aufzunehmen und auf diese Weise zu expandieren? Die Deutschen kamen mit Erfahrung, mit bereits bestehenden Handelsbeziehungen und erprobter Technologie nach Chiapas. Beispielhaft ist der Aufstieg Adolfo Giesemanns. Ursprünglich war er Angestellter einer Handelsfirma in Hamburg, die ihn nach Guatemala schickte. 1896 kam er im Auftrag seiner Firma nach Soconusco. Hier kaufte er die Finca El Retiro und wurde in wenigen Jahren zu einem der reichsten Plantagenbesitzer.



Solidaritätstransparent am 22. Januar 1994 in Rostock

Er war nicht der einzige Deutsche. Auf ähnliche Weise waren bis 1892 bereits 26 große Kaffeefincas im Soconusco entstanden, die meisten davon in deutschem Besitz. Bis 1911 hatten Deutsche schon 1.373.120 US-Dollar in Fincas investiert und waren damit die führende Gruppe ausländischer Kolonisten. Mexikaner hatten kaum eine Chance mitzuhalten, denn sie verfügten nicht über die Unterstützung von Handelshäusern, die ihnen günstige Kredite gaben und die Vermarktung des Kaffees in Europa organisierten. Insofern ist die eingangs beschriebene Allianz der Familien Hudler und Schimpf typisch und grundlegend für den Erfolg deutscher Kaffeefinqueros gewesen. Wichtige Handelshäuser waren die Luttmanns und die Nottebohms, beide aus Hamburg. Außerdem die Importgesellschaft Melchers aus Bremen. Auch bereits in Mexiko ansässige deutsche Kaufleute wie die Brüder Oetling, die Herren Wöhler und Barting oder das Handelshaus Haack investierten in Chiapas.

Indios zur Arbeit gezwungen

Das Problem des Arbeitskräftemangels wurde nun auf typisch mexikanische Weise gelöst. Der chiapanekische Gouverneur Emilio Rabasa erließ 1892 ein Gesetz, das die Auflösung des Kommunallandes der Indiogemeinden verfügte. Das Land konnte so in den Besitz der Großgrundbesitzer übergehen. Zurück blieben landlose Indios, die auf den Fincas als Tagelöhner eingesetzt werden konnten. 1898 gab es im Soconusco bereits 6.500 bei den Finqueros verschuldete Tagelöhner, immerhin 22% der Gesamtbevölkerung. Auf den Fincas wurde das System der »Peonaje« eingeführt, wie es im Mexiko vor der Revolution von 1910 vielerorts üblich war. Als »Peones« bezeichnete landlose Indios wurden auf dem Großgrundbesitz der Fincas oder Haziendas angesiedelt, indem man ihnen eine kleine Parzelle zur Eigenbewirtschaftung überließ. Hauptsächlich arbeiteten sie aber für den Großgrundbesitzer, den »Patrón«. Sie erhielten für die Schufterei auf den Feldern der Hazienda einen Hungerlohn unter dem Existenzminimum und mußten sich daher bei den Großgrundbesitzern verschulden. Der Lohn wurde ihnen nicht in Geld ausbezahlt, sondern in Form von Wertmarken, die sie aber nur in den sogenannten »Tiendas de raya« gegen Lebensmittel eintauschen konnten.

Die »Tiendas de raya« befanden sich wiederum im Besitz der Großgrundbesitzer. So waren die landlosen Indios dazu gezwungen, sich bei ihrem Patrón zu verschulden und damit als Arbeitskraft auf Gedeih und Verderben an die Finca oder Hazienda gebunden. Denn wenn ein verschuldeter »Peon« das Weite suchte, um der Ausbeutung zu entkommen, hatte er nicht nur die bewaffneten »Pistoleros« des Großgrundbesitzers, sondern auch die für ihre Brutalität berüchtigte Landpolizei, die »Rurales«, auf den Fersen. Die Großgrundbesitzer unterhielten ein perfides System zur Rekrutierung von Arbeitskräften, denn freiwillig kam kaum jemand auf die Haziendas. Den landlosen Indios zahlte ein Anwerber einen Vorschuß, wenn sie ihm auf die Finca folgten. Einmal auf der Finca angekommen, waren sie dann als Schuldknechte den Großgrundbesitzern schutzlos ausgeliefert.

In Chiapas lebten nicht nur deutsche Großgrundbesitzer und ihre deutschen leitenden Angestellten. Chiapas war auch der Zufluchtsort des deutschen Anarchisten und Schriftstellers B. Traven. Traven, dessen eigentliche Identität immer noch die Phantasie zahlreicher Forscher beflügelt, mußte nach der Teilnahme an der Münchner Räterepublik von 1919 vor der politischen Justiz aus Deutschland fliehen. In den 20er Jahren beschrieb Traven in zahlreichen Erzählungen die Lebenssituation indianischer Arbeiter in Chiapas. In seinem Roman »Die Rebellion der Gehenkten« läßt er einen Campesino, als dieser für eine Finca angeworben werden soll, sagen: »Nein, ich will nicht nach Soconusco gehen; dort sind die Deutschen, sie sind die Herren der Kaffeeplantagen. Sie sind brutaler als die Raubtiere des Urwalds und behandeln dich wie einen Hund. Das ist unmöglich. Wenn ich auf einer Kaffeeplantage arbeiten und mitansehen müßte, wie sie einen von uns mißhandeln, würde ich einen der Deutschen mit der Machete töten.« Die Deutschen hatten sich ihren Namen gemacht unter den chiapanekischen Indios. Ein geflügeltes Wort sagte: »Vor Kahle, Luttmann, Edelmann, da hüte sich der kleine Mann.«

Wie vor 100 Jahren

Die Arbeitsbedingungen auf den Kaffeefincas im Soconusco haben sich in den letzten hundert Jahren kaum verändert. Auch heute noch schuften sich die indianischen Campesinos in einer 60-Stundenwoche die Knochen kaputt. Der Tageslohn beträgt umgerechnet etwa zwei bis vier deutsche Mark. Die guatemaltekischen Saisonarbeiter werden meist noch schlechter behandelt. Es ist kaum zu glauben, aber auch heute gibt es noch das System der »Tienda de raya«. Die Campesinos bekommen ihren kargen Lohn oftmals in Blechmünzen ausgezahlt, die sie nur in der »Tienda de raya« ihres Patrón eintauschen können.

Die Campesinos auf den Fincas werden nachts zusammengepfercht in großen Ställen mit Holzpritschen als Betten. Krankheiten grassieren, die Ernährung besteht aus Tortillas, Bohnen, Salz und manchmal etwas Fleisch. Die Großgrundbesitzer verhalten sich wie Feudalherren. Sie richten über »ihre« Arbeiter, auf vielen Fincas gibt es eigene Gefängnisse. Sogenannte Weiße Garden, »Guardias Blancas«, werden von den Großgrundbesitzern angeheuert, um unbequeme Campesinos einzuschüchtern und notfalls zu ermorden. Diese illegalen bewaffneten Trupps arbeiten Hand in Hand mit der Bundespolizei und dem Militär. Sie sind eine Mischung aus Todesschwadronen und Privatarmee.

Revolution, Weltkrieg und der kurze Winter der Anarchie

An den Arbeitsbedingungen auf den Fincas hat auch die Mexikanische Revolution von 1910-17 wenig ändern können. Bis nach Soconusco drang die Agrarrevolution der aufständischen Zapatistas kaum vor. Das Zentrum der zapatistischen Revolution bildete der Bundesstaat Morelos, südwestlich der Hauptstadt. Selbst hier wurde eine Agrarreform nur zögerlich umgesetzt. Erst Ende der 30er Jahre wurde unter Präsident Lazaro Cárdenas regional begrenzt der Boden neu aufgeteilt und Großgrundbesitz zerschlagen. In den 20er Jahren begannen sich in Chiapas Landarbeiter in der »Partido Socialista de Chiapas«, dem »Sindicato de Obreros y Campesinos de Soconusco« oder dem kommunistisch orientierten »Bloque Obrero y Campesino« zu organisieren. Zeitweise gelang es, der Allmacht der Großgrundbesitzer den Widerstand von unten entgegenzusetzen. Lohnerhöhungen, Arbeitszeitregelungen und soziale Verbesserungen wurden erreicht. Doch letztlich waren alle Erfolge immer bedroht, das Land blieb im Besitz der Großgrundbesitzer.

Es war nicht zuletzt ihr Status als Ausländer, der die deutschen Cafetaleros vor der Revolution schützte. Keine der verschiedenen Revolutionsfraktionen wollte es sich mit der deutschen Regierung vermasseln. So kam es, daß die Fincas der deutsche Kolonisten nicht angetastet wurden. Eine scharfe Wende markierte erst das Jahr 1942. Mexiko trat an der Seite der Alliierten in den Krieg gegen Hitler-Deutschland ein. Die deutsche Kolonie in Mexiko wurde zum inneren Feind. 66 deutsche Kaffeefincas wurden von der mexikanischen Regierung unter Treuhandschaft genommen. ...

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige

Das sind Ana und Maria...

*Sie pflückten in Chiapas Kaffee für stolze DM 4,– **pro Tag***

*Für eine Großhandelskette? – Nein! Für **LEBENSBAUM**, einen Importeur von Bio-Kaffee, der sein Geld u. a. mit dem Anspruch „FairTrade" verdient.*

*Wir finden das **unfair**.*

Ana und Maria übrigens auch, sie sind in die Berge gegangen, zu den Zapatisten. Damit das Land morgen denen gehört, die es bearbeiten

Freie ArbeiterInnen Union (FAU/IAA)
Initiative Gewerkschaft Naturkostindustrie in der FAU

Karolinenstraße 21
20357 Hamburg

Schickt mir bitte eure Kaffee-Sondernummer zu. *(DM 2,– in Briefmarken lege ich bei).*

☐ Schickt mir bitte eure Materialien-Mappe (enthält u.a. Kaffee-Sondernummer, «Land und Freiheit», Stellungnahmen der FAU und der Firma Lebensbaum. Reader von ZapaPress u.a.m.) *(DM 20,– lege ich bei).*

FAIRTRADE ODER KALTER KAFFEE

Juristische Annäherung an die bittere Wahrheit?

Ende Oktober erreichte uns Anwaltspost im Auftrag der Firma Lebensbaum. Darin wird CONTRASTE vorgeworfen, »eine Reihe unwahrer Tatsachenbehauptungen verbunden mit abwertenden Werturteilen« über Lebensbaum bzw. den Anbaubetrieb, von dem sie Kaffe importiert, »ohne Prüfung dem Presseorgan 'Direkte Aktion'... übernommen (zu) haben«. Der Hintergrund: CONTRASTE hatte in seiner Ausgabe 132 unter der Überschrift »Der bitterste Kaffee der Welt« ein Interview mit einem Mitglied der zapatistischen Gegenregierung von Chiapas dokumentiert.

CONTRASTE nimmt zu den anwaltlich verfolgten Vorwürfen wie folgt Stellung:

- Zunächst einmal bleibt festzuhalten, daß CONTRASTE lediglich ein Interview mit einem Mitglied der zapatistischen Gegenregierung dokumentiert hat. Dieses Interview war keineswegs – wie unterstellt – ein Abdruck »des Presseorgans der FAU/IAA«, sondern wurde verbreitet von der Nachrichtenagentur »Mexiko-Nachrichten-Import ZAPAPRES«. Diese Quellenangabe war auch als solche von uns gekennzeichnet.
- Fernerhin behauptet der Interviewpartner Gabriel Cruz in diesem Interview keineswegs, die Finca Irlanda zahle ihren ArbeiterInnen keine Mindestlöhne, sondern bezieht diese Aussage (sowie den Vorwurf der Unterbringung unter gesundheitsschädlichen Bedingungen) auf gualtematekische TagelöhnerInnen, die illegal die Grenze nach Mexiko überschreiten und deren Not ausgenutzt werde. Außerdem unterstellt CONTRASTE allerdings, daß der mexikanische Mindestlohn von 1ediglich 14 Pesos pro Tag (den die mexikanischen ArbeiterInnen der Finca wohl erhalten) wohl wirklich nur ein Hungerlohn ist.
- CONTRASTE sieht sich daher überhaupt nicht gehalten, eine Unterlassungserklärung für Feststellungen, die gar nicht getroffen wurden (und schon gar nicht von uns selber), abzugeben. Wir fragen uns vielmehr, was das juristische Vorgehen der Firma Lebensbaum bezwecken soll. Die Anwaltskeule ersetzt keine sachliche Diskussion: wo wie im vorliegenden Fall mit einem Label wie »FairTrade« geworben wird, ist auch eine öffentliche Auseinandersetzung geboten, wenn es denn tatsächlich um mehr als einen Verkaufsbluff gehen soll.
- CONTRASTE als Zeitung für Selbstverwaltung ist wie viele andere Projekte aus dieser Szene in der mißlichen Lage, für das Ziel der Selbstorganisation und weitere politische Ziele, die ökonomisch umgesetzt werden müssen, Selbstausbeutung betreiben zu müssen. Wir zahlen einen hohen Preis für Engagement, indem wir unsere eigene ehren- und hauptamtliche Arbeit unter höchst unökonomischen Bedingungen zur Verfolgung dieses Weges einsetzen müssen. So geht es vielen, die auf dem Markt als Tendenzbetriebe antreten und aus inhaltlichen Gründen auch ganz bewußt finanzielle Mißerfolge in Kauf nehmen. Diese Schmerzgrenze wird in unseren Augen jedoch da eindeutig überschritten, wo solche Unternehmensziele nicht mehr hinterfragt werden dürfen und einer öffentlichen Diskussion überantwortet werden können. Und sie wird da zu einem ausbeuterischen Ordnungsprinzip, wo – ob in einem deutschen Bioladen oder einer mexikanischen Finca – einzelne oder wenige vom freiwilligen und selbstlosen Einsatz vieler unverhältnismäßig profitieren.
- Dies soll niemandem und auch nicht der Firma Lebensbaum ungeprüft unterstellt werden – als Zeitung für Selbstverwaltung sehen wir es jedoch als unsere Pflicht und Aufgabe an, über solche und andere Mißstände zu recherchieren, zu informieren und zu diskutieren. Die um unsere Kaffedokumentation losgetretene (und hierzulande wohl von der FAU/IAA initiierte) Auseinandersetzung kann uns nur bestärken, diesen Weg weiterzugehen.
- Wir haben bereits in unserer vergangenen Ausgabe die VertreterInnen der Firma Lebensbaum darauf hingewiesen, daß auch ihre Sichtweise der Dinge von uns selbstverständlich veröffentlicht wird. Stattdessen wurden jedoch Unterlassungsverfügungen und Gegendarstellungen angestrebt. Dieses Vorgehen legt den Verdacht nahe, daß bittere Wahrheiten über den bittersten Kaffee der Welt aus ökonomischen Motiven unterdrückt werden sollen. Als kleine, chronisch defizitäre Zeitung sind wir weder in der Lage, aufwendige Rechtsstreitereien auszufechten, noch selber Vorortrecherchen zu veranstalten. Wir fordern die Firma Lebensbaum daher dringendst auf, den juristischen Weg zu verlassen und zur offenen Auseinandersetzung zurückzufinden. Verbote und Verfügungen sind nie dazu angetan, die Wahrheit herauszufinden. Geht es jedoch wirklich um fairen Handel, müßte es gerade das Interesse der Firma Lebensbaum sein, zur Klärung beizutragen und Transparenz herzustellen.●

»Artikel
»Der bitterste Kaffee der Welt ...«

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich teile Ihnen zunächst mit, daß ich die Interessen der Firma Lebensbaum in 49342 Diepholz in dieser Angelegenheit vertrete.

In Ihrer Ausgabe 132 vom September 1995 haben Sie den obigen Artikel auf der Vorderseite sowie auf der Seite 5 abgedruckt, den Sie offenbar ohne Prüfung dem Presseorgan »Direkte Aktion« der sog. Anarcho SyndikalistInnen (FAU/IAA) übernommen haben.

In diesem Artikel wie auch in den weiteren Aktionen der FAU/IAA, hinter der ein Herr Folkert Mohrhof steht, werden über meinen Mandanten bzw. den Anbaubetrrieb, von dem er Kaffee importiert, eine Reihe unwahrer Tatsachenbehauptungen verbunden mit abwertenden Werturteilen ausgedrückt. Es wird unter anderem, der Wahrheit zuwider, behauptet, die Finca Irlanda beute ihre Arbeiterinnen aus und zahle nicht die Mindestlöhne, diese würden unter gesundheitschädlichen Bedingungen untergebracht etc.

Gleichzeitig weisen Sie Ihre Leser unter der Rubrik »Infopaket« noch darauf hin, sich weiteres Propagandamaterial bei dem vorgenannten Herrn Mohrhof beschaffen zu können.

Ich weise Sie zunächst darauf hin, daß gegen den vorgenannten Herrn Mohrhof sowie die weiteren Tatbeteiligten seitens meiner Mandantin ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Gleichzeitig habe ich Sie aufzufordern, es zu unterlassen, die vorgenannten Behauptungen sowie alle weiteren unwahren Tatsachen, die geeignet sind, meine Mandantin und ihre Geschäftskontakte in den Augen der Branche sowie der weiteren Öffentlichkeit herabzusetzen, zu unterlassen und dieses mir gegenüber bis zum

6. November 1995

schriftlich und verbindlich zu bestätigen. Des weiteren mache ich den Anspruch meiner Mandantin auf Abdruck einer Gegendarstellung geltend, dich ich Ihnen samt Positionierungsanweisung im Rahmen Ihres Layouts noch zuleiten werde.

Mit freundlicher Empfehlung
Dr. Matthias Eschricht
(Rechtsanwalt)«●

FORTSETZUNG VON SEITE 4

Die deutschen Großgrundbesitzer wurden formal enteignet, konnten aber von der Hauptstadt aus mit Hilfe ihnen freundlich gesinnter Regierungsfunktionäre den Gang der Dinge verfolgen und begrenzten Einfluß nehmen. Als der Krieg zu Ende war, bekamen die Deutschen die Kaffeefincas zurückerstattet. Die Regierung setzte auf ausländische Investitionen. So umschifften die deutschen Kolonisten in Chiapas auch diese Klippe. Der Nachkriegsaufschwung in Deutschland schuf auch in Chiapas die Grundlage für gute Geschäfte mit Kaffee aus dem Soconusco. Die deutschen Cafetaleros saßen wieder fest im Sattel.

Doch die Zeit ist nicht stillgestanden. Seit Mitte der 70er Jahre erwacht ein neues Selbstbewußtsein derjenigen, die stets nur Verlierer der Geschichte waren. Die Indígenas und Campesinos in Chiapas beginnen Widerstand zu entwickeln. Die bewaffneten Rebellen des EZLN sind bisher nicht in den Soconusco vorgedrungen. Aber der Kampf um »Land und Freiheit« wird auch hier geführt. Radikale Campesinogewerkschaften wie die OPEZ (Organización Proletaria Emiliano Zapata) oder die UPFV (Unión Campesina Popular Francisco Villa) sind im Soconusco zu Hause. Am 4. August des letzten Jahres mußten Marianne Schimpf und ihr Ehemann Lorenz Hudler nach Mexiko-Stadt flüchten. Rebellierende Landarbeiter hatten die Finca Liquidambar in Besitz genommen. Auch Don Folke von Knoop erging es nicht besser. Mitglieder der UPFV besetzten die Finca Prusia. Für einige Monate begannen die Campesinos nun in eigener Regie zu produzieren. Doch am 28.4.1995 wurde der kurze Winter der Anarchie vorerst beendet. Die Macht kam mit Gewalt zurück. Die Señores Hudler und von Knoop hatten ihre Beziehungen spielen lassen. Schwer bewaffnete Soldaten und Polizeikräfte vertrieben die rebellischen Campesinos mit Tränengas und Schlagstöcken. Der Kampf um Land und Freiheit in Chiapas ist noch nicht gewonnen. Die Karl Hudler GmbH in den Pickenhuben 4 kann weiter Geschäfte machen.●

Literatur:
Baumann, Frederike: Terratenientes, campesinos y la expansión de la agricultura capitalista en Chiapas, 1896-1916. In: Mesoamerica. Año 4, Cuaderno 5, (junio 1983), Antigua-Guatemala.
Deutsche Kaffeebarone und Landbesetzungen in Chiapas. Zusammengestellt von ZAPAPRES. Hamburg 1995. (Zu bestellen über ZAPAPRES c/o el rojito, Gr. Brunnenstr. 74, 22763 Hamburg)
Fenner, Justus: Lebens- und Arbeitsbedingungen der indianischen Kaffeeplantagenarbeiter in Soconusco, Chiapas. Hamburg 1986. (unveröffentlichte Magisterarbeit)
Los empresarios alemanes, el tercer reich y la oposición de derecha a cárdenas. (1. Band) Hrsg. von Brigida von Mentz u.a.. México DF 1988. (Hier vor allem die Beiträge von Daniela Spenser)
Traven, B.: La rebelión de los colgados, México DF 1994.

aus: ak 383 vom 19.10.1995
ak – analyse & kritik
(Zeitung für linke Debatte und Praxis)

BUNDESVERBAND NATURKOST NATURWAREN (BNN):

Diskussion losgetreten

In unserer letzten Ausgabe hatten wir u.a. aus einem Mitglieder-Info des BNN zum Thema Kaffeeboykott zitiert. Neben dem Aufruf der FAU zum Kaffeeboykott verlangt eine »Initiative Gewerkschaft Naturkostindustrie in der FAU« die gewerkschaftliche Organisierung im Naturkosthandel. Nachfolgend dokumentieren wir Texte zum Thema aus den BNN-Infos vom 11.10.95 und 1.11.95:

Mitglieder-Info vom 11.10.95

... »Viele sind unserer Bitte nachgekommen und haben uns mitgeteilt, daß sie auch die Zeitung 'direkte aktion' der FAU zugeschickt bekommen haben. Mittlerweile ist sie im Naturkosthandel des gesamten Bundesgebietes versendet worden. Neben zahlreichen Anrufen erhielten wir Faxmitteilungen von (...).

Darüber hinaus wurden wir informiert, daß einzelne Läden in Hamburg und Frankfurt von Anhängern der FAU massiv unter Druck gesetzt wurden, den Kaffee der Firma Lebensbaum aus dem Sortiment zu nehmen, andernfalls würde vor den Geschäften demonstriert. Auch Schaufenster sind mit Plakaten der FAU beklebt worden.

Da wir auch bei diesem Thema eine Plattform für eine kontroverse Diskussion sein wollen, drucken wir hier den Brief von Achim, »Abraxas« in Neustadt/Weinstraße:

... »Nach unserer Ansicht wäre Eure Aufgabe, genauso wie bei einem Verdacht auf Verstoß gegen die BNN/EG-Bio-Richtlinien, nachdrücklich eine schnelle Klärung durch »neutrale« Sachkundige (...) einzufordern.

Wie Ihr schreibt, ist eine Stellungnahme der auf der Finca arbeitenden Tagelöhner angekündigt. Was erwartet Ihr Euch von dieser Stellungnahme? Seid Ihr wirklich so blauäugig? Im Kaffeeanbau sind die Tagelöhner mit wenigen Ausnahmen (Illegale) Wanderarbeiter und über die Repressionsmöglichkeiten der Großgrundbesitzer in Lateinamerika, insbesondere in Chiapas, ist ja wahrlich genug berichtet worden.

Im übrigen halten wir die Forderung der FAU nach einer gewerkschaftlichen Organisierung der Beschäftigten in der Naturkostbranche nicht für anstößig, sondern folgerichtig und notwendig. Wer proklamiert denn die »Professionalisierung«, die doch letztendlich auch eine innerbetriebliche Anpassung an die Organisationsstrukturen des konventionellen Handels bedeutet? Immer mehr! Wieviele Läden, Großhändler und Hersteller sind den selbstverwaltet bzw. bemühen sich tatsächlich noch um andere soziale Strukturen und Umgangsweisen? Immer weniger! Gibt es denn in unserer Branche keinen Interessensgegensatz zwischen EigentümerInnen und Beschäftigten?

Welchen Raum hat denn bisher das Thema Sozialstandard bei uns und unseren Handelspartnerinnen in der Richtliniendiskussion eingenommen? Wann gab's denn vom BNN ausführlichere Infos z.B. zum Thema Sozialbilanz?

Also nicht wundern oder ärgern, sondern als Selbstverständlichkeit akzeptieren, egal ob's nun von der FAU oder der HBV kommt.«

Fax von Achim Bertsch, Naturkostladen Abraxas, Neustadt/Weinstaße, 29.9.95«

Mitglieder-Info vom 1.11.95

... Zum Abschluß der Diskussion über die Aktivitäten der Freien Arbeiter und Arbeiterinnen Union (FAU) geben wir hier noch zwei Beiträge wieder, aus Platzgründen in gekürzter Fassung.

Markus von »Natürlich Leben« in Fürstenfeldbruck schrieb uns am 16.10.:

»Achim hat prinzipiell Recht, daß solch massive Kritik an einem unserer Lieferanten eine zügige Kontrolle durch eine unabhängige Instanz erfordert. Ein Problem stellen nur die Kriterien dar: Als aktiver Anarchist wäre es mir auch am liebsten, Kaffee aus einer selbstverwalteten Kommune mit angestellten oder partizipierenden Agraringenieuren zu beziehen. Allerdings ist es wohl vermessen, mittels archaischen (sic!) Druck diese totale Umkrempelung von einem lokalen Vermarkter (NKL) zu erwarten. Dieser Versuch ist meiner Ansicht nach diametral zu einer libertären Lebensweise. Allerdings darf von einem demeter-Vermarkter (Lebensbaum) erwartet werden, daß die Meßlatte für die Produkte nicht nur die ökologische (bio) sondern auch die soziale Komponente einschließt. Auch Menschen besitzen schließlich eine »dynamische« Aura und Christen sind die ja auch noch.

Was die Forderung nach einer »Gewerkschaft« angeht, ist die Idee interessant. Dies müssen aber die Angestellten selbst entscheiden (...)«.

Von »Korn & Kram« meldete sich Uwe Meyer-Rahrig zu Wort:

...»die Post von »FAU« zum Thema Kaffee habe ich auch bekommen. Ebenfalls erreichte mich Post von »Venceremos« aus Legden mit einem Angebot an Kaffee, sowie weiteren Infos zu diesem Thema. Unter anderem ein Auszug aus der (...) CONTRASTE.

Durch ein Interview mit Gabriel Cruz, Mitglied der rebellischen Übergangsregierung in Chiapas, werden die Vorwürfe gegen die Finca Irlanda und damit auch gegen die Firma Lebensbaum bestätigt. Ich möchte mich daher dem Schreiben von Achim Bertsch anschließen und nochmals nachdrücklich feststellen, daß gerade in solchen, für den einzelnen Einzelhändler nicht mehr überschaubaren Situationen, die Aufgaben des BNN beginnen.

Also auch von mir die Forderung einer schnellen Klärung durch den BNN bzw. »neutrale« Sachkundige.

Als Einzelhändler stelle ich immer wieder fest, das viele von unseren Großhändlern und Herstellern gegebene Informationen mehr nach marktstrategischen Gesichtspunkten gegeben werden, als aus dem Wunsch nach Offenheit resultierend.

Intrigen und Machtkämpfe scheinen inzwischen auch zu dem zu gehören, was wir von den »Profis« gelernt haben. (...)«

Uwe Meyer-Rahrig, Korn & Kram, Holzminden, Fax vom 17.10.95)

Ulrich Walter voon Lebensbaum teilte uns inzwischen mit, daß er die Herausgeber der Zeitschrift CONTRASTE abgemahnt und gegen Herrn Mohrhof von der FAU/IAA Strafanzeige gestellt habe. Ein entsprechendes Schreiben seines Rechtsanwaltes liegt dem BNN vor. Er bestätigt darin, daß die Haltlosigkeit und Unwahrheit der Behauptungen nachgewiesen werden könne.«●

JUNGE WELT: GENOSSENSCHAFTSGRÜNDUNG

LPG junge Welt

1989 war die »junge welt« mit einer täglichen Auflage von 1,52 Millionen die auflagenstärkste Tageszeitung der DDR. Nach einem Auflagenverlust von 87,6 % im Jahr 1990 übernahm die Mediengruppe Schmidt & Partner die Zeitung, mit dem Ziel einer Stabilisierung der Auflage bei 170.000. 1994 erarbeitet Hermann Gremliza als Berater ein Konzept, um den weiterhin stetigen Auflagenverlust zu stoppen. Als das Konzept zu greifen beginnt, wurde am 5. April 1995 der Konkurs angemeldet. Die »junge welt« hatte zu diesem Zeitpunkt noch ca. 17.500 AbonnentInnen. Eine Woche später übernimmt die Belegschaft die Herausgabe der Zeitung und will jetzt die »Linke Presse- & Verlagsgenossenschaft« gründen, die Mehrheitseigner im herausgebenden »Verlag 8. Mai« werden soll. Gesucht werden mindestens 150 Genossinen und Genossen, die einem Anteil von 1.000 DM zeichnen. Nachfolgend die Erklärung der Redaktion:

Foto: Sabine Peters

»Als ob wir nicht bis zum Hals in Arbeit stecken würden. Täglich sechzehn Seiten mit lesenswerten Beiträgen füllen. Mit der gleichen Besatzung eine Wochenendbeilage produzieren, dazu diverse *jW*-Extras und nicht zuletzt der ständige Kampf um AbonnentInnen. Zusätzlichen Streß bereitet die notwendige Umstellung des Redaktionssystems bei laufender Zeitungsproduktion. Alle Software- und Hardware-Tücken, die man sich als NichterpertIn auf dem Computer so vorstellen kann, sorgen für zusätzliche Würze im oberflächlich geordneten Redaktionschaos. In dieser Situation wollen wir eine Genossenschaft gründen. Wir müssen verrückt sein!

Für uns ist es allerdings eine gesicherte Erkenntnis, daß man verrückt sein muß, damit die *junge Welt* überhaupt eine Chance hat. Das war im April '95 so, als eine Handvoll *jW*-MitarbeiterInnen sich zum Weitermachen nach dem Konkurs entschlossen. Das war so, als sich in jener Situation zwei Redakteure bereit erklärten, als Gesellschafter des neu gegründeten Verlages für eine Unternehmung zu haften, die mehr als eine halbe Million Mark im Monat an Kosten verursacht. Verrückt waren nicht zuletzt alle Leute aus der Redaktion und neugegründeten Verlag, die – erst einmal ohne, dann für wenig Lohn – eine Zeitung machten, die dem Anspruch des Titels gerecht werden mußte. Es ging gut. Unsere verrückte Besessenheit, die *jW* nicht sterben zu lassen, wurde von einer Woge der Symphatie und Solidarität unserer LeserInnen getragen. Mehr als zweitausend Solidaritäts-Abos in den ersten beiden Monaten nach Wiederbeginn sicherten der *jungen Welt* das Überleben bis zum Jahresende.

Die Euphorie jener Tage bekam dann jedoch einige heftige Dämpfer. Gegen Ende des Sommers begannen die Abo-Zahlen wieder stärker zu sinken. Zur jW-Fete am 7. Oktober mußten wir deshalb zwei grundlegende Entscheidungen fällen. Zum ersten wandten sich Verlag und Redaktion mit dem dringenden Appell »1.000 Abos in sechs Wochen« an unsere LeserInnen, um den dramatischen Rückgang der Abonnements wenigstens bis zum Jahresende zu bremsen. Zum zweiten gründeten neun Personen aus dem Kreis des Berliner *jW*-Aktivs und der Redaktion die »Linke Presse-und Verlagsgenossenschaft junge Welt«.

Ziel dieser Genossenschaftsgründung ist zunächst, möglichst viele GenossInnen zu finden, die sich am geplanten Projekt beteiligen. In der Satzung heißt das dann lakonisch: »Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder als Mitarbeitende und Leser und Leserinnen der Tageszeitung *junge Welt*«.

Perspektivisch geht es uns um mehr: In der jetzigen Konstitution der *jW* gibt es eine Reihe von unsicheren Faktoren. Da sind zunächst die faktischen Besitzverhältnisse in Form einer Kapitalgesellschaft (GmbH). Durch die – für ein wirtschaftliches Projekt wie die *jW* – geringe Haftungssumme von 50.000 Mark, keiner eigenen Immobilie oder sonstigen nennenswerten Vermögensgegenständen ist es natürlich unmöglich, jemals einen nennenswerten Kredit zu bekommen. Das kann aber durchaus einmal akut werden. Biespielsweise mußten wir das Projekt eines vierseitigen Berliner Lokalteils im Oktober zurückstellen, weil unsere finanziellen Mittel denn doch zu knapp waren. Mit einer starken Genossenschaft im Rücken wäre das womöglich kein Problem gewesen.

Ein weiterer Aspekt ist die Schaffung einer möglichst breiten Mitbestimmung. Die hat bei einer »normalen« Kapitalgesellschaft wie einer GmbH engere Grenzen als bei einem Genossenschaftsmodell. Obwohl die Genossenschaft sich letztlich auch nicht aus ihrem kapitalistischen Umfeld verabschieden kann, gibt es hier einen breiteren Spielraum. Die Mitglieder sind ja schließlich auch Miteigentümer.

Dazu bedarf es noch einiger Voraussetzungen. So soll die Genossenschaft mittelfristig Gesellschafteranteile an der bestehenden GmbH übernehmen, die derzeit die *junge Welt* herausgibt. Sie soll und könnte der Zeitung einen wirtschaftlichen Flankenschutz ermöglichen, angefangen beim Vertrieb über die Finanzierung von Redaktionstechnik bis hin zu möglichen Redaktionsräumen. Dies allerdings ist noch ein wenig Zukunftsmusik. Und ein wenig verrückt – wie wir selbst.«●

Der 8-seitige Sonderdruck mit Satzung und Beitrittserklärung (der Anteil von 1.000 DM kann auf zwei Jahre gesplittet werden) kann bezogen werden über: Verlag 8. Mai GmbH, Am Treptower Park 28-30, D-12435 Berlin.

REGIONALE VERANSTALTUNGSREIHE:

Konzepte der Gegenöffentlichkeit

»... bleibt alles unter uns!« könnte eine ironisch-gemein(t)e Beschreibung der Reichweite vieler Medien der alternativen Szene sein. Ist und war nicht Gegenöffentlichkeit oft genug in einer Form (Sprache, Layout, moralischer Anspruch) publiziert, die eben »gegen Öffentlichkeit« und nur an interne Kreise gerichtet war?

Das wäre ja – jenseits von Wortspielen – nicht weiter schlimm, wenn nicht so viele der Medienprojekte, die hauptsächlich ab Ende der 70er Jahre graswurzelmäßig aus dem Boden der alternativen Szene sprossen, zwei Ziele verfolgt hätten. Neben, über oder unter dem Versuch, Nachrichten und Berichte innerhalb der Szene zu transportieren, stand relativ oft das Ansinnen, die »Bürgers« außerhalb, oder doch zumindest die aufgeklärten linksliberalen Leute zu erreichen. Nachrichten, die in den etablierten Medien keine Verbreitung finden, sollten und sollen so transportiert werden, daß unterdrückte Menschen und ihre Interessen ein Sprachrohr erhalten. So ist zwar die Forderung aus der 68er Bewegung »enteignet Springer« (noch) nicht erfüllt, aber immerhin gibt es die Konkurrenz zum großen Medienchor etablierter und mehr oder weniger konservativer Verlage.

Viele mit Engagement, Freude und Hoffnung begonnene Projekte endeten in der einen oder anderen Form nach dem Niedergang der »neuen sozialen Bewegungen« Mitte der 80er Jahre. So gab es einerseits das resignierte Aufgeben und die individuelle Flucht in ein (esoterisches) Niveau, andererseits die Anpassung an kapitalistische Gegebenheiten, die Vermarktung der eigenen Kreativität zur Steigerung des allgemeinen Konsums. Dem gegenüber stand oft das verbissene Durchhalten in der politischen Arbeit, verbunden mit ständigem Selbstmitleid ob der vielen notwendigen Aufklärungsarbeit, die mit so wenig Leuten und so wenig Geld (und so wenig Freude?) geleistet werden muß.

Was bleibt?

Es bleiben Projekte, die sich jenseits der Entwicklung großer Multi-Media-Konzerne wie Burda oder Springer gebildet und erhalten haben. Projekte, die über Erfahrung aus jahrelanger Medienarbeit verfügen und deren Erfolg doch in mehr als dem puren Überleben besteht. Projekte, bei denen nicht (wirtschaftliche) Verwertungsinteressen die Wichtigkeit einer Meldung bestimmen, und die sich in ihren publizierten Inhalten wie auch in der Stellung der MitarbeiterInnen grundlegend von der Masse der anderen Medien unterscheiden.

Trotz-Dem e.V. (Mainz, d. Red.) startet nun eine Veranstaltungsreihe, die aus einer Standortbestimmung verschiedener Alternativmedien eine Auseinandersetzung um alte und neue Konzepte leisten soll.

Überregionale Tageszeitungen

Überregionale Tageszeitungen gehören sicher zu den ambitioniertesten Formen, auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluß zu nehmen. Das bundesweit größte und erfolgreichste Experiment, Gegenöffentlichkeit zu schaffen, die »taz«, hat seit ihrer Gründung 1979 einige Wandlungen durchgemacht und sonnt sich zumindest journalistisch im Erfolg: sie mißt sich in der Reichweite mit anderen »Großen« wie Süddeutsche Zeitung, Rundschau oder FAZ. Wegen ihrer Binnenstruktur und der Ausrichtung ihrer Artikel wird ihr aber inzwischen von einigen Seiten der hehre Anspruch auf Gegenöffentlichkeit abgesprochen, wird sie als Blatt etablierter (GRÜNEN-)Politik gesehen.

Die »junge Welt« oder das »Neue Deutschland«, ehemalige DDR-Tageszeitungen mit neuem Konzept sprechen dagegen viele der taz-KritikerInnen inzwischen mehr an mit ihrem Versuch, kapitalorientiertem Einheitsbrei kritischen Journalismus entgegenzusetzen. Daß dies neben ökonomischen Problemen auch viele interne Auseinandersetzungen bedingt, ist zwar manchmal nervig, aber wohl unvermeidbar.

In der ersten Veranstaltung am 15. November schildern Leute von der »taz« und der »jungen Welt« ihre Ziele und deren Umsetzung und stellen sich den Fragen des Publikums.

TERMINE:

Mittwoch 15. November:
Überregionale Tageszeitungen
(taz/junge welt)

Mittwoch, 13. Dezember:
nichtkommerzieller Rundfunk
(Radio Dreyeckland/Radio Quer)

Januar:
Lokale Monatszeitschriften
(DiWa/andere zeitung)

Rundfunk

Während im allgemeinen die jüngere Entwicklung im deutschen Rundfunkbereich von den Erfolgszügen der privaten Medienkonzerne gekennzeichnet war, sind viele alternative Projekte an juristischen und finanziellen Hürden gescheitert. Hier für Mainz wären die Versuche des linksrheinischen Rundfunks zu erwähnen. Aber es gab im Besonderen auch einige wenige erfolgreiche Versuche, die Medienmonopole anzugreifen. »Radio Dreyeckland« aus Freiburg blickt auf eine erstaunliche Geschichte seit den Anfängen von »Radio Verte Fessenheim« 1977 zurück und hat sogar seine Legalisierung überstanden.

Die Mainz-Wiesbadener Initiative »Radio Quer« harrt dagegen seit Jahren auf den Tag der Legalisierung, um endlich mit der Gegenöffentlichkeit anfangen zu können. Mit einem neuen Landesmediengesetz in Hessen eröffnen sich nun zwar schlechte, aber dennoch zu nutzende Möglichkeiten. Die Ideen der »Neulinge« den Idealen und gewachsenen Erfahrungen der »Oldies« gegenüberzustellen und beide zu hinterfragen ist der Inhalt der zweiten Veranstaltung am 13. Dezember mit Radio Quer und Radio Dreyeckland. Radio Quer wird durch einen Mitarbeiter und außerdem mittels Video vorgestellt.

Stadtzeitungen

Das Schrumpfen der »Neuen Sozialen Bewegungen« Mitte der 80er Jahre traf im Medienbereich die Stadt-, Stadtteil- und Initiativenzeitungen am härtesten. Nur ein Teil dieser Projekte überlebte oder fand Nachfolger, andere gingen ein oder entwickelten sich zu reinen Kommerzblättern, wie z.B. der Pflasterstrand aus Frankfurt. Neben chronischen Geldproblemen (sic!) schlagen sich viele der überlebenden Blätter mit der eigenen Abgehobenheit und/oder dem Desinteresse des potentiellen Publikums herum.

Hier manifestiert sich mitunter die Sinnkrise der Linken. »Dichtung und Wahrheit«, kurz DiWa (Mainz) bemüht sich seit 1991, ein Forum linker Positionen in Mainz zu sein, nachdem das »Regionalblatt« Mitte der 80er Jahre aufgegeben hatte. Doch die MacherInnen selbst sahen symtomatischerweise das Erscheinen der 50. Ausgabe nicht als Grund zum Feiern. Nur am leidigen Geld liegt's nicht.

Die »andere zeitung« (az) aus Frankfurt dagegen expandiert, gibt sich schicker und professioneller. Aber treffen die Inhalte noch auf den Begriff Gegenöffentlichkeit zu, oder ist die »az« nur noch ein aufgemotztes Veranstaltungsmagazin? Die Unvergleichbaren nebeneinander vorzustellen und nach ihrer Zukunft zu fragen, ist der Inhalt der dritten Veranstaltung in dieser Reihe.

Alle Veranstaltungen finden in der darK.-Halle, Heidelbergerfaßgasse 14 in Mainz statt. Beginn ist jeweils 20 Uhr.●

wf

Aus: DiWa Nr. 51, November 1995

POLITISCHE ENTWICKLUNG IM VERPACKUNGSBEREICH

ABFALLWIRTSCHAFT

Von grünen Punkten und gelben Säcken

Mit mehr als der Hälfte nehmen Verpackungen den größten Teil des Hausmülls ein. Damit sind sie wesentlicher Bestandteil des Problems Abfall, das zu lösen sich Politik und Wirtschaft in den vergangenen Jahren immer wieder auf die Fahnen geschrieben haben. Doch trotz Schaffung von Grünem Punkt und Dualem System Deutschland – das eigentliche Ziel, die Menge der Verpackungen zu reduzieren, ist bisher kaum erreicht worden. Aber gerade jetzt bietet sich vielleicht letztmalig die Chance, auch auf politischer Ebene dem Verpackungsmüll beizukommen. Für CONTRASTE beleuchtet Gert Sanders vom Projekt »Total tote Dose« die aktuelle Diskussion.

27.9.95 Anti-DSD-Aktion in Göttingen — Foto: Jugendumweltbüro in Göttingen

Gert Sanders, Redaktion Jugend und Umwelt ● Fast jede Verpackung trägt den Grünen Punkt. Dieser ist Zeichen für Verbraucherin und Verbraucher, diese nun nicht in den normalen Hausmüll, sondern in den Gelben Sack oder die Gelbe Tonne zu geben. Diese Art der Verpackungsmüllentsorgung besteht nun seit 1993. Hinter der Einführung des Gelben Sackes bzw. der Gelben Tonne steht die Duale System Deutschland GmbH. Diese setzt sich aus inzwischen über 300 Betrieben und Unternehmen aus der Wirtschaft zusammen und garantiert dafür, daß der Abfall aus Verpackungen getrennt zur regulären Müllabfuhr erfaßt und zu gewissen Anteilen der Weiterverwertung zugeführt wird.

Das Duale System Deutschland (DSD) entstand als Reaktion auf die politische Diskussion um die Möglichkeiten zur Abfallreduzierung. Der damalige Bundesumweltminister Dr. Klaus Töpfer plante eine Rücknahmepflicht für alle Verpackungen in den Läden. Die Kunden hätten die Möglichkeit gehabt, alle gebrauchten Verpackungen in die Läden zurückzubringen. Auf alle Einweg-Getränkeverpackungen wäre ein Zwangspfand von 50 Pfennig erhoben worden, so daß zumindest Getränkedose, Milchkartons oder Saftverpackungen den Weg in die Geschäfte zurückgefunden hätten. In Folge dessen wäre der Vorzug vieler Einwegverpackungen, nämlich die bequemere Handhabung, weggefallen. Mehrweg wäre verstärkt zum Einsatz gekommen. Dieser Ansatz der Abfallverminderung ist gesetzlich in der Verpackungsverordnung von 1991 festgeschrieben worden. Allerdings wurde ebenfalls eine Ausnahme vorgesehen. Wenn es der Wirtschaft gelingt, ein eigenes System aufzubauen, das den Verpakkungsabfall direkt bei den VerbraucherInnen erfaßt und anschließend zu festgelegten Teilen der Verwertung zuführt, greift die Rücknahmepflicht nicht. Dies war die Stunde der Dualen System Deutschland GmbH.

Viel stand auf dem Spiel. Die gesamte Verpackungsindustrie hätte unter dieser einschneidenden Maßnahme zur Abfallvermeidung zu leiden gehabt. Der Ausweg, der sich aus diesem Dilemma anbot, war das Setzen auf Wiederverwertung. Zwar existierten kaum Möglichkeiten, die Abfallmengen angemessen zu bewältigen, aber es erschien wohl vielversprechender, hier zu investieren, als den Umschwung auf Vermeidung und Ausbau von Mehrweg mitzuvollziehen. Ein neuer Wirtschaftsbereich war geschaffen. Abfall erhält das Prädikat Wertstoff und damit auch einen neuen finanziellen Wert. Wertstoff hat sich zu einem neuen Handelsgut entwickelt. Am deutlichsten wurde dies, als die Duale System Deutschland GmbH von einem Skandal in die nächste wirtschaftliche Krise rutschte. Hier übernahmen Energiekonzerne wie RWE Anteile und Schuldenlast – mit dem Hintergedanken, Verpackungen irgendwann der thermischen Verwertung, also der Verbrennung, zuzuführen, die mit Energiegewinnung gekoppelt wird. Ausgetragen wird dies, wie üblich, zu einem Teil auf dem Rücken der VerbraucherInnen. Denn die Kosten, die dem Dualen System Deutschland entstehen, werden über die Vergabe des Grünen Punktes von den Verpackungsherstellern eingefordert. Der Grüne Punkt ist somit auch in erster Linie ein Zeichen dafür, daß dem Dualen System Deutschland ein Entgelt entrichtet worden ist, als daß die Verpackung irgendwie wiederverwertbar ist. Und dieses zu zahlende Entgelt wird letztendlich auf Verbraucherin und Verbraucher abgeschoben. Rund 50 DM muß jeder Bundesbürger für das Duale System im Jahr aufbringen. Die eigentlichen Probleme werden jedoch nicht gelöst, denn aus einer Verpackung kann bei den meisten Materialien nie wieder eine neue Verpackung entstehen. So werden für die Produktion nach wie vor Rohstoffe benötigt.

Erfassungsquoten

	ab 1.1.1993	ab 1.7.1995
Glas	60 %	80 %
Weißblech	40%	80 %
Aluminium	30 %	80 %
Pappe,Karton	30 %	80 %
Papier	30 %	80 %
Kunststoff	30 %	80%
Verbunde	20 %	80 %

Sortierquoten

	ab 1.1.1993	ab 1.7.1995
Glas	70 %	90 %
Weißblech	65%	90 %
Aluminium	60 %	90 %
Pappe,Karton	60 %	80 %
Papier	60 %	80 %
Kunststoff	30 %	80%
Verbunde	30 %	80 %

Tabelle 1

Nach der Verpackungsverordnung hat das Duale System Deutschland bei der Verwertung je nach Material verschiedene Quoten einzuhalten. Diese sind in Tabelle 1 zusammengestellt. Zunächst wird unterschieden zwischen Erfassungs-und Sortierquote. Die Erfassungsquote gibt an, wieviel Prozent des produzierten Materials wieder eingesammelt werden müssen, die Sortierquote wieviel Prozent von diesem zur Verwertung aussortiert werden muß. Entscheidend ist, daß ab dem 1. Juli diesem Jahres teilweise deutlich höhere Quoten erfüllt werden müssen. Lag die Verwertungsquote, errechnet aus Erfassungs- und Sortierquote, bis dahin bei Aluminium z. B. nur bei 9%, bei Kunststoff gar nur bei 18%, so müssen nun immerhin 64% (Kunststoff) bzw. 72% bei Aluminium verwertet werden. Für die Kontrolle des Dualen Systems sind die Länder zuständig. Die Länder haben, nachdem das Duale System bestimmte Auflagen wie z.B. die flächendeckende Einführung, erfüllt hatte, dieses von der Rücknahmepflicht der Verpackungsverordnung in einem Freistellungsbescheid entbinden müssen. Um auch weiterhin diese Freistellung zu erlangen, muß jährlich in einem Mengenstrom nachgewiesen werden, wieviele Verpackungen, aufgeschlüsselt in die einzelnen Materialfraktionen, erfaßt und auf welche Art verwertet worden sind.

Sollten die an die Freistellung gekoppelten Auflagen nicht erfüllt werden, also beispielsweise eine Quote nicht eingehalten werden, haben die Landesregierungen die Möglichkeit, die Freistellung zu widerrufen. Dies kann teilweise, also nur für bestimmte Materialien, geschehen oder aber insgesamt. Ein solcher Schritt würde dann die ursprüngliche Fassung der Verpackungsverordnung mit Rücknahmepflicht und Zwangspfand auf Einweggetränkeverpackungen in Kraft setzen. Schon vor der Quotenerhöhung zum Juli diesen Jahres hat das Duale System Deutschland immer wieder Schwierigkeiten gehabt, Quoten zu erfüllen. Insbesondere im Aluminiumbereich sind immer wieder Lücken deutlich geworden. So deutlich, daß sogar einige Bundesländer mit dem Entzug der Freistellung gedroht haben, zuletzt die Umweltminister der fünf neuen Länder im Spätsommer. Sollte dem Dualen System Deutschland die Freistellung für Aluminium entzogen werden, würde nach einem halben Jahr »Schonfrist« der Verbraucher das Recht haben, alle Verpackungen aus Aluminium in die Läden zurückzubringen. Für Getränkeverpackungen wie die Alu-Getränkedose müßte ein Zwangspfand von 50 Pfennigen erhoben werden.

Bei der Diskussion um die Erfüllung oder Nichterfüllung der gesetzlichen Quoten muß auch offengelegt werden, was vom Dualen System Deutschland zur Einhaltung alles berechnet wird. In Berlin ergaben sich hieraus z.B. für 1994 Spielräume für die Sortierquote zwischen 37% und 69%, je nach Interpretation. Die zu erfüllende Quote lag bei 60%. Da es dem Dualen System schwer fällt, die gesetzlich vorgeschriebenen Quoten zu erfüllen und damit die Gefahr besteht, daß doch irgendwann eine Landesregierung die Drohung wahr macht und dem DSD die Erlaubnis entzieht, seinen Aufgaben weiter nachzukommen, gibt es schon seit längerem Bestrebungen, die Verpackungsverordnung neuzufassen, zu novellieren. Die Konzepte sehen vor, den derzeitigen »Ist-Zustand« gesetzlich festzuschreiben und so zu verhindern, daß dem Dualen System rechtlich beizukommen ist. Hierzu sollen beispielsweise die zu erfüllenden Erfassungs-und Sortierquoten gesenkt werden. Außerdem soll es nicht mehr landesbezogene Nachweise gegenüber den Umweltministerien geben, sondern nur noch einen Bundesnachweis. Kontrollbehörden bleiben aber die einzelnen Landesministerien, so daß völlig unklar wird, wann dem DSD eine Freistellung entzogen werden kann. Da zu erwarten ist, daß durch die höheren Quoten, die seit Juli gelten, das Duale System Deutschland zumindest teilweise wieder Schwierigkeiten bekommen wird, besteht in den kommenden Monaten vielleicht die letzte Möglichkeit, durch den Entzug der Freistellung einen Weg der ökologisch orientierten Abfallgesetzgebung einzuschlagen.●

27.9.95 Anti-DSD-Aktion in Göttingen — Foto: Jugendumweltbüro Göttingen

RECYCLING-MÄRCHEN

Wiederverwertung?

Lange Zeit riefen insbesondere Umweltgruppen und -verbände dazu auf, Abfall zu trennen und der Wiederverwertung zuzuführen. So sammelte ein jeder das Altpapier, brachte die Weinflaschen zum Altglascontainer und häufte Aluminiumfolie in einem kleinen Behälter in der Küche. Kaum hat die Wirtschaft unter anderem mit dem Dualen System Deutschland auf das Recycling gesetzt, da soll dies alles Unfug sein?

Gert Sanders, Redaktion Jugend und Umwelt ● Der Anspruch an ein sinnvolles Recycling muß sein, daß das Ausgangsprodukt am Ende wieder hergestellt werden kann, also ein zumindest halbwegs geschlossener Kreislauf entsteht, so daß Rohstoffe geschont werden. Außerdem muß sich der Energieaufwand insgesamt noch rechnen. Daß dies oft kaum gelingt, ist Ansatzpunkt für Kritik an der Wiederverwertung. Bei einigen Materialien wie z.B. Glas oder Papier ist es möglich, diese durch den Recyclingprozeß wiederzugewinnen. Bei anderen ist dies nicht ganz so leicht. Im Verpackungsbereich kommt erschwerend hinzu, daß durch Hygieneansprüche weitaus höhere Anforderungen an das verwendete Material gestellt werden müssen als bei anderen Verwendungsbereichen. Dies macht ein ökologisch sinnvolles Recycling für Plastik-, Aluminium- oder Verbundverpackungen besonders schwierig. 1994 wurden in Deutschland z.B. rund 900 Millionen Kilogramm Kunststoffverpackungen verbraucht. Laut Verpakkungsverordnung hatte das Duale System Deutschland die Pflicht, hiervon 9% wiederzuverwerten. Andersherum heißt das, daß mit den restlichen 91% alles andere geschehen ist. Nach Angaben des Dualen Systems Deutschland wurden 1994 rund 55 Prozent der aussortierten Kunststoffverpackungen ins Ausland exportiert. Was dort aus dem Abfall wird, ist von hier nur sehr schwer nachzuvollziehen. Besseres als das, was im Inland passiert, ist jedoch kaum zu erwarten. Von den übrigen 45% wanderten rund 30.000 Tonnen in das sogenannten rohstoffliche Recycling. Hierbei werden die Kunststoffe chemisch aufgespalten und so Erdöl erzeugt. Dieser Prozeß ist außerordentlich energieaufwendig. Er verschlingt rund 60% des hergestellten Erdöls. Von Kreislaufwirtschaft kann also keine Rede sein. Aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzung der Kunststoffe ist ein Recycling bei dem beispielsweise aus Joghurtbechern wieder Joghurtbecher entstehen, unmöglich. Kunststoff läßt sich bestenfalls unter großem Energieaufwand und Schadstoffausstoß zu minderwertigen Materialien wie z.B. Parkbänken oder Fensterrahmen recyceln.●

RUNDER TISCH ABFALL

»Gemeinsam sind wir stark«

Dieses Motto haben unterschiedlichste Initiativen, die im Abfallbereich tätig sind, beherzigt und 1993 den Runden Tisch Abfall auf Bundesebene ins Leben gerufen. Hier tauschen sich nun in unregelmäßigen Abständen Umweltverbände, Verbraucherinitiativen und Wissenschaftler über aktuelle Vorgänge wie beispielsweise Gesetzesinitiativen oder Untersuchungen wie die Ökobilanzen aus. Aus dem Runden Tisch Abfall ist beispielsweise auch die Arbeitsgruppe »Runder Tisch Vielzwecknorm« entstanden, die sich mit dem Konzept des Besseren Müllkonzeptes zur Standardisierung und Normung von Mehrwegbehältnissen beschäftigt.●

Kontakt: Jugendumweltbüro, Güterbahnhofstraße 10, 37073 Göttingen, 0551 / 487103, Fax: 487104,
Email: JUB.Goettingen@link-Goe.zerberus.de●

AKTIONEN GEGEN EINWEGMÜLL

ABFALLWIRTSCHAFT

Total tote Dose

Seit einigen Jahren sind Jugendliche unter dem Motto »Total tote Dose« gegen Einwegverpackungen aktiv. Mit spektakulären Aktionen unterstrichen sie immer wieder die Forderung nach konsequenter Müllvermeidung. In den kommenden Monaten sollen die Landesregierungen aufgefordert werden, dem Dualen System die rechtlichen Grundlagen zu entziehen.

Gert Sanders, Redaktion Jugend und Umwelt ● Der Startschuß für die Aktion Total tote Dose fiel vor nunmehr 4 Jahren, am 6. November 1991 in Göttingen. Rund 3.500 Schülerinnen und Schüler verhängten das Alte Rathaus mit rund 30.000 Getränkedosen und machten so unübersehbar auf die Müllproblematik aufmerksam. Zuvor hatten sich wochenlang fast alle Schulen an den Vorbereitungen, insbesondere dem Dosen sammeln, beteiligt. Die Reaktionen aus der Politik und der Wirtschaft waren jedoch eher verhalten.

Anti-DSD-Aktion in Göttingen Foto: Jugendumweltbüro Göttingen

So wurde ein neuer Rahmen abgesteckt: Nur ein halbes Jahr später, im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages am 6. Mai 1992, demonstrierten vielerorts Jugendliche für eine Eindämmung der Verpackungsflut. Unter anderem verschwand das Brandenburger Tor in Berlin hinter einem Dosenvorhang. Im darauffolgenden Jahr zogen rund 1.000 Jugendliche mit über 70.000 Getränkedosen nach Bonn, um ihre Forderungen der Politik zu präsentieren. Hier kam erstmals Leben in die Wirtschaft. Mit einer gezielten Gegenaktion versuchten sie, das Image der Dose wieder aufzupolieren. So zierten halbseitige Anzeigen Tage vor der Aktion Bonner Zeitungen, in denen die Aktion als eine Aktion für Sammeln und Wiederverwertung darzustellen versucht wurde. Während der Aktion traten Straßenmaler und Pantomimekünstler in Aktion, um auf die Vorzüge der Dose aufmerksam zu machen.

1993 gelang ein entscheidender Durchbruch in Göttingen. Die Läden eines Stadtteils beschlossen, die Idee der »dosenfreien Zone« in einem bundesweit einmaligen Modellversuch umzusetzen, der erste dosenfreie Stadtteil war geboren. Schnell breitete sich diese Initiative aus. In vielen anderen Orten versuchten Jugendliche, ebenfalls Marktleiter zu überzeugen, die Getränkedose aus dem Sortiment zu verbannen. Mit sieben Läden in Quakenbrück, die seit Oktober diesen Jahres auf Getränkedosen verzichten, ist die Marke von 100 Läden erreicht.

Vielfach zeigte sich jedoch auch, daß die Initiative zur Verbannung der Getränkedose vor der eigenen Haustür auf ungeahnte Schwierigkeiten stößt. Marktleiter können nicht selbst über ihr Sortiment bestimmen, Geschäfte weigern sich, überhaupt über das Thema Mehrweg zu sprechen. Gleichzeitig ist neben der Dose noch immer eine Unzahl von überflüssigen Verpackungen auf dem Markt. Das Thema Mehrweg geht bei der Diskussion um die verschiedenen Verwertungsmöglichkeiten und deren Probleme unter.

Anti-DSD-Aktion in Göttingen Foto: Jugendumweltbüro Göttingen

Hier setzen die Jugendlichen nun mit einer neuen Kampagne an. Diese hat zum Ziel, das Duale System Deutschland auszuhebeln und so die Diskussion über eine ökologischere Abfallgesetzgebung zu öffnen. Dabei wird der Weg über die Landesregierungen gehen. Diese hätten es derzeit in der Hand, dem Dualen System endgültig die rote Karte zu zeigen und so für eine Rücknahmepflicht aller Verpackungen in den Läden, ein Zwangspfand auf Getränkeeinweg und die Diskussion über Mehrwegförderung und -ausbau zu sorgen.

Die Kampagne startete mit einer Auftaktaktion am 27. September in Göttingen. Hier türmten Schülerinnen und Schüler rund 2.000 Gelbe Säcke auf dem Marktplatz auf. Das Wahrzeichen Göttingens, das Gänseliesel, schaute auf einen Berg von Müll herab. Daneben wurde ein Labyrinth aus Gelben Säcken unter der Überschrift »Duales System – ausweglos verirrt« errichtet. Die Schirmherrschaft für diese Aktion übernahm der Niedersächsische Kultusminister Rolf Wernstedt. Weitere Aktionen werden in vielen Landeshauptstädten folgen, hier werden auch Unterschriften übergeben werden. Die Aktion Total tote Dose ist ein freier Zusammenschluß von Jugendlichen. Als wichtigste Publikation ist das Jugendaktionshandbuch Abfall zu nennen. Hier werden auf über 90 Seiten unterschiedliche Aktionsmöglichkeiten sowie das dazu notwendige Werkzeug wie Pressearbeit oder Finanzen dargestellt.●

VIELZWECKNORM

Lichtung im Gläserwald

Auf dem Einwegsektor hat es in den letzten Jahren eine ständige Weiterentwicklung gegeben – dagegen ist der Mehrwegbereich hiervon fast völlig verschont geblieben. Eine Ausnahme macht da der Vorschlag der Initiative »Das Bessere Müllkonzept«, die eine Vielzwecknorm erarbeitet hat, deren Umsetzung einen Umbruch des Mehrwegbereiches bedeuten würde.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Gert Sanders, Redaktion Jugend und Umwelt ● Mit einem Vorschlag zur strikten Normung und Standardisierung von Mehrwegbehältnissen möchte das Bessere Müllkonzept die Vielfalt der Verpackungen bremsen und statt dessen auf wenige Mehrzweckbehälter setzen. In diese Behältnisse aus Glas könnten dann die unterschiedlichsten Produkte verpackt, transportiert und verkauft werden, etwa Gemüse, Obst oder Wurst, Kaffee, Babynahrung oder Fertiggerichte. Der entscheidende Vorteil von wenigen unterschiedlichen Behältnissen liegt im Punkt Transportwege. Diese ließen sich so wesentlich verkürzen, der Behälter könnte in einer direkt in der Nähe des Verbrauchers oder der Verbraucherin liegenden Abfüllanlage gereinigt und neu befüllt werden und müßte nicht erst wieder zur ursprünglichen Anlage zurück transportiert werden. Außerdem möchte das Bessere Müllkonzept mit diesem Vorstoß das Einsatzfeld von Mehrweg drastisch erweitern. Alles, was sich in Mehrweg verpacken läßt, soll auch in Mehrweg verpackt werden. Probleme bei der Reinigung der so unterschiedlich befüllten Mehrweggläser sehen die Initiatoren nicht. So werde bereits heute Milch in großem Umfang in Mehrwegbehältern abgefüllt, ohne daß Hygieneprobleme auftreten. Vielmehr ließen sich der Verbrauch an Wasser, Waschmitteln und Energie noch um bis zu zwei Dritteln senken.

Seit über zwei Jahren versucht das Bessere Müllkonzept nun, diese Idee in die Praxis umzusetzen. Dies allerdings ist ein beschwerlicher Weg. Schließlich müssen viele mitziehen, müssen Anlagen umgerüstet werden. Als erstes muß das Deutsche Institut für Normung (DIN) über die Norm beraten. Hier sollen genaue Ausmaße sowohl der Behälter als auch der Transportkästen festgelegt werden. Ende Mai diesen Jahres traf sich hierzu zum ersten Mal ein Ausschuß. Im September ist dieser zum dritten Mal zusammengekommen.

Parallel dazu läuft die Diskussion mit der Wirtschaft. Im Mai trafen sich in Zusammenarbeit mit der Stiftung Initiative Mehrweg im Bayrischen Umweltministerium Vertreter zu einem Expertenhearing. Hier zeigten sich dann auch noch verschiedene Bedenken aus der Wirtschaft, so wurde die Befürchtung geäußert, Mehrweg könne zu teuer sein.

Weitere Diskussionsveranstaltungen in dieser Richtung sind geplant. Doch zwei Jahre werden mit Sicherheit noch vergehen, ehe das Deutsche Institut für Normung sich über das genaue Aussehen verständigt hat und die Einführung in die Praxis beginnen kann. Die Zeit bis dahin soll auch weiter genutzt werden, alles für diesen Schritt vorzubereiten.●

Kontakt: Das bessere Müllkonzept, Elsbeth Seiltz, Adelshofener Straße 8, 82276 Nassenhausen, 08145 / 6269, Fax: 5565

KOMMUNALE VERPACKUNGSSTEUER

Geld für Müll

Die Stadt Kassel sorgte vor drei Jahren für einigen Aufruhr unter Fast-Food-Ketten, Imbißbuden und Schnellrestaurants. Aufgrund einer kommunalen Steuer auf Einwegprodukte sollte für jede Einwegverpackung gezahlt werden, mit dem Ziel, diese Verpackungen durch Mehrweg zu ersetzen. Was ist aus dieser Idee geworden?

Gert Sanders, Redaktion Jugend und Umwelt ● Für jede Einweggetränkeverpackung 40 Pfennig, für jedes Einweggeschirr gar 50 Pfennig extra –die Verpackungssteuer der Stadt Kassel, die im Juli 1992 erlassen wurde, trieb so manch einem Anbieter von Einweg zunächst die Schweißperlen auf die Stirn, später vor Gericht. Doch das Bundesverwaltungsgericht entschied im Sommer 1994, daß die Steuer zulässig sei. Damit hat die Stadt Kassel einen entscheidenden Erfolg im Kampf gegen Einweg errungen. Während anderenorts über Sinn und Unsinn einer solchen Maßnahme gestritten wurde, ergaben sich für Kassel die ersten positiven Resultate. Von über 55 Betrieben, die bei Einführung zahlen mußten, sind nur noch rund 20 übriggeblieben – der Rest stellte das Angebot so um, daß kein besteuerungspflichtiges Einweg mehr verkauft wird. Statt auf einem Pappteller gibt es das Currywürstchen jetzt beispielsweise im Brötchen oder in einer eßbaren Verpackung. Die Steuereinnahmen, die der Stadt Kassel aus dieser zusätzlichen Einnahme entstehen, liegen bei ca. 1 Million DM im Jahr und haben damit die Größenordnung der Einnahmen durch die Hundesteuer.●

KREISLAUFWIRTSCHAFTSGESETZ:

ABFALLWIRTSCHAFT

Das Geschäft werden die großen Entsorger machen

Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW/ AbfG) vom 27. September 1994 wird das Abfallgesetz von 1986 ablösen und Anfang Oktober 1996 in Kraft treten. Es ist zu befürchten, daß ähnlich wie bei der Verpackungsverordnung die DSD als Grüner Punkt-Vernichter, ein weiter privater Entsorgungsgigant oder ein größeres DSD entsteht. Nachfolgend werden einige gravierende Auswirkungen auf die kommunale Abfallwirtschaft beschrieben.

Von Keith-H. Hummel, Göttingen, Red. Jugend & Umwelt ● Abfallgesetz von 1986: Die Kommunen sind Träger der Abfallentsorgung. Nach dem Abfallgesetz (AbfG) vom 27. August 1986 besteht für den Abfallbesitzer die Überlassungspflicht an den Entsorgungspflichtigen. Die Entsorgungspflicht ist im AbfG geregelt. Danach haben die zuständigen Körperschaften des öffentlichen Rechts die in ihrem Gebiet anfallenden Abfälle zu entsorgen – am häufigsten sind dies die Landkreise und kreisfreien Städte.

Nach dem Abfallgesetz besteht für eine Kommune die Entsorgungspflicht in der Hauptsache für die sogenannten Siedlungsabfälle (Haushaltsabfälle, Sperrmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Altstoffe und Schadstoffe) sowie für produktionsspezifische Abfälle aus Gewerbe und Industrie. Durch die neuen rechtlichen Regelungen werden in der kommunalen Abfallwirtschaft einschneidende Änderungen eintreten.

1. Schritt zur Privatisierung: die Verpackungsverordnung von 1991

Nach der Verpackungsverordnung ist der Vertreiber verpflichtet, Verkaufsverpackungen in seiner Verkaufsstelle oder in deren unmittelbarer Nähe zurückzunehmen. Diese Rücknahmepflicht entfällt, wenn der Handel sich an einem sogenannten Dualen Entsorgungssystem beteiligt. Zu diesem Zweck wurde die Duales System Deutschland GmbH (DSD) gegründet.

Zu den kommunalen Aufgaben in diesem Bereich gehört nur noch die Entsorgung der Sortierreste aus den privaten Sortieranlagen. Die Entsorgungspflicht wurde so für rund ein Drittel des Hausmülls auf die private Entsorgungswirtschaft verlagert. Ein relevanter Teil der kommunalen Abfallwirtschaft wurde der Steuerung durch die Kommunen entzogen.

2. Schritt zur Privatisierung: Das Kreislaufwirtschaftsgesetz '94

Die durch die VerpackV eingeleitete Privatisierung wird sich durch neue Ausschlußmöglichkeiten nach dem »Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz« (KrW/ AbfG) vom 27. September 1994 weiter verstärken. Das Gesetz sieht vor, daß der Entsorgungsausschluß auf alle Produkte ausgeweitet werden kann, die den Rücknahmeverpflichtungen nach § 24 KrW/ AbfG unterliegen. Ihre Entsorgung wird somit aus dem Bereich der öffentlichen Entsorgung herausgenommen. Das Gesetz betont die stoffbezogene Herangehensweise in der Abfallwirtschaft. Der Hersteller ist demnach für den gesamten Lebenszyklus seines Produkts verantwortlich.

Die VerpackV war nur ein erster Ansatz in diese Richtung. Weitere Rücknahmeverordnungen nach diesem Muster sind angekündigt oder entworfen, unter anderem die Rücknahme von Altautos, Batterien und Elektronikschrott. Der Einsatz dieser sogenannten indirekt steuernden Instrumente wird eine Ausweitung der »Dualen Abfallwirtschaft« und einen geringeren Leistungsumfang der öffentlichen Entsorgung zur Folge haben.

Das KrW/AbfG führt zu weiteren Einschränkungen in der Entsorgungspflicht der Kommunen über den Bereich des Hausmülls hinaus. Es besteht die Entsorgungspflicht für »angefallene und überlassene Abfälle aus privaten Haushaltungen«. Für Abfälle aus anderen Erzeugerkreisen (z.B. aus dem Gewerbe) besteht die Entsorgungspflicht nur für Abfälle, die der Kommune zur Beseitigung überlassen werden.

Gemäß KrW/AbfG sind Erzeuger oder Besitzer von Abfällen verpflichtet, diese zu verwerten. Allerdings soll bei der Umsetzung von Verwertungsmaßnahmen neben ökologischen und technischen Aspekten auch die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens berücksichtigt werden. Dies führt dazu, daß die Betriebe zukünftig mittels dieser Kriterien einen Teil ihrer Abfälle der entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaft zur Beseitigung überlassen können. Diese muß dann an Hand derselben Kriterien entscheiden, ob und wie die Verwertung oder die Beseitigung in Frage kommt. Dies kommt einer Auffangpflicht gleich, die den Kommunen zugetragen wird. Es ist zu befürchten, daß die private Entsorgungswirtschaft lukrative Bereiche übernimmt und schwer zu verwertende Abfälle den Kommunen überlassen werden.

Abgesehen von den wirtschaftlichen und finanziellen Belastungen wird so die Planung zukünftiger Entsorgungsaufgaben erschwert. Der Festschreibung der »Dualen Abfallwirtschaft« dienen die Paragraphen 17 und 18 KrW/AbfG. Hiernach wird die Übernahme der Entsorgungspflichten durch Verbände und Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft (Industrie-und Handelskammern oder Handwerkskammern) geregelt. Auch das führt zu einer zunehmenden Privatisierung der Abfallwirtschaft und einem Verlust staatlicher Steuerungsmöglichkeiten. Eine Beschleunigung des Konzentrationsprozesses in der Abfallwirtschaft ist damit vorprogrammiert. Die Übertragung der Rücknahmeverpflichtungen auf Dritte wird – analog der Entwicklung bei der VerpackV – dazu führen, daß die Entsorgung hauptsächlich von großen Unternehmen wahrgenommen wird. Bestehende mittelständische Entsorgungsstrukturen werden zerstört.

Als positive Entwicklung zu betrachten ist der § 38 KrW/AbfG. Er betrifft die Entsorgungsträger (öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger, Verbände Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft). Laut Gesetzestext sind diese Entsorgungsträger innerhalb der ihnen übertragenen Aufgaben verpflichtet, über Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen zu informieren und zu beraten. Die Verankerung der Beratungspflicht im KrW/ AbfG ist als Fortschritt zu betrachten. Allerdings ist aufgrund der bisherigen Erfahrungen zu bezweifeln, daß private Entsorgungsträger der Vermeidung eine Bedeutung einräumen werden. Es ist zu erwarten, daß der Beratungsschwerpunkt auf die Verwertung und Beseitigung gesetzt wird.

Der Bürger muß zahlen und es wird keine einzige Tonne Abfall vermieden! ●

Keith-H. Hummel (Diplom-Geograph/Berater im Technischen Umweltschutz) ist Abfallreferent beim BUND für Umwelt und Naturschutz, Landesverband Hannover e.V. Adresse: BUND-Göttingen, Güterbahnhofstr. 10, D-37073 Göttingen, Tel./FAX: 0551-56156.

Total tote Dose

Für die Abschaffung des Dualen System Deutschland und für ein Verbot von überflüssigen Einwegverpackungen! Bundesweiter *Aktionstag* am **6. November 1995** in allen Landeshauptstätten!
Unterschriftenlisten und weitere Infos zu bestellen bei:

Aktion "Total tote Dose"
c/o Jugendumweltbüro Gö.
Güterbahnhofstr. 10,
37073 Göttingen
Tel.: 0551/48 71 -03 Fax: -04

EIN UMWELTKRIMI: SACHE VON VERBRECHERN!

Beobachtungen am Müllberg eines Provinzortes

Von Jörg Bergstedt, Reiskirchen, Red. Jugend & Umwelt ● Im Landkreis Gießen liegt der Ort Reiskirchen, 9.800 EinwohnerInnen, mehrere Ortsteile, von Industrie, Straßen, Wohlstand und Golfplätzen träumende Politiker – wie überall also. Nahe am Ortskern liegt die Mülldeponie des Kreises: Ca. 270.000 EinwohnerInnen aus Stadt und Landkreis Gießen lassen hier ihren Müll abkippen. Müllvermeidung und -recycling spielen auch nach Jahren rotgrüner Regierung sowie jetzt unter der schwarzen Koalition keine Rolle. Die schwarzen Hausmülltonnen und immer mal wieder Massen aus den gelben Säcken landen auf der Deponie. Aber nicht nur das: Unter den immer höheren Bergen türmen sich auch die Skandale – heimliche Ablagerungen, Vertuschungen und mafiose Geschäfte mit der Umwelt und der Gesundheit der BürgerInnen.

Jahrelang wurde den ReiskirchenerInnen erzählt, Ende 1995 sei Schluß mit der Deponie, Gestank und LKWs voller Müll hätten ein Ende. Doch Alternativen waren nicht in Sicht, so ersann man immer neue Formen, die Deponie noch mehr aufzufüllen: Die Hangneigungen wurden steiler, die Flächen vergrößerten sich und nun sollte ein Verdichtungsverfahren Anwendung finden. Da schlugen im Juli 1995 einige BürgerInnen Alarm, die sich noch nicht hatten einlullen lassen in die täglichen Politnebel aus Rathaus, Parteien und Presse.

Sie beobachteten den Berg schon einige Zeit und veröffentlichten ihre Kritik in einer dramatischen Pressekonferenz: Erstens seien die Entgasungsanlage und die Deponieabdichtung defekt. Zweitens seien neben dem Hausmüll auch erhebliche Mengen Biomüll abgekippt worden. Und drittens sei beobachtet worden, wie mindestens 30 zugeschweißte Fässer vergraben wurden.

Die Politiker wiegelten sofort ab, die BürgerInnen ließen aber nicht locker. Sie ergatterten geheime Papiere und konnten nachweisen, daß 900 dioxinbelastete Fässer auf die Deponie gebracht wurden und die Abdichtung sowie Entgasung im Eimer waren. In die Öffentlichkeit kamen diese Recherchen aber nicht mehr: Politik und Presse hatten sich zusammengetan und ohne sachlichen Hintergrund auf die gegründete Bürgerinitiative eingedroschen. Als der Staatsanwalt ein Ermittlungsverfahren gegen die verantwortlichen Politiker begann, schrieb die Presse, es gäbe kein Ermittlungsverfahren und alles sei nur die Phantasie der uneinsichtigen BürgerInnen, die die verdienten Politiker in den Schmutz ziehen wollen (Anm.: Das Ermittlungsverfahren läuft noch heute, Zeugen werden vernommen ...).

Als die BürgerInnen weiter die Deponie beobachteten, wurden sie mehrfach bedroht, mit Steinen beworfen – auch außerhalb des Geländes. Die Presse schrieb wider besseren Wissens, die Bürger hätten randaliert usw.

Das (vorläufige) Ende des Liedes: Viele Mitwirkende der BI sind frustriert, haben aufgegeben. Die Presse schreibt nichts mehr über die Deponie, nicht einmal mehr, daß die Verdichtung begonnen hatte. Die verbliebenen kritischen BürgerInnen werden von ihr bei verschiedenen Gelegenheiten mit Schmutz beworfen. Auf der Deponie geht der Alltag weiter – ohne Entgasung, ohne Abdichtung. Die zufällige Beobachtung der Fässer war mit Sicherheit nur die Spitze des Eisberges. Beim nächsten Mal werden die zuständigen Stellen besser aufpassen – d.h. es wird keiner merken. Weiter machen werden sie, das ist sicher! Und Vermeidung und Verwertung bleiben »out«. Den Staatsanwalt werden sie auch noch rumkriegen. Dann ist wieder Ruhe ... Zitat des Umweltsprechers der SPD am Ort: »Und wenn's ins Grundwasser kommt, das fließt zum Nachbarort.«

Reiskirchen – ein Fallbeispiel? Wahrscheinlich. An vielen anderen Orten werden die BürgerInnen noch weniger wissen. Vielleicht garnichts ahnen, aber besser wird es nicht sein. Reiskirchen ist überall. Kungel, Filz und mafiose Strukturen bestimmen das Müllgeschäft – rund um jede Deponie und, ganz sicher, noch schlimmer bei der Verbrennung. Da sieht's nämlich keiner mehr ... ●

SUBKULTUREN UND DIE NOTWENDIGKEIT EINES GRUNDLEGENDEN KULTURWANDELS

Materialisierung des Geistes oder Vergeistigung der Materie?

– ein Verständigungsversuch zwischen der esoterischen Szene und der postmodernen Linken.

Von Jörg Sommer, Heidelberg ● Wer in den Jubel über die neue Konjunktur- und Konsumwelle nicht so recht einstimmen mag; wer Zweifel hegt, daß die gegenwärtigen und noch zu erwartenden sozialen und ökologischen Probleme auf die Dauer mit (sozial-) technischen Maßnahmen allein zu lösen sind; wer statt dessen auf einen tiefgreifenden kulturellen Wandel setzt, wie das Worldwatch Institute und der Club of Rome – wer sich also umschaut in unseren vielschichtigen postmodernen Industrielandschaften – wird jenseits der noch immer fortschrittsgläubigen und technikbegeisterten breiten Mittelschicht auf zwei Subkulturen stoßen, die sich zwar über die Notwendigkeit eines grundlegenden Kulturwandels einig sind, sich aber in der Sprache, den Schönheitsidealen, in den Menschen- und Weltbildern so grundsätzlich unterscheiden, daß sie kaum miteinander reden können: Es ist die postmoderne Linke auf der einen und die New-Age- oder Esoterik-Bewegung auf der anderen Seite. Beide Subkulturen sind eine Reaktion auf die krisenhafte Entwicklung der Moderne. Es sind Rettungsversuche, die das sinkende Schiff der Industrie- und Konsumgesellschaft in entgegengesetzten Richtungen verlassen.

Gleichwohl treffen die Menschen aus beiden Lagern immer wieder aufeinander – eben weil sie auch gemeinsame Ziele haben. Besonders schmerzlich habe ich das Nicht-Verstehen-Wollen und das Nicht-Verstehen-Können bei meinen früheren Aktivitäten in der Partei der Grünen erfahren und bei meinem derzeitigen Engagement in der Kommunebewegung (dem Versuch, Lebensgemeinschaften als »Keimzellen« oder »Modelle« einer neuen Kultur aufzubauen). Ich habe immer wieder die Erfahrung gemacht, daß auf der Ebene technisch-rationaler Argumentation keine Annäherung möglich ist – im Gegenteil: solche kräftezehrenden Diskussionen enden meist in noch tieferer Frustration, Resignation und Sprachlosigkeit. Der Weg zueinander führt – ganz im Gegenteil – über die Auseinandersetzung. Die Gruppen setzen sich auseinander – nicht zusammen – und schauen sich an, um ihre Unterschiede zu erkennen und anzuerkennen –nicht ihre Gemeinsamkeiten, die ohnehin nur auf einer sehr abstrakten und allgemeinen Ebene existieren. Erst dann können sie aufeinander zugehen, in dem Bewußtsein, daß der oder die Andere sie in ihrer Eigenständigkeit überhaupt erst einmal wahrgenommen hat –schon das ist bisher meist gar nicht geschehen – und sie darüber hinaus in dieser Andersartigkeit auch akzeptiert – ein noch schwierigerer Schritt aufeinander zu. Ich will das im Folgenden nun wenigstens schriftlich versuchen, wenn es im praktischen Leben schon so mühsam ist.

»Think positive«

Die Esoterikszene verfügt über einige identitätsstiftende Grundüberzeugungen, die ich unter dem Begriff »postmoderner Pantheismus« zusammenfassen möchte. Es ist eine religiöse Strömung, nur steht an der Stelle eines Gottes der Begriff des »Kosmos«-oder des »Universums«, das als »riesiges informationsverarbeitendes System« gesehen wird. Die belebte und unbelebte Materie ist von einer kosmischen Ordnung und Harmonie beseelt, die der moderne Mensch gestört hat. Diese Störungen manifestieren sich zwar im materiellen Bereich, die Ursache liegt aber auf der Ebene eines aus der Bahn geratenen individuellen und kollektiven Bewußtseins, das zu sehr auf Macht und Besitz ausgerichtet ist. Folgerichtig ist es allein die geistige oder spirituelle Ebene, auf der die Heilung der Gesellschaft und der Erde möglich erscheint. Es gilt das Gesetz der Nicht-Planbarkeit der materiellen Dinge und des Nicht-Handelns. »Think positive«, und alles geht wie von selbst. Stelle in der Meditation die Verbindung mit den kosmischen Energien her, und alles wird sich zum Guten wenden. Man müsse nur endlich »loslassen«, und die Dinge würden in Fluß kommen. Weite Bereiche der Psychotherapieszene sind von diesen Überzeugungen erfaßt, sie ist vielfach selbst Teil der Esoterikszene geworden.

Demgegenüber ist die postmoderne Linke zersplittert und scheint sich in Auflösung zu befinden. Das offensichtliche Scheitern der sozialistischen Revolution, der Verlust der Arbeiterklasse als revolutionärer Kraft, der weltweite Vormarsch der »freien« Marktwirtschaft läßt kaum noch eine gemeinsame Identität zustande kommen. Und doch – bei näherem Zusehen zeigt es sich, daß einige Grundmauern des marxistischen Welt- und Gesellschaftsgebäudes die jüngsten historischen Sturmfluten überstanden haben. Immer noch gilt der Kernsatz des historischen Materialismus, daß nämlich »das Sein das Bewußtsein bestimmt«. Hier sind die Gesetze des Handelns und der Planbarkeit nach wie vor in Kraft. Die Menschen müssen zuerst ihre materielle Umwelt neu gestalten, wenn sich ihr Bewußtsein – als »Überbau« der Produktionsverhältnisse – ändern soll.

Marxsche Entfremdungstheorie aktueller denn je

Angesichts der jüngsten historischen Entwicklungen sind nun diese Grundthesen keineswegs abzuschwächen, sondern – im Gegenteil – zu radikalisieren. Die weltweit rasch fortschreitende ökologische Katastrophe kann durchaus als die Folge der kapitalistischen Produktionsweise gesehen werden. Auch die marxsche Verelendungsthese erscheint in neuem, schrecklichem Licht, aber sie betrifft jetzt nicht mehr nur die Arbeiterklasse, sondern letztlich alle Menschen. Im Zeichen der Computerisierung der Arbeit – ja, der ganzen Gesellschaft – ist die marxsche Entfremdungstheorie aktueller denn je. Immer noch sind es die Produktionsverhältnisse, die das »Sein« des Menschen entscheidend bestimmen. Allerdings können die Entfremdungserscheinungen – das zeigen die Erfahrungen in den »sozialistischen« Ländern – keineswegs nur durch veränderte Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln behoben werden. Es ist die industrielle Produktionsweise selbst, die in Frage gestellt werden muß, damit aber auch unsere Konsumgewohnheiten – letztlich also unsere Lebensform überhaupt.

Damit ist allerdings die Zukunft wieder offen. Die immer weitere »Entfaltung der Produktivkräfte« und die »Beherrschung der Natur«, wie sie die Marxisten wollten und in ihrer Mehrheit nach wie vor anstreben, entpuppt sich immer mehr als Irrweg. Wir stehen vor der Aufgabe, neue Zukünfte zu entwerfen, in großer Vielfalt zu erproben und zu entwickeln. Das können immer nur kleine Gruppen tun, und es waren in der Geschichte der menschlichen Kulturen ja immer Minderheiten, die neue Wege erkundet haben, bevor eine Massenbewegung daraus entstand. Auch die Kapitalisten und Konsumisten waren anfangs eine Minderheit. Hier stehen wir nun an einem Punkt, von dem aus – überraschenderweise – eine Annäherung zwischen den beiden Subkulturen, die wir hier betrachten, möglich erscheint. Denn auch wenn wir an der materialistischen Grundthese festhalten – das Sein bestimme das Bewußtsein – und insofern darauf bestehen, daß alternative Lebensformen praktisch auf der materiellen Ebene realisiert werden müssen: Es stellt sich in jedem Fall die Frage nach der Richtung, die einzuschlagen ist, nach den Leitideen einer gesellschaftlichen Entwicklung. Wenn nicht die Beherrschung der Natur – was dann? Ein Dialog mit ihr? Und wenn das Heil nicht mehr im mühelosen Konsum industriell produzierter Massengüter liegen soll – was macht denn nun eigentlich Lebensqualität aus – eine neue Sinnlichkeit?

Solche Überlegungen gehören nun zweifellos der geistigen Sphäre an, und sie ist in diesem Fall der Neugestaltung der praktischen Lebensverhältnisse vorgeordnet. Jetzt bestimmt also plötzlich das Bewußtsein das Sein. Aber auch ein solches »Umschlagen« der Blickrichtung ist ja marxschem Denken nicht fremd, und eine weitere Tugend der materialistischen Dialektik kommt hier zum Tragen: Die Betonung des Prozeßcharakters der Wirklichkeit. Das heißt, daß in bestimmten historischen Situationen die Konzentration auf die geistige Sphäre erforderlich ist, und daß erst danach wieder eine Phase der materiellen Realisierung ansteht. Nicht die Entwicklung in »Sprüngen« beschreibt einen solchen Entwicklungsprozeß angemessen, sondern ein »Gehen auf zwei Beinen«, von denen das eine die geistige und das andere die materielle Ebene symbolisiert. Ein Fuß muß immer festen Halt gefunden haben, bevor sich der andere in unbekanntem, unsicherem Terrain vortastet.

Auflösung des scheinbar unversöhnlichen Nebeneinanders

Solche Entwicklungsprozesse sind natürlich bei den Individuen einer Kultur nie gleichzeitig. Und es ist naheliegend, daß sich die Menschen zusammenschließen und sich gegenseitig unterstützen, die gerade einen Schritt auf der geistigen Ebene vollziehen wollen, weil das eben ganz andere Energien und äußere Bedingungen erfordert als ein Schritt auf der materiellen Ebene. Das wäre also mein Vermittlungsversuch: Das scheinbar unversöhnliche Nebeneinander der esotorischen und postmarxistischen Subkulturen löst sich auf in das Nacheinander individueller Entwicklungsschritte. Das Gesetz des Nicht-Handelns und der Nicht-Planbarkeit gilt für die geistige Entwicklung. Aber vereinbar mit dem postmodernen Pantheismus ist es durchaus, wenn ich für diese geistige Entwicklungen optimale Lernumwelten auch auf der materiellen Ebene plane und sie handelnd herstelle, etwa bei der Gestaltung eines Meditationsraumes. Beide Subkulturen können sich auch in der Vorstellung wiederfinden, daß Bewußtsein auf die Materie einwirkt, indem der Mensch planvoll handelnd seine Umwelt verändert und daß andererseits diese Veränderungen wieder auf das Bewußtsein zurückwirken und dies in einem sich ständig wiederholenden spiralförmigen Prozeß.

Auch in den neueren philosophischen Denksystemen finden sich gemeinsame Verständigungsebenen. Im radikalen Konstruktivismus wird die alte These des Idealismus erneuert, daß Wirklichkeit nicht vorgefunden, sondern hergestellt – »konstruiert« – wird. Vordergründig ist das zwar ein Affront gegen beide Subkulturen: Der Idealismus ist ja geradezu ein »Erbfeind« von Marx gewesen; aber auch im esoterischen Weltbild ist die »Weisheit des Kosmos« älter als die Weisheit des Menschen. Für die Linke könnte die konstruktivistische Wende den Idealismus aber insofern akzeptabel machen, als jetzt die Wirklichkeitskonstruktionen auf physikalische und biologische Systeme ausgedehnt werden, nämlich durch das Konstrukt der »Selbstorganisation«. Die Nobelpreisträger Eigen und Prigogine erforschen die Selbstorganisation der Materie; Varela und Maturana sprechen z.B. von den Wirklichkeitskonstruktionen eines Immunsystems. Damit hat der Idealismus im Konstruktivismus eine materialistische Perspektive gewonnen. Besonders für den anarchistischen Zweig der postmodernen Linken könnte das Konzept der Selbstorganisation sympathisch sein – in diesem Fall verstanden als Strukturprinzip sozialer Gebilde.

Die »Weisheit des Kosmos«

Andererseits erfolgt die Selbstorganisation sozialer, materieller und biologischer Systeme nach konstruktivistischer Auffassung nicht mehr blindlings, nach dem bloßen Zufall, nicht mehr nach Aktion und Reaktion wie die Kugeln auf dem Billardtisch (eine beliebtes Paradigma der Naturwissenschaften in der Moderne), sondern sie ist zielgerichtet. Es realisieren sich in ihr bestimmte Konstruktionsprinzipien. Hieran könnten esoterische Weltbilder anknüpfen, indem sie in diesen Zielen und Prinzipien die »Weisheit des Kosmos« wiederfinden.

Allerdings ist eben auch diese »Weisheit des Kosmos« eine erfundene Wirklichkeit, und keineswegs die einzig mögliche. Mit dieser Zumutung müßten sich esoterisch orientierte Menschen anfreunden, wenn sie den Konstruktivismus als Verständigungsebene beschreiten wollen. Vielleicht können sie das eher, wenn sie sich klar machen, daß die Fähigkeit, Wirklichkeiten zu erfinden, ein sehr bewunderungswürdiger Entwicklungsschritt des Homo sapiens gewesen ist, ein völlig neues Evolutionsprinzip, mit dem er vor vierzigtausend Jahren begann, zum »erfolgreichsten« Lebewesen auf der Erde zu werden, ein Prinzip, mit dem er »Berge versetzen« konnte. Das können wir auch wörtlich nehmen, wenn wir etwa an den Bau der Pyramiden denken, der ohne die Wirklichkeitskonstruktion eines Lebens nach dem Tode nicht möglich gewesen wäre.

Der radikale Konstruktivismus könnte die Toleranz zwischen den Subkulturen ganz allgemein fördern. Wenn es grundsätzlich viele Wirklichkeitskonstruktionen gibt und nicht mehr die eine, »wirkliche« Wirklichkeit, gibt es keinen Grund, sich wegen unterschiedlicher Auffassungen die Köpfe einzuschlagen. Das führt allerdings keineswegs – wie das den Konstruktivisten so oft vorgehalten wird – in einen unverbindlichen Pluralismus. Denn jede Wirklichkeitskonstruktion weist in eine bestimmte Richtung, und dient – sofern es sich um eine soziale Konstruktion handelt – bestimmten gesellschaftlichen Zielsetzungen, und die können durchaus ethisch und/oder ästhetisch bewertet werden. Deshalb ist es kein Widerspruch, wenn eine Konstruktivistin etwa gegen rassistische oder sexistische Wirklichkeitskonstruktionen Partei ergreift.

Möglichkeit eines Brückenschlages?

Die beiden Subkulturen, um die es uns geht – die esoterische und die der postmodernen Linken – könnten sich nun in dem gemeinsamen Ziel wiederfinden, Alternativen zu der kapitalistischen Ausplünderung der Welt zu entwickeln, und zulassen, daß ihre durchaus unterschiedlichen Wirklichkeitskonstruktionen nur verschiedene Wege zum selben Ziel beschreiben – oder, um noch einmal an das oben beschriebene Phasenmodell der Entwicklung anzuknüpfen – verschiedene Abschnitte auf dem gleichen Weg strukturieren. Gleichzeitig könnte das vielleicht die esoterische Szene zu einer etwas kritischeren Haltung gegenüber rassistischen, alt- und neonazistischen Elementen in ihren Reihen veranlassen.

Die Möglichkeit eines Brückenschlags sehe ich auch im französischen Poststrukturalismus. Macht, meint Foucault, »beruht nicht auf der allgemeinen Matrix einer globalen Zweiteilung, die Beherrscher und Beherrschte einander entgegensetzt«, sondern sie ist »den Verhältnissen immanent«. Das möchte man der Linken, insbesondere ihrer anarchistischen Fraktion entgegenhalten, in der sich Viele immer noch als Opfer der Kapitalisten und/oder des Staates sehen. Die Foucaultsche Sichtweise könnte ihnen nahelegen, die Grenze innerhalb ihrer eigenen Person zu suchen, daß sie selbst noch mit ihren Anklagen die Macht des Kapitalismus stützen, statt sie zu untergraben. Diese Maxime, »bei sich selber anzufangen«, genießt aber gerade auch in der esoterischen Szene hohes Ansehen. Andererseits sieht Foucault die Stützen der Macht zwar auch, aber nicht nur in den Beherrschten – sondern eben auch in den gesellschaftlichen Strukturen. Nimmt man noch sein Konstrukt des »Dispositivs« hinzu, welches die materiellen Vorkehrungen zur Durchführung einer Strategie bezeichnet, wird erkennbar, daß sich Macht gleichermaßen auf Bewußtseinsinhalte, materielle und gesellschaftliche Strukturen gründet – es handelt sich, um es in esoterischen Begriffen auszudrücken – um »Materialisationen des Bewußtseins« (Spangler). Könnte man sich nun noch in diesen Kreisen auf den Gedanken einlassen – und das erscheint mir nicht als überzogene Zumutung – daß die Materialisationen auf das Bewußtsein zurückwirken, sind wir vom marxistischen Weltbild nicht mehr weit entfernt, in dem dieser Aspekt in der Theorie des »Warenfetischismus« eine differenzierte und überzeugende Ausgestaltung erfahren hat. ●

Literatur:
Capra, Fritjof: Wendezeit. Stuttgart: Dt. Bücherbund 1989
Foucault, Michel: Der Wille zum Wissen. Frankfurt: Suhrkamp 1977
Kueppers, Bernd-Olaf (Hrsg.): Ordnung aus dem Chaos. Prinzipien der Selbstorganisation des Lebens (Manfred Eigen zum 60. Geburtstag). München, Zürich: Piper 1987
Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 1. Band, Buch 1: Der Produktionsprozeß des Kapitals. Marx-Engels-Werke Bd. 23. Berlin: Dietz 1956 und 1971. Orig 1867.
Maturana, Humberto & Francisco Varela: Der Baum der Erkenntnis. München: Scherz 1987
Prigogine, Ilya & Isabelle Stengers: Dialog mit der Natur. München, Zürich: Piper 1986
Spangler, David: Findhorn und die Vision einer planetarischen Kultur. In Edwin Maynard (Hrsg.): Leben in Findhorn. Freiburg: Bauer 1981, S. 13 – 16

Anmerkung: Der Verfasser freut sich über Zuschriften. Anschrift: Köpfelweg 68, 69118 Heidelberg.

ZEGGSISMUS TEIL III: DIE AKTIONS-ANALYTISCHE ORGANISATION (AAO) – VORLÄUFERIN DES ZEGG

Irdische Informationen zu einem kosmischen Projekt

Seit Februar 1995 gibt es eine umfassende Broschüre (36 Seiten) mit kritischen Informationen zum »ZEGG« in Belzig bei Berlin (Bezug der Broschüre siehe Kasten). In Heft 128 und 133 haben wir Auszüge aus der Broschüre nachgedruckt. Nachfolgend der 3. Teil: ZEGG und Meiga existieren nicht erst seit dem Geländekauf 1991 in Belzig, sondern sind Projekte eines seit knapp zwanzig Jahren bestehenden Denk- und Aktionszusammenhangs. Bei der Suche nach den Ursrüngen des ZEGG trifft mensch immer wieder auf die AAO.

Kurze Geschichte der AAO

Die Aktions-Analytische Organisation« (AAO) wurde 1972/73 von **Otto Mühl** gegründet, um als »Weltbewegung« zu einer »befreiten Gesellschaft« zu gelangen. Der Wiener Mühl, Jahrgang 1926, machte schon vorher als umstrittener Aktionskünstler auf sich aufmerksam. Bei seinen sexistischen, bluttriefenden Darbietungen scheint er auch einige Erfahrungen für seine spätere Rolle als Sektenführer gesammelt zu haben. So sagte er 1989 rückblickend, er habe »im Aktionismus gelernt, Menschen wie Material und eindeutig ohne Rücksicht zu behandeln«.

Das Zentrum der AAO war der Friedrichshof im österreichischen Burgenland, aber auch in anderen Städten wie München, Hamburg oder Berlin bildeten sich bald darauf Ableger. Der Grundgedanke dieser Sekte basierte auf den Theorien des Sozialpsychologen **Wilhelm Reich**. Reich ging davon aus, daß die Energie des gesunden Menschen am besten während des Orgasmus fließeund daß daher muskuläre Verspannungen (Panzerungen), entstanden durch angestaute Lebens- und Sexualenergien, die Ursache (allen) menschlichen und gesellschaftlichen Leidens sei. Dieser Panzer sollte nun in der AAO abgelegt werden, um am Ende die Kleinfamilie abschaffen zu können, da in ihr die Eltern das Kind zum verklemmten »Wichtel« dressierten, der sich daraufhin panzern müsse, sämtliche Lust am Leben verliere und womöglich auch noch homosexuell werde. Erreicht werden sollte dieses Ziel auf zwei Wegen: dem Ausleben der »freien Sexualität« und der Abschaffung des Privateigentums.

Den verpönten kleinfamiliären Strukturen setzte Mühl das »AA-Bewußtsein« entgegen:
»Das AA-Bewußtsein ist eine Qualität, über die auch der fortschrittlichste und tüchtigste Kleinfamilienmensch nicht verfügt. Er steht, sobald er mit der Lebenspraxis der AA beginnt, hilflos da und merkt seine existenzielle Impotenz. Er beginnt mit der Bewußtseinsstufe 0« (1)

Demnach konnte niemand, die/der nicht in der AAO lebte, daran Kritik üben. Aber auch die AAO-BewohnerInnen selbst durften Mühl nicht kritisieren. Mühl setzte die Maßstäbe ausschließlich selbst. Daß er – der Feind der Kleinfamilie – 1988 die sogenannte »Erste Frau« des Friedrichshofes, Claudia Weissensteiner, heiratete und den 1985 geborenen gemeinsamen Sohn Attila zum »Thronfolger« erziehen ließ, stand selbstverständlich nie zur Diskussion.

Praktisch sah es in der AAO so aus, daß innerhalb der Organisation eine strenge Ranghierarchie herrschte, bei der die oberen Ränge Befehlsgewalt über die unteren besaßen. Nummer Eins in dieser Hierarchie war (natürlich) Mühl selbst. Mühl nahm sich zum Beispiel das Recht heraus, nach einem von ihm durchgeführten »Sexualunterricht« die in der Kommune lebenden Mädchen im Alter von 13 oder 14 Jahren in die Sexualität »einzuführen«. Sexueller Kontakt zu gleichaltrigen Jungen war verboten, und Mädchen, die sich der Vergewaltigung durch Mühl zu widersetzen versuchten, wurden von den Kommunemitgliedern solange unter massiven psychischen Druck gesetzt, bis sie ihre Verweigerungshaltung aufgaben.

Um das Ausleben der von Mühl definierten »freien Sexualität« zu gewährleisten und emotionale Bindungen zwischen einzelnen Frauen und Männern zu verhindern, wurden – zuerst mit Hand, später per Computer – sogenante »Ficklisten« erstellt, in denen täglich neu festgelegt wurde, wer mit wem das Bett zu teilen hatte. Da Geilheit als das Kennzeichen des menschen angesehen wurde, galten Gruppenmitglieder, die einige Tage keinen Sex wollten, als »krank« und wurden somit zum Gruppenproblem. Mühl entschied auch über die »Kinderproduktion« innerhalb der Kommune; als das Größte sahen es die KommunebewohnerInnen allerdings an, ein Kind von Mühl selbst bekommen zu dürfen.

Im Jahr 1986, nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl, entstand eine neue Kommune auf Gomera. Mühl war zwar der Meinung, die dort lebenden menschen seien »ein furchtbarer Menschenschlag ohne Kultur und Erziehung« – dies hinderte ihn jedoch nicht daran, in dieses Projekt ca. 30 bis 40 Millionen DM zu investieren. Gewonnen wurde dieses Geld dadurch, daß alle Mitglieder ihr Privateigentum als »Darlehen« an die Kommune abtreten mußten. Viele Sektenangehörige hatten sich auch im Laufe der Jahre in Berufen wie Versicherungs-

Otto Mühl 1977

»Die Leitungsstruktur auf dem Friedrichshof war streng hierarchisch, mit einem brillianten, aber absolutistischen Fürst (Otto Mühl) an der Spitze.«

Dieter Duhm: ZEGG-Magazin Nr. 9/1993

agent(in), Börsenspekulant(in) oder Immobilienmakler(in) etabliert und führten ihre Geschäftserlöse an die AAO ab. Es existierten verschiedene AAO-eigene Firmen, im Friedrichshof wurden teure »Gästekurse« (unbezahlter Arbeitseinsatz inbegriffen) abgehalten, und gleichzeitig war es der Organisation durch beste Beziehungen zu beispielsweise (Ex-)Altbundeskanzler Bruno Kreisky möglich, als »Gemeinnützige Wohn-, Bau- und Siedlungsgenossenschaft« mit eigener Privatschule in Österreich Subventionen in Millionenhöhe zu kassieren. Zusätzlich machte die AAO in Gomera auch noch durch Grundstücksspekulation und Korruption von sich reden.

Obwohl die geistige Gleichschaltung und der Psychoterror bereits zu psychischen Zusammenbrüchen von Kommunemitgliedern geführt hatten, zerbrach das Projekt erst Ende 1991 endgültig, als Otto Mühl von einem österreichischem Gericht wegen Vergewaltigung und sexuellem Mißbrauch von abhängigen Minderjährigen zu sieben Jahren Knast verurteilt wurde.

Verbindungslinien zwischen AAO und dem ZEGG

Obwohl Mitglieder des ZEGG dies gern abstreiten und sich in Windeseile von der AAO –die sich übrigens teilweise auch »ZEG« (Zentrum für emotionale Gestaltung) nannte – distanzieren, läßt sich (vor allem) auf zwei Ebenen ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Organisationen feststellen: auf der personellen und auf der inhaltlichen bzw. konzeptionellen Ebene.

Einige der Führungsmitglieder des ZEGG wechselten mehr oder weniger direkt von der AAO in die neue Organisation über. An erster Stelle steht hier (natürlich) **Dieter Duhm**, Gründer und inoffizieller Kopf (und »Oberguru«) des Projekt Meiga und somit auch des ZEGG. Duhm war mehrmaliger Gast im Friedrichshof und soll auch die Nummer vier auf der Rangliste des Münchner AAO-Ablegers gewesen sein. Im Friedrichshof entwickelte er 1977 auch das ZEGG-Konzept, welches einen Versuch darstellen sollte, die AAO gesellschaftsfähig zu machen, aber von Mühl abgelehnt wurde. Von 1978 bis 1983 führte Duhm in Tergernau/Schwand bei Heilbronn das Kommuneprojekt **»Bauhütte«** durch, über das er zu Beginn sagte:

»Die Bauhütte ist bis jetzt eine komprimierte Idee, um die sich ein paar Leute geschart haben. ... Ich will gleich sagen, womit diese Idee hauptsächlich zu tun hat: mit der ehemaligen AAO, von deren Konzepten der Selbstdarstellung, der freien Sexualität und der kommunitären Lebensweise wir uns befruchten lassen ....Unser bescheidenes Ziel ist der Aufbau einer funktionierenden Alternativgemeinde von mehreren hundert Personen .... Wir nennen dieses Traumziel 'ZEGG': Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung.«

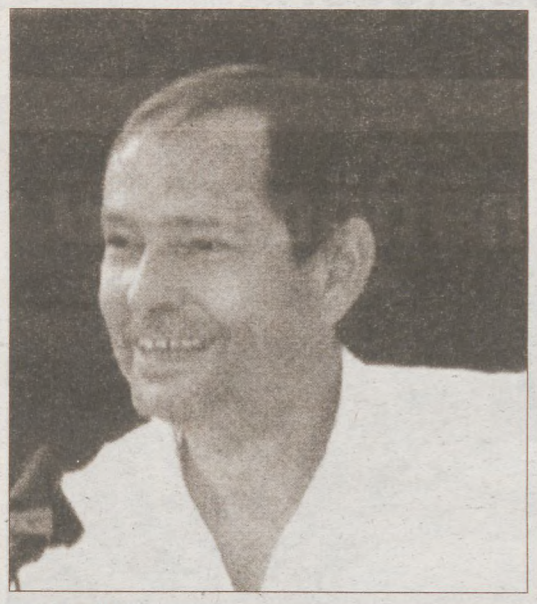
In einem 1978 erschienen Text bezeichnet Dieter Duhm die AAO als einzigartigen Beitrag zur Weichenstellung für eine –welch Hohn – »humane Zukunft«. Mühl besitzt für ihn hier eine »weiche Macht« und eine Ausstrahlung, die keine Gesetze oder Herrschaft errichtete, sondern der Lebendigkeit im Wege stehende Gesetze durchbreche; die AAO-Hierarchie preist er als offen dargestellte und von der Intriganz heimlicher Kämpfe befreite Ordnung an. Sein 1979 erschienenens Buch »Synthese der Wissenschaft« widmet Duhm »in Liebe« dem Menschen, von dem er am meisten gelernt habe, nämlich Otto Mühl, den er – neben **Rudolf Steiner** und **Wilhelm Reich** - als »wichtigsten Vorläufer der neuen Epoche« bezeichnet, der den praktischen Lebensentwurf zu Reichs Theorie geliefert habe. Nach einem dreijährigen Projekt im Schwarzwald, bei dem 50 Menschen an allen gesellschaftlich relevanten Fragen arbeiten und entsprechende Lebensmodelle entwickeln sollten, gründete Dieter Duhm nach 1986 das **»Projekt Meiga«**, in dessen Zentrum ZEGG ab 1991 die verschiedenen Arbeitsprojekte von Meiga zusammengeführt werden sollten.

Weitere Beispiele für von der AAO »befruchtete« ZEGG-Führungsmitglieder sind **Sten Linnander** und **Sabine Lichtenfels**, die sich auch Sabine **Kleinhammes** nennt. Linnander war drei Jahre in der AAO und ist jetzt Leiter des Arktis-Projekts **»Haven Artica«**, Sabine Lichtenfels war zumindest besuchsweise bei der Mühl-Sekte und nahm später an Duhms Drei-Jahres-Projekt teil, bevor auch sie beim Projekt Meiga mitmachte. Heute ist sie Leiterin spiritueller **Wüstencamps** auf den Kanarischen Inseln und in Portugal, im ZEGG gilt sie als »Expertin« für Sexualität und Spiritualität. Lichtenfels zitiert in ihrem Buch »Der Hunger hinter dem Schweigen« auch noch 1992, also ein Jahr nach der Verurteilung Mühls, kommentarlos aus einem seiner Bücher.

Die ideologische Gemeinsamkeit des ZEGG und der AAO besteht in erster Linie darin, daß beide die unterdrückte Sexualität des Menschen als Grundübel aller Probleme ansehen. Deshalb werden im ZEGG auch zwei zentrale Konzepte der AAO übernommen: das der »freien Sexualität«, die zur Befreiung der Menschheit führen solle, und die in der Mühl-Sekte praktizierte »Selbstdarstellung« (bei ZEGG »Forum« genannt). Ging es bei der »Selbstdarstellung« vor allem um die Freisetzung von Wut und Agression zur Sprengung des adressierten Panzers, so werden beim »Forum« von einer in der Mitte der Gruppe stehenden Person Gefühle und Probleme dargestellt, über deren »richtige« Darbietung die oder der Leiter/in entscheidet. Die Hauptrolle spielt hier das Thema Sexualität.

Dieter Duhm heute über sein Verhältnis zur AAO

Nach vermehrten Angriffen auf das ZEGG wegen seiner Kontinuität zur AAO sah sich Dieter Duhm 1993 gezwungen, in einem Artikel des Sprachrohres des Projekts, dem **»ZEGG-Magazin«**, zu diesem Thema Stellung zu beziehen. Daß dieser Artikel erst zu diesem Zeitpunkt von ihm geschrieben wurde, begründete er allerdings damit, daß er bisher wegen der »niederträchtigen Hetzkampagne« gegen die AAO zu öffentlicher Kritik nich bereit gewesen



Dieter Duhm, 1993

»Da war quer durch alle politischen Farben eine Hetzkampagne im Gang, die ich – Gott verzeihe mir meine Naivität – tatsächlich in diesem Lande nicht mehr für möglich gehalten hätte. Das Projekt Friedrichshof wurde im Grunde nicht wegen seiner Irrtümer verurteilt, sondern wegen seiner prinzipiellen Unvereinbarkeit mit den Lebensformen der bürgerlichen Kultur.«

sei, sondern der Meinung war, sich uneingeschränkt solidarisieren zu müssen.

In diesem Text setzt sich Duhm zuerst mit den Gründen auseinander, die seiner Ansicht nach zum Scheitern der Sekte geführt haben. Diese sind für ihn die falsche Form und methode und die inneren Widersprüche zwischen Inhalt und Form. In diesem Zusammenhang bemängelt er, daß in der AAO das »Liebesthema« verdrängt worden sei. Freie Sexualität sei nur als Antithese zur Zweierbeziehung gesehen worden, ohne zu bedenken, daß aber – um die alten Formen überwinden zu können – die freie Liebe mit Liebe und Partnerschaft verbunden werden müsse.

Auch die »psychologische Struktur des geschlossenen

»Der Friedrichshof war durch seine Führungsstruktur und durch seinen nicht hinterfragten Kollektivismus eigentlich von vorneherein ein veraltetes Modell. Das war der Grund seines Untergangs, denn die realen neuen Ideen, die dort zum Thema Gemeinschaft, Kunst, Sexualität, Selbstdarstellung, Kinder – entwickelt wurden, kollidierten immer und überall mit den alten Strukturen der Anpassung.«

Dieter Duhm: ZEGG-Magazin Nr. 9/1993

Kollektivs« ist ihm ein Dorn im Auge, womit er jedoch nur die Tatsache meint, daß die Angehörigen der Kommune nur mit Gruppenmitgliedern Sex haben durften. Duhm bezeichnet dies als »fatale Sexualgesetze«, als »blockierende Sexualordnung«, hat aber auch gleich eine Erklärung für dieses gesetz parat: es müsse sich hierbei um eine »uralte kulturelle Sexualangst« handeln. Als letzten Punkt führt er die absolutistische Führungsstruktur der Organisation an. Seiner Interpretation nach war Otto Mühl ein »brillianter Fürst«, eine »positive Vaterfigur«, der diese Rolle mit »bärenhaften Charme« vertrat und leider nur nicht sehen konnte, daß autoritäre Führungsstile barbarisch seien und überwunden werden müßten.

Dies alles seien Gründe, warum der »Visionär« (Zitat eines bei ZEGG aktiven Menschen) Duhm das Projekt Meiga als Alternative zum Friedrichshof gegründet habe, welches von Anfang an entgegengesetzte Gedanken verfolgt habe: individuelle Autonomie, geistigen Pluralismus und geistige Orientierung durch Erfahrung. Fraglich bleibt nur, warum Duhm dann 1991 in der zweiten Ausgabe des »San-Diego-Magazins«, dem Vorläufer des ZEGG-Magazins, zu der folgenden Erkenntnis gelangt:

»...Diese charismatischen Gemeinschaften – auch Poona oder Friedrichshof – waren in einem fatalen Wortsinn auch die 'demokratischen', denn demos, das Volk, wollte den Führer; es wollte geführt werden, denn nur so war es funktionsfähig und gemeinschaftsfähig. Diese Struktur gilt emotionell bis heute, auch wenn die Parolen anders lauten. Alle gutgemeinten Sätze von Basisdemokratie und individueller Autonomie scheitern an der psychischen Realität der Beteiligten.«

Seiner verhaltenen Kritik an der AAO schließt der ZEGG-Begründer dann auch prompt seine allgemeine Einschätzung der Kommune an, wobei er auch hier seine Begeisterung kaum verhehlen kann. So »liebte« er dieses Experiment wegen seiner »sehr konsequenten Bearbeitung der entscheidenden Basisfragen« (die da wären: Liebe, Sex, Gemeinschaft, Kinder und Kommunikation) und hält auch 1993 noch Mühls Projekt, ähnlich dem von Bhagwan, für einen sehr bedeutenden Schritt auf dem Weg zu einer neuen Lebensform. Die AAO sei nach der gescheiterten sexuellen Befreiung der 68er der einzige Kenner der »existenziellen Wahrheit« gewesen, nämlich der Sexualität als »Kernschädigung«. Otto Mühl ist für ihn noch immer ein großer Künstler un der Gründer eines außergewöhnlichen Projekts; zu dessen Verurteilung wegen sexuellen Mißbrauchs fällt ihm bloß ein, daß dieses nicht sein Thema sei – schließlich wisse er ja auch gar nicht, ob diese Anklage auf Wahrheit beruhe oder nicht. Sein abschließendes Fazit: »Ich kann ihn nicht an seinen persönlichen Fehlern messen, dafür hat er zuviel geleistet.«●

»Die sexuelle Befreiung und der Aufbau funktionierender Gemeinschaften ist seit 30 Jahren das Thema unserer Zeit, es gibt keine Rückkehr mehr.«

Dieter Duhm: ZEGG-Magazin Nr. 9/1993

(1) Andreas Schlothauer: Die Diktatur der freien Sexualität. AAO, Mühl-Kommune, Friedrichshof; Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1992, S. 70. Neben diesem 'Standardwerk' wurde verwendet:
- Die Kinder des Väterchen Frust, Spiegel 20/77, S. 225-229
- »Wenn Du ausziehst, wirst Du eine Hure«, Spiegel 19/89, S. 200-204
- Dieter Duhm: Mein Verhältnis zum Friedrichshof, ZEGG-Magazin 9, Juli/August 1993

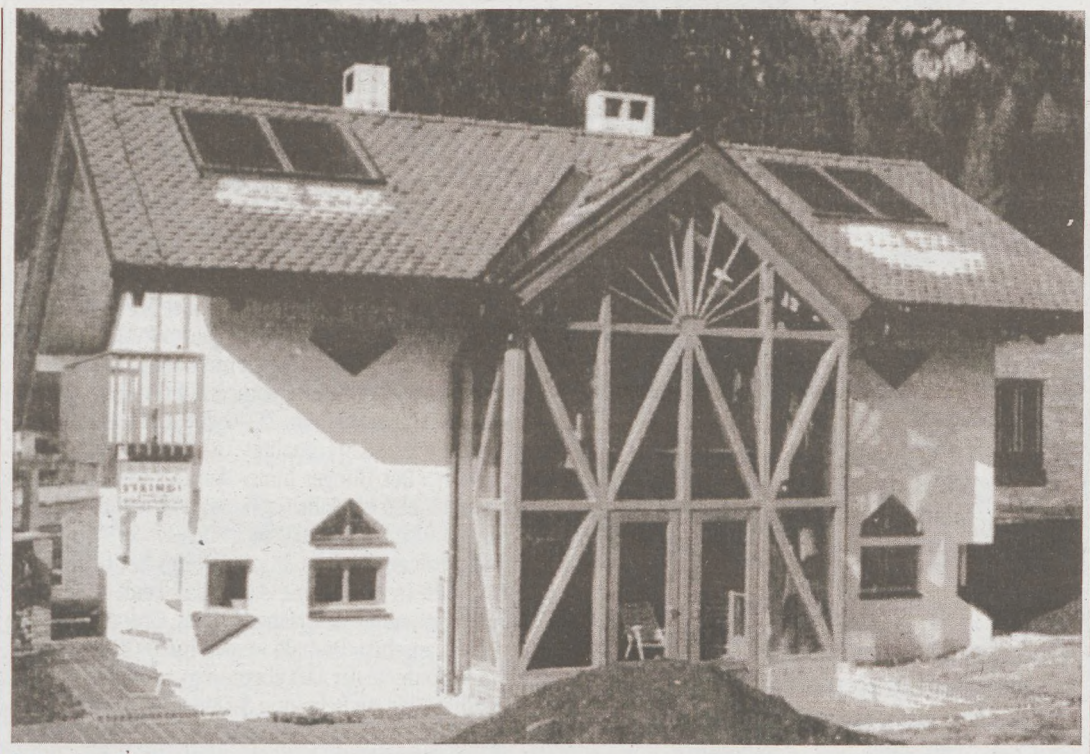
ZUR DOKUMENTATION

Diese Beiträge wurden dem Reader »Stop ZEGG – ZEGGSISMUS – Irdische Informationen zu einem kosmischen Projekt« entnommen. Bezug: Rosarote PantherInnen, AG Sekten, c/o AStA der FU Berlin, Kiebitzweg 23, D-14195 Berlin, 3 DM zzgl. Porto in Briefmarken beilegen.

KAMPAGNE:

»Sonnige Zeiten – Gemeinsam zur Ökologischen Energiewende!«

Auch wenn jetzt wieder viele naßkalte Regentage vor der Tür stehen: Der nächste Sommer kommt bestimmt! In diesem Sinne fiel am 3. September beim 2. Koordinationstreffen in Kassel der Startschuß zur Kampagne »Sonnige Zeiten – Gemeinsam zur Ökologischen Energiewende!«. Der 10. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl soll nicht unbeachtet vorbeiziehen. Vielmehr will sich die Kampagne bundesweit und überverbandlich dafür einsetzen: Raus aus der Atomenergie und rein in die Nutzung regenerativer Energiequellen.



Dachintegrierte Solaranlage

Von Michael Bilharz, Regensburg ● Obwohl nämlich der Ausstieg aus der menschenverachtenden AKW-Technologie in der Gesellschaft eine breite Mehrheit findet, ist die Verwirklichung desselben nich zuletzt aufgrund der Energie-Nonsens-Gespräche in weiter Ferne. Es lassen sich vor allem drei »Bremsklötze« benennen:

- Verflechtung von Politik und Strommonopolisten
- Der (noch) hohe Preis von Photovoltaikanlagen
- Kein 2. Tschernobyl, kein 2. Wackersdorf (WAA)

Ohne den letzten Punkt betrauern zu wollen, ist es doch auffällig, daß gerade jetzt, da die Castor-Debatte und die Endlager-Diskussion wieder voll entbrannt sind, auch die Anti-AKW-Arbeit wieder auflebt. Um aber die »Solare Energierevolution« möglich werden zu lassen, müssen wir den Schwerpunkt mehr auf »agieren« denn auf »reagieren« setzen, d.h. von der »Reaktion« zur »Aktion«. Die einzelnen AktivistInnen müssen das Ergebnis (zumindest einen großen Teil davon) ihrer Handlungen selber spüren und sehen (»Mein Strom wird Solar erzeugt!«, etc.) und sich nicht nur als Teil einer 5.000 Leute großen Demonstrationstraube verstehen. Es müssen Sachzwänge geschaffen werden, denen die Politik in größerem Maße als bisher dann folgen muß. Sowohl Aktionen zur Unbezahlbarmachung der Atomenergie (siehe Castor-Aktionen) als auch die vermehrte Installation von eigenen alternativen Energieträgern haben hierbei ihre legitime Funktion.

Die Kampagne »Sonnige Zeiten« möchte daher neben dem Energiemix auch den Handlungsmix vorantreiben. Eine Synthese zwischen politischer Arbeit und eigenen Veränderungen. Noch unbekannteren Aktionsformen wie dem »Solar-Walk« werden dabei besonders große Bedeutung zugemessen. Es besteht die Hoffnung, daß gerade mit der Aktionsform »Solar-Walk« auch Leute außerhalb des »harten Kerns« angesprochen werden können (z.B. Schulklassen, verschiedene Jugendverbände, kirchliche Jugendgruppen). Veränderung vor Ort wird möglich, Hemmschwellen vor den unbekannten »Regenerativen« werden abgebaut, eine Eigendynamik briicht auf: Wo eine Solaranlage installiert werden kann, können auch zwei, drei und mehr installiert werden. Wenn mensch sich vor Augen führt, mit welchem Millionen-Aufwand die Strommonopolisten bereits jetzt Lügenpropaganda über die regenerativen Energieträger verbreiten (und was anderes soll hierfür der Grund sein, wenn nicht die Angst vor dem »Durchbruch der Regenerativen«?), dann läßt sich unschwer das »Kniezittern« der Stromgiganten erraten, wenn die Regenerativen wie Pilze aus dem Boden schießen. Deshalb: Veränderung beginnt von unten!●

Das nächste Vorbereitungstreffen der Kampagne »Sonnige Zeiten« ist am 11./12. November in Zwickau. Für Anmeldung und Rückfragen: Jugendumweltbüro RLP, c/o Marek Sander, Postfach 16 47, D-55006 Mainz
☎(0 61 31) 23 67 67, Fax 23 61 15

WAS IST EIN »SOLAR-WALK«?

Der »Solar-Walk« leitet sich von »Clarity-Walk« ab. Dieser ist eine Idee aus England. Unter Stichwörtern wie »Wandern für die Andern«, »Wandern für die Umwelt«, etc. wird dabei für ein bestimmtes soziales Projekt Geld gesammelt. Wegstrecke und -länge sind dabei unerheblich. Zentrales Merkmal ist, daß die TeilnehmerInnen im Vorfeld des »Walks« bei Freunden, Eltern, Bekannten, in Geschäften und Firmen »Sponsorengelder« eintreiben. Im Gegensatz zu den SportlerInnen jedoch kommen diese »Sponsorengelder« nicht den Einzelnen zugute, sondern werden in den großen Topf geschmissen und für das soziale Projekt verwendet. Im Gegensatz zum einfachen Spendensammeln stellt ein »Solar-Walk« jedoch ein Gemeinschaftserlebnis dar, das der Wichtigkeit des Anliegens sowohl gegenüber den SpenderInnen als auch der allgemeinen Öffentlichkeit sehr starken Nachdruck verleiht.●

KONZEPT DER KAMPAGNE

28. April 1996:
Kampagnenstart mit einem großen Eröffnungs-Solar-Walk in Berlin und auch in möglichst allen anderen Landeshauptstädten. Hierbei sollen vor allem auch Prominente, Politiker der verschiedenen Parteien und viele VerbandsvertreterInnen zum Mitmachen gewonnen werden. Inhalt der Aktion: 1. Erinnerung an die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, 2. Forderung nach Abschaffung aller AKWs, 3. Einforderung der ökologischen Energiewende, 4. Eröffnung der Solar-Walks. Überregionale Pressearbeit findet vor allem an diesem Tag statt.

Zeit zwischen 26. April bis 21. Juni 1996:
Es könnte ein SchülerInnenwettbewerb für Schulklassen und Jugendgruppen laufen. (Deutsche Umwelthilfe, BUND, WWF, ...) Pfiffige Ideen zum Thema Solarenergie werden ausgezeichnet. Krönender Abschluß ist ein Solar-Walk am 21. Juni (Sonnenwende).

Aktionstag am 21. Juni 1996:
In ganz Deutschland finden auf lokaler Ebene »Solar Walks« statt, d.h. es wird eine Wegstrecke unter dem Motto »Sonnige Zeiten – Gemeinsam zur Ökologischen Energiewende« erwandert oder erradelt. Im Vorfeld sammeln die TeilnehmerInnen (z.B. auch Schulklassen etc.) Spenden zur Verwirklichung konkreter Solarprojekte. Diese werden entweder von den Gruppen vor Ort ausgesucht oder die Spenden werden über uns in konkrete Projekte umgeleitet. Hierzu suchen wir für ganz Deutschland 10 (= 10 Jahre Tschernobyl) regionale Energieprojekte auf öffentlichen Häusern aus (z.B. Jugendherbergen, Wanderhäuser, Schulen, kirchliche Gebäude, ...). Die »Solar-Walks« werden von Infos, Besichtigungen und Aktionen umrahmt. Es besteht für lokale Gruppen die Möglichkeit, gegebenenfalls den Aktionstag auf den 16. Juni (Aktionstag »Mobil ohne Auto«) vorzuverlegen und mit verkehrspolitischen Gruppierungen unter dem Thema Energie-und Verkehrswende etwas gemeinsames auf die Beine zu stellen.

Pfingst- und Sommerferien 1996:
In den Sommerferien finden in Deutschland einige politische Freizeiten (Zeltlager, Radtouren) unter dem Motto der Kampagne statt. Diese werden von landesweiten Gruppen vorbereitet. Konkrete Planungen gibt es bisher in NRW, Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg.●

BERICHT VOM FESTIVAL DER REGIONEN (OBERÖSTERREICH)

»Brennt alle Grenzen nieder!«

Ausgestellte künstlerische Werke der »Unsichtbaren Städte« während des »Festivals der Regionen«

Von Roman Schweidlenka, Redaktion Österreich ● In das kleine Dorf Unterach am Attersee eilte im September 1995 Politikerprominenz vom oberösterreichischen Landeshauptmann Josef Pühringer bis zu Bundesminister Rudolf Scholten. Der Grund für den Politikeraufmarsch war die Eröffnungsveranstaltung »Unsichtbare Städte«, die das »Festival der Regionen« einleitete. Ziel des Festivals war ein künstlerischer und zugleich auch kritischer Zugang zu den einzelnen oberösterreichischen Regionen. So fanden vom 15.9. bis 1.10.95 vom Dachstein bis zum Böhmerwald und vom Inn bis zur Enns über 100 Veranstaltungen in über 50 Orten statt. Unter dem Motto »Heiße Heimat« wollten sich Veranstalter und Initiativen provokativ gegen die Lederhosenromantik wenden. Besonders gelungen war die Musiktheaterdarbietung »Still am See so laut...« in Hallstatt, die sich unter Mitwirkung vieler Hallstätter Vereine kritisch mit der eigenen Geschichte, mit Totenkult, Teufelsaustreibung und nicht zuletzt mit den Auswüchsen des Massentourismus auseinandersetzte.

Statement der Veranstalter: »Die 'Heiße Heimat' ist nicht nur ein Ort, sondern ein sozialer Zustand jenseits aller Klischees von Kuhstall, kariertem Bettzeug und drallen Dirndln. 'Heiße Heimat' kann nur dynamisch sein, in ständiger Bewegung und kein Museum. Es ist die aktive Auseinandersetzung mit den Verhältnissen vor Ort, auch gegen die Gefahren der 'Heimat'-Vernichtung. Konfliktorientiert zielt 'Heiße Heimat' auf Veränderung und nicht Verdrängung ab und muß ein Haus mit offenen Türen und Fenstern sein.«

Zur Eröffnung flammten mit Hilfe der Ortsfeuerwehren über 1.000 Feuer entlang der Grenzen Oberösterreichs auf. Das Motto dabei: »Brennt alle Grenzen nieder!« Erstaunlich, daß dieser anarchistisch anmutende politische Akt die Zustimmung der Sozialdemokraten (SPÖ) und ihres Ministers Scholten fand. Noch erstaunlicher ist es, daß der konservative ÖVP-Landeshauptmann von Oberösterreich, Pühringer, mit Begeisterung den offiziellen Startschuß zur Grenzenverbrennung abfeuerte! Heftige, kulturpolitisch motivierte Kritik am »Festival der Regionen« kam lediglich auss dem Lager der weit rechts stehenden Partei »F«, die inzwischen in Österreich 25% der WählerInnen hinter sich weiß.●

UNTERNEHMENSGRÜN BEMÄNGELT ÖKO-AUDIT

Ökobilanzen gefragt

Das Öko-Audit, mit dem sich Betriebe künftig umweltbewußtes Verhalten bescheinigen lassen können, muß nach Ansicht des Verbandes UnternehmensGrün verbessert werden. Der Verband zur Förderung umweltgerechten Wirtschaftens mit zur Zeit bundesweit 150 Mitgliedsunternehmen erklärte bei seiner Jahrestagung in Stuttgart, wenn mit dem Öko-Audit Zertifikat geworben werde, seien Firmen mit tatsächlichen ökologischen Pionierleistungen benachteiligt.

Von Matthias Kunstmann, Stuttgart ● Dabei bestehe die Gefahr, daß Verbraucherinnen und Verbraucher die Bescheinigung als ökologisches Gütezeichen für die Produkte des geprüften Unternehmens mißdeuten. Die freiwillige Umweltbetriebsprüfung, wie sie nach einer Verordnung der Europäischen Union jetzt auch in Deutschland eingeführt wird, verlangt aber nur die Einhaltung bestimmter Normen im Betrieb und eine Dokumentation seines ökologischen Programms. UnternehmensGrün fordert, beim öko-Audit den Material- und Energieverbrauch und die Auswirkungen auf die Umwelt zu berücksichtigen, und zwar auf der Grundlage umfassender Öko-Bilanzen. Eine langfristig umweltgerechte Wirtschaftsweise setze die »permanente Umweltrevision« im Unternehmen voraus, eine Aufgabe vor allem für die Firmenleitungen, aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nach den Erkenntnissen von UnternehmensGrün oft sehr genau wissen, was sie an ihrem Arbeitsplatz für die Umwelt tun können. Den kleineren und mittleren Unternehmen, die UnternehmensGrün vorwiegend vertritt, empfiehlt der Verband, sich in Öko-Fragen zusammenzuschliessen.

»Aus unternehmerischer Praxis können wir berichten, wieviel Spaß, wieviel Dynamik die Beschäftigung mit den ungeknackten Nüssen der ökologischen Umsetzungsprozesse mit sich bringt«, heißt es bei UnternehmensGrün, und: »Nach unserer Erfahrung geht es den Unternehmen nach der Umstellung auf eine vorsorgende, umweltgerechtere Wirtschaftsweise wesentlich besser. Die Effizienz und Wirtschaftlichkeit ist erheblich gesteigert, Kreativität wird freigesetzt, die Kosten sinken langfristig. Der Weg dahin ist mühselig, aber er lohnt sich.«●

UnternehmensGrün, Rieckestr. 26, 70190 Stuttgart,
☎(0711) 285973-0, Fax -9

STUDIE PRÄSENTIERT DEN KAPITALISMUS FÜRS 21. JAHRHUNDERT

Im Westen nix Neues!

Neue kulturelle Leitbilder entfalten, neue politische Strategien zur öko-sozialen Gestaltung der Produktions- und Lebensweise in Deutschland entwerfen – dies ist der Anspruch, welche die AutorInnen der Studie des »Wuppertal Instituts« (WI) formulieren. Nachfolgend eine erste kritische Auseinandersetzung mit der Studie unterzeichnet von der Anti-EG-Gruppe (Köln), der BUKO-AG »Danke für den Fisch« und dem Informationsbüro Nicaragua (Wuppertal):

Warum wir heute hier sind!

Einen hübschen bunten Korb voller Analysen, Berechnungen, Ermahnungen, Fallstudien, kritischen Essays und Gesetzesvorschlägen hat das Wuppertal Institut zusammen gestellt. Etikettiert ist die facettenreiche Mixtur mit dem Titel »Zukunftsfähiges Deutschland«, und sicher kann sich jedeR aus dem Korb etwas Passendes aussuchen: die AuftraggeberInnen von BUND und Misereor ebenso wie die zur exkulsiven Präsentation geladenen Eliten aus Politik und Wirtschaft.

Die Marktwirtschaft soll umweltfreundlich werden, und irgendwie auch gerechter. Der im weltweiten Vergleich immens hohe Ressourcenverbrauch und die hohen Schadstoffemissionen der BRD sollen auf ein Maß zurückgeschraubt werden, das proportional der EinwohnerInnenzahl der BRD entspricht und deshalb im Weltmaßstab gerechter ist.

Gleichzeitig soll der Wirtschaftsstandort BRD fitter werden. Effizienzrevolution heißt das Zauberwort, welches höheren Wohlstand bei geringeren Ressourcenverbrauch verspricht. Wer die Zeichen der Zeit erkennt, investiert in Ökotechnologien und hat im internationalen Wettbewerb in Zukunft die »Nase vorn«.

Konkurrenz aber muß sein, und Deutschland muß auch zukünftig ganz vorne stehen. Und weil wir ja ökomäßig alle in einem Boot sitzen, ist das nur gerecht: Was gut für Deutschland ist, ist zukünftig auch wieder gut dür die ganze Welt. Die »Spannungen«, die zwischen den Forderungen nach »einem rechten Maß« und weiteren Wirtschaftswachstum entstehen, müssen eben »ausgehalten« werden.

Wie aber könnte es aussehen, wenn die Vorschläge des Wuppertaler Institutes in die Tat umgesetzt werden sollten?

Ökologisch domestizierte Marktwirtschaft...

Zur Vorstellung einer grünen Marktwirtschaft gehört auch eine bestimmte Vorstellung von Unternehmen: Was immer sie produzieren, wie groß sie auch sind, alles was sie tun dient allein der Bedürnisbefriedigung der Menschheit – und nicht etwa der Profitmaximierung und der Kapitalakkumulation, Kapitalismus ist das totale Tabuwort der Studie. Ausbeutung und Zerstörung, Sexismus und Rassismus, Kolonialisierung von Menschen und von Natur sind lediglich (behebbare) Schönheitsfehler des Wirtschaftssystems.

Folgerichtig setzt die Studie auch nicht bei einer Veränderung der Produktionsweise an, sondern bei den Gewohnheiten der EndverbraucherInnen. Wohnen, Freizeit und Ernährung seien die ressourcenintensivsten Bereiche. Die Berechnungs- und Zuordnungsverfahren bleiben aus gutem Grund Betriebsgeheimnis des WI, dienen sie doch der wissenschaftlich verbrämten Ideologieproduktion: Sektoren wie die Rüstungsindustrie oder die Exportgüterindustrie werden mit Hilfe von statistischen Tricksereien einfach weggezaubert. Auch aus dem Nettoverbrauch an Ressourcen wird der profitintensive Exportsektor rausgerechnet. (Der BRD-Nettoverbrauch = Ressourcenverbrauch + Importe - Exporte) Das heißt im Klartext: Wenn die BRD Rüstungsgüter exportiert, um erstens ihre Herrschaftsinteressen abzusichern, und zweitens Cash zu machen, darf sie nach dem WI-Modell all den Stahl, die Energie, die strategischen Rohstoffe als entlastenden Negativposten buchen. Auch die Stoff- und Energiemengen, die allein zur Produktion von Hightech-Ware für den Weltmarkt bewegt werden, entlasten das BRD-Resourcenkonto und dafür dürfen dann noch mehr Rohstoffe importiert werden.

**»Die Ökologisierung der Marktwirtschaft schließt zwei Dimensionen ein: die Domestikation marktwirtschaftlicher Mechanismen ... und ihre ökologisch zuträgliche Entfaltung.«
(Wuppertaler Institut)**

Ohne »die Wirtschaft« läuft gar nix – das hat das WI klar erkannt – und deshalb sollen die Unternehmen in Gesetzgebungsprozesse »eingekauft« werden. Die Logik ist bestechend: Weil die Unternehmen ohnehin schon viel Macht haben, müssen sie noch mehr vom selben bekommen, alles andere wäre schließlich unrealistisch und nicht politikfähig. Ohnehin sind die Empfehlungen des WI mit neoliberalen Positionen problemlos zu vereinbaren: ein Hochtechnologiesektor für die Industrie und – als Kehrseite – Deregulierungsstrategien, z.B. die Schaffung eines Niedriglohnsektors (»Zweiter Arbeitsmarkt«), flexible Löhne und Arbeitszeiten etc.

Dafür werden wir mit umweltfreundlichen, effizienteren Technologien belohnt und können uns verstärkt der »häuslichen Wirtschaft«, d.h. der Verrichtung unbezahlter Tätigkeiten widmen. Also: hochtechnisierte Produktion auf der einen Seite, (unbezahlte) ökologische und soziale Reparaturfunktionen auf der anderen, das alles gerahmt von wissenschaftlich fundierten naturwissenschaftlichen Berechnungen, die die langfristigen Zielvorgaben für Wirtschaft und Gesellschaft austüfteln, ein Eiertanz zwischen der »ökologischen Entfaltung des Marktes« und einer dirigistischen Expertenherrschaft. Oberstes Gremium: ein »Ökologischer Rat«, der die ökologische Treuhandschaft übernehmen soll und die sich im hektischen Tagesgeschäft aufreibenden PolitikerInnen kontrolliert. (Sicher könnte das WI hier gleich mit ehrwürdigen, repräsentativen Kandidaten aufwarten.) Wie und von wem dieser Rat auch immer gebildet und kontrolliert werden soll, bleibt in vornehmes Dunkel gehüllt. Daß damit politisch hochsensible und gesellschaftlich weitreichendste Bereiche einer winzigen Kaste von Experten unterstellt wird, die alleine ihren individuellen Auffassungen von realpolitischen Sachzwanglogiken verpflichtet sind, scheint nicht weiter zu stören.

**»In dieser immer enger werdenden Welt werden wir nur vorankommen mit umweltfreundlichen Produkten, mit umweltentlastenden Technologien. Wenn wir das als technologisch führendes Land nicht erreichen und nicht die entsprechenden Signale setzen, dann werden wir tatsächlich einen ... kalten Krieg nicht vermeiden können ... .«
(Klaus Töpfer)**

Abgerundet wird das Ökokratoren-Modell durch die Integration von BürgerInnen mit »aufgeklärten Eigennutz«, deren Partizipation durch »gestiegene Kompetenzen« durchaus zur Effektivierung der Marktwirtschaft und deren Regulation genutzt werden können.

Ökologisch legitimierte, schöne neue Weltordnung...

Das an sich erfreuliche, aber immer nur sehr diffus formulierte Ziel der Studie – gleicher Zugang aller Menschen zum natürlichen Reichtum – wird durch die Nichtthematisierung von weltökonomischen Strukturen ad absurdum geführt. Das Thema Gen- und Reproduktionstechnologien wird z.B. nur gestreift. Gegen die kommerzielle Ausbeutung von genetischen Ressourcen hat das WI im Prinzip nichts einzuwenden, ein bißchen gerechter soll es bei der Verteilung des Profites aber schon zugehen.

Verschwiegen wird, daß durch diese »umweltfreundlichen« Zukunftstechnologien der Süden wiederum zur Lieferung von »Rohstoffen« gezwungen ist, denn die »technischen und finanziellen Lösungskompetenzen« liegen weiterhin im Norden. Das WI thematisiert auch nicht, daß durch Gen- und Reproduktionstechnologien die Kontrolle und der Zugriff auf menschliche und mitmenschliche Natur brutal intensiviert wird.

Keine Erwähnung finden auch die Bestrebungen von WirtschaftslobbyistInnen, die den internationalen Konferenzen- und Verhandlungsrummel nutzen, um ihre Monopolstellungen politisch und rechtlich auszubauen. Das Thema Ökologie ist längst imnstrumentalisiert worden und dient auf internationaler Ebene der Absicherung von alten und neuen Verwertungs- und Herrschaftsmustern. Auch die aktuelle Politik voon GATT, WTO und Weltbank wird nicht analysiert.

Keine Silbe darüber, daß das Thema »Ökologieführerschaft« z.B. für den hier und heute geladenen Klaus Töpfer die Dimension eines »kalten Krieges« angenommen hat. Kein Kommentar dazu, daß die sogenannte »Bevölkerungsexplosion« als ***die*** ökologische Bedrohung der Zukunft längst zum Gegenstand sicherheittspolitischer Erwägungen geworden ist. Statt dessen stellt das WI den »Entwicklungsländern« Schuldenerlaß »unter gewissen Bedingungen« in Aussicht: Die Natur des Südens (und ihr genetischer Reichtum) soll gegen den Erlaß der Schulden eingetauscht werden – Schulden, die durch ungerechte Tauschbeziehungen erzwungen wurden und sich in den Industrieländern ohenhin schon doppelt und dreifach bezahlt gemacht haben. Das heißt dann postmodern und euphemistisch »Entwicklungszusammenarbeit« anstelle von »Entwicklungshilfe«.

**»Das wissenschaftliche Potential für die bio- und gentechnologische Forschung und Entwicklung und die finanziellen Kapazitäten zur industriellen Produktion und gewerblichen Verwertung bestehen im wesentlichen in Industrieländern, während in den Entwicklungsländern der Großteil der zu lösenden Probleme auftritt.«
(Agenda 21)**

Parallel hierzu wird die Durchsetzung des westlichen Institutionensystems weltweit verstärkt erzwungen, mitsamt der dazugehörigen Ideologien von Fortschrittlichkeit, Effizienz, Rationalität, Universalismus etc. Die Weltbank nennt das good governance – das heißt gute, weil effiziente Regierungen, die ein stabiles Investitionsklima gewährleisten.

Alternativen jenseits dieser Institutionen können zunehmend als unrealistisch und weltfremd abgetan werden. Die Menschen »vor Ort« werden abermals entmündigt.

Gemeinsame Fürsorge für »unsere Erde«?

Abgeschnitten von aller Kritik, die jemals an der kapitalistischen Weltwirtschaft und ihren sexistischen und rassistischen Diskriminierungen geübt wurde, bar der Erkenntnisse über den paternalistischen und ethnozentrischen Kern der Entwicklungsidee, die Geschichte der Wissenschaftskritik flugs über Bord geworfen: Schon können wir alle wieder die Ärmel hochkrempeln und in Instituten, auf Konferenzen und Tagungen die Rettung »unserer Erde« planen. Die gemeinsame Sorge um den Planeten gaukelt gemeinsame Ineressen zwischen den Eliten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und den Umweltbewegten oder den neuen sozialen Bewegungen vor.

**»Man ist endlich in der Offensive und vor allem: Man findet Verbündete, die sogenannten Gewinnerindustrien, denen das Einschwenken auf einen ökologisch orientierten Pfad gut ins betriebswirtschaftliche Kalkül paßt.«
(Wuppertal Institut)**

Die Übergänge werden in der Tat flüssiger, wofür die Studie selber als Beispiel gelten mag. Es bildet sich eine neue technisch-ökologische Intelligenz heraus. Wenn es schon Angebote »von oben« zum Mitreden und Mitgestalten gibt, dann will frau/mann auch kompetent und realistisch sein und niemanden mit so häßlichen Unwörtern wie Kapitalismus, Ausbeutung und Marginalisierung verprellen. Immerhin passiert hier wenigstens endlich mal was!

Und das Wenige, oder selbst das Falsche ist besser als gar nichts, wenn es um die Rettung »unserer Erde« geht!

Übrigens:

Sie finden, daß wir die Studie ungerecht beurteilen? Daß auch gute kritische Essays zu heiklen Themen abgearbeitet werden? Stimmt – nur bleiben sie folgenlos und gehören nach Auffassung der AurorInnen wohl zu den Spannungen, die eben »ausgehalten werden müssen«. Sie finden trotzdem, daß wir ganz bewußt selektiv gelesen haben? Stimmt auch. Aber das werden außer uns noch ganz andere Leute tun: die Herrschenden aus Politik und Wirtschaft, die Organisationen und Verbände, die internationalen Gremien und die UnternehmerInnen der »Gewinnerindustrien« – diejenigen halt, die die in der Studie gemachten Angebote einer neuen deutschen Führerschaft – der Ökologieführerschaft – bestimmt zu nutzen wissen. Und mit denen wir gar nicht unbedingt in einem Boot sitzen möchten.

Das WI aber bedient diese Klientel mit bewußter Ideologieproduktion. Indem es seine Zuarbeit zur neoliberalen Deregulierungspolitik unvermittelt neben diffuse »Maßhalteappelle« stellt, indem es den sogenannten »2. Arbeitsmarkt« als das »andere, gute Leben« verbrämt, leistet es einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft zwischen GewinnerInnen und Marginalisierten Vorschub. Und indem es sich davor drückt, internationale Problembereiche zu benennen, statt dessen aber mit viel Pathos eine Ökologieführerschaft der BRD propagiert, leistet es einer weiteren Runde neokolonialer Unterdrükkung und Ausbeutung Vorschub. Selbstverständlich nur, um »unseren« Regenwald und »unsere« Erde zu retten. Wer kann da schon nein sagen.●

Anti-EG-Gruppe (Köln); BUKO-AG: »Danke für den Fisch«; Informationsbüro Nicaragua (Wuppertal)

TAGUNG ZUM THEMA:

Die Rolle der Kommunen für ein zukunftsfähiges Deutschland

Diese Fachtagung findet am 29./30. November 1995 im Stadthaus Bonn statt. Die Veranstalter die »Kommunale Nord-Süd-Initiative« (KNSI) und das »Forum Umwelt & Entwicklung« laden mit folgendem Text zur Auseinandersetzung mit der Studie des Wuppertal Institutes ein:

»Wir alle wissen: Das Wohlstandsmodell der Industriegesellschaft Deutschland ist wegen der ökologischen Folgen und der Ungleichheiten im Nord-Südverhältnis weder zukunftsfähig noch übertragbar. Was bedeutet diese Erkenntnis für unseren praktischen Alltag in Städten und Gemeinden, für unser tägliches Handeln vor Ort?

Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie unter Leitung von Dr. Ernst Ulrich von Weizäcker stellt Ende Oktober die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland – ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung« vor, die im Auftrage von Misereor und BUND erstellt wurde. Mit Spannung erwartet werden dabei die Handlungsvorschläge für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu einem tragfähigen Umweltverbrauch in Deutschland, der langfristig auch den Ländern des Südens nutzt.

Die Kommunale Nord-Süd-Initiative (KNSI), ein Zusammenschluß der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände und zahlreicher Entwicklungsorganisationen, und das Forum Umwelt & Entwicklung deutscher Nichtregierungsorganisationen als Veranstalter wollen mit dieser Einladung gezielt VertreterInnen der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen ansprechen, um mit den Fachleuten die Ergebnisse der Studie und die praktischen Herausforderungen für Gemeinden und Bürger an Hand ausgesuchter Arbeitsfelder zu diskutieren.

Darüber hinaus will die KNSI, als deutsche Plattform des weltweiten Netzwerkes Towns & Development, über den aktuellen internationalen Diskussionsstand zu den umwelt- und entwicklungspolitischen Aufgabenstellungen informieren.«

Die Teilnahme ist kostenlos, die TeilnehmerInnenzahl auf 70 begrenzt. Anmeldeschluß ist am 14. November. Nähere Information & Anmeldung bei: Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, D-53177 Bonn, Fax (02 28) 35 90 96.●

»RENAISSANCE DER SPIESSER«

Eine grimmige Abrechnung mit 15 Wendejahren legt Jürgen Stark mit »Renaissance der Spießer« vor. Der Hamburger Autor ist dem Scheitern linker Hoffnungen und dem Wiedererstarken nationaler, elitärer, intoleranter, kurzum: spießiger Milieus nachgegangen. Seine Spurensuche beginnt Anfang der 80er Jahre, als der Punk der No-future-Generation einen lautstarken Kontrapunkt zur neuen CDU-Regierung lieferte – und zugleich schon ein Abgesang war auf die fragile Vielfalt alternativer Lebensentwürfe. Schauplätze des Buches sind außerdem Szenekneipen, die Zeitgeist-Blätter der Yuppies (»Tempo« etc.), der Historiker-Streit um die (Neu-)Bewertung des Hitler-Faschismus.

Stark spürt den Resten alternativer Nischen nach, beobachtet den Rechtsruck in der Rock-Szene und sucht – gemeinsam mit prominenten Gesprächspartnern wie Ralph Giordano, Günter Gaus, Thomas Ebermann oder Wolfgang Niedecken – nach Licht im Tunnel. Viel Licht sieht er nicht und auch in den Interviews wird meistens eine bittere Bilanz gezogen. Ralph Giordano: »Die achtziger Jahre waren die schlechteren Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik. Da wurde die Basis geschaffen für die rassistischen Anschläge und die neue Außenpolitik. An diesem Erbe wird Deutschland sich vermutlich noch die Zähne ausbeißen.«

Jürgen Starks »Renaissance der Spießer« ist keine politische Analyse im abstrakten Sinne, sondern das Kaleidoskop einer Epoche, die, wenn sie denn schon nicht zu verhindern war, doch der kritischen Rückschau bedarf. Hierfür leistet das Buch überraschende und teils interessante Anregungen.●

Jörg Petersen

»Renaissance der Spießer«, Jürgen Stark; 272 Seiten; Paperback; Verlag Die Werkstatt Göttingen, 29,80 DM

»LEXIKON JUGEND-KULTE«

Einen Wegweiser durch den Dschungel der Sekten, New Age- und Esoterik-Begriffe bietet das »Lexikon Jugendkulte« von Hans-Otto Wiebus. Lehre, Ziele, Psychotechniken, Organisationsformen und Finanzgebaren, aber auch die religionsgeschichtlichen Hintergründe sogenannter Jugendsekten (z.B. Scientology, Mun-Sekte) werden hier knapp und in alphabetischer Reihenfolge beschrieben.

Besonderes Augenmerk richtet der Autor auf die sogenannten neuheudnischen Bewegungen, in denen den alten germanischen Göttern gehuldigt wird: Durchweg politisch aktiv, müssen diese dem neonazistischen Spektrum zugerechnet werden. So werden u.a. auch Organisationen wie der katholische Opus Dei-Orden, der Europäischen Arbeiter Partei (EAP) oder die Transzendentale Meditation (Naturgesetz-Partei) kritisch unter die Lupe genommen.

Hinweise auf Ausstiegsmöglichkeiten und ein Adressverzeichnis, sowie ein sehr informatives Vor- und Nachwort, in dem die Nähe der New Age-Bewegung zum nationalsozialistischem Gedankengut beschrieben wird, runden das Lexikon ab. Leider ist kein Beitrag zur ZEGG-Sekte enthalten, ansonsten ist das Buch sehr empfehlenswert.●

Jörg Petersen

»Lexikon Jugendkulte« von Hans-Otto Wiebus; 272 Seiten; Broschur; 36 DM; Carlsen-Verlag

»OHNE PEILUNG«

Einen bemerkenswert unverkrampften künstlerischen Beitrag zum Thema NS-Vergangenheit hat Isabel Kreitz mit ihrem Comic »Ohne Peilung« vorgelegt. Der Jugendliche Jens, der in der Schule schon dreimal den »ganzen Scheiß mit den Juden durchkauen« mußte, erfährt von seinem Großvater, den er im Pflegeheim besucht, daß sich im Hamburger Hafen noch die Wracks eines U-Boot-Typs befinden, die Hitlers letzte Hoffnung für eine Wende im Seekrieg waren. Neugierig geworden, macht sich Jens zusammen mit seinen Freunden auf in den Hafen, wo unter den Trümmern des 1946 von den Briten gesprengten Bunkers »Elbe II« noch immer drei U-Boot-Wracks des Typs XXI vor sich hin rotten. Doch die Suche nach dem vermeintlichen Abenteuer wird für die Jungen zu einer schicksalshaften Begegnung mit der Vergangenheit...

»Ohne Peilung« ist nicht nur sauber gezeichnet, sondern es gelingt Kreitz dazu auch noch ein präziser und unverstellter Blick auf das erschreckende Phänomen, daß trotz schulischer »Aufklärung« und elterlicher Pädagogik der Rechtsradikalismus gerade heute für viele Jugendliche wieder an Faszination gewonnen hat.●

Jörg Petersen

»Ohne Peilung« von Isabel Kreitz; 48 Seiten; schwarzweiß; broschiert; 16,90 DM; Carlsen-Verlag

ZUR SOZIOLOGIE DER PROFIKICKER

Fußball-Sachbuchliteratur »besteht zum größten Teil aus trivialen Starbiographien, die von Ghostwritern gezimmert sind, aus Vereinsporträts von Sportjournalisten und alle vier Jahre aus einer Inflation von eilig zusammengeschusterten WM-Büchern, mit denen sich vor allem Fernsehmoderatoren und Fußballstars ein schnelles Zubrot verdienen.«

Heinrich Väth, Autor dieser Zeilen, hat den Profifußball mit spitzer Feder haarklein seziert. In seiner Promotion untersucht er das Regelwerk, die Spielertypen, den Amateurfußball, die Organisation des Profifußballs, den Aufbau der Vereine, die Vermarktungsmöglichkeiten und das Fußballpublikum. Beim Campus-Verlag ist eine aktualisierte, allgemeinverständliche Fassung dieser Studie erschienen.

Aktion, Spannung, Helden und Schurken, Sieg und Niederlage, Sensationen und Katastrophen, Fußball bietet alles, was ein Drama im Medienzeitalter erfordert. »Der Profifußball präsentiert sich als Gemisch aus Ellenbogenmentalität und Fair-Play-Anspruch, kühlem Geschäftssinn und Emotion.« Sachkundig vermittelt Väth Einblicke in das Phänomen Fußball, das sich trotz völliger Kommerzialisierung im Stadion und am Fernsehschirm ständig steigenden Interesses erfreut.●

Kai Böhne

Heinrich Väth, Profifußball. Zur Soziologie der Bundesliga, Campus Verlag, Frankfurt/New York, 210 Seiten, ISBN 3-593-34752-0

ZWISCHEN FLUCHT UND ARBEIT

Das Leben von Flüchtlingen, ArbeitsmigrantInnen und Illegalisierten in Deutschland wird in großem Maße von Arbeit zu unterschiedlichsten Bedingungen geprägt. Diese Menschen meist schlecht bezahlte, unsichere und entwürdigende Arbeit leisten zu lassen, ist ein Ziel des modernisierten Rassismus. Gleichzeitig ist aber die Wanderung nach oder der Aufenthalt in Deutschland immer auch ein aktiver Vorgang seitens der MigrantInnen, mit dem sie die Teilhabe am hier existierenden Reichtum anmelden und umsetzen.

Der Sammelband »Zwischen Flucht und Arbeit« beschäftigt sich mit den neuen Migrationsformen und versucht herauszuarbeiten, was sie für die Migrierenden und die »deutsche Volksgemeinschaft« bedeuten. »Neu« meint zweierlei: die meisten Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen kommen heute aus den Staaten des ehemaligen Ostblocks. Dann ist heute Migration, um zu arbeiten verbreiteter als die Flucht aus »politischen Gründen«. Das Buch will die linke und antirassistische Bewegung dafür sensibel machen, wie normal Arbeit von Flüchtlingen und Illegalisierten und wie alltäglich Arbeitsmigration ist. Berichte von und über Illegale und ArbeitsmigrantInnen, in denen ihre Entscheidungen, Probleme und Wünsche genannt werden, machen ihre Situation deutlich. Den Schluß bilden Diskussionsbeiträge zur Perspektive und Strategie der antirassistischen Bewegung (vgl. dazu auch das im Frühjahr erschienene Sonderheft »Deutscher Antirassismus« von ZAG und off limits). Der 1994 von der antirassistischen Zeitschrift »off limits« gemachte Vorschlag einer Legalisierungskampagne wird zum Ausgangspunkt der Diskussion.

Die Legalisierung aller sich hier Aufhaltenden soll diesen einen rechtlichen Mindeststandard verschaffen, der Bedingung eines menschenwürdigen Lebens ist. Im Nebeneffekt wäre mit der Legalisierung auch ein Stück weit den rassistischen Strukturen entgegengewirkt. Die Kritik an diesem Vorschlag verläuft an zwei Punkten: es werde übersehen, daß gerade die Illegalität der Grund für Flucht und die Voraussetzung für den Erhalt von Arbeit sein kann, da kein Flüchtling oder keine Illegale zu legalen Bedingungen Arbeit finden könne. Der zweite Argumentationsstrang stellt die Frage: »Was passiert mit denen, die nach dem Stichtag der Legalisierung ankommen?«

Die Beiträge dieses Bandes bringen zwei bislang wenig bekannte Themen in eine breitere Diskussion: Erstens, was bedeutet es, wenn nach Schätzungen allein in Berlin bis zu 100 000 Menschen illegal leben, und zweitens die meisten Flüchtlinge aus der »zweiten Welt« kommen. Politisch versucht das Buch zwischen den Positionen antirassistisch-revolutionärer Politik und der oft leichtfertig und vorschnell als »Sozialarbeit« bezeichneten Vertretung der Forderungen und Bedürfnisse der Flüchtlinge zu vermitteln. Gleichzeitig finden sich Theoriebeiträge und Berichte von Betroffenen; alles in allem ein gelungenes, wichtiges und interessantes Buch.

Dem Komplex »Illegalisierung« hat sich auch die »Zeitschrift antirassistischer Gruppen« (ZAG) im Schwerpunkt ihrer Ausgabe 2/95 zugewandt, in der sie unter anderem über Situation und Kämpfe von polnischen Prostituierten, jugoslawischen Bürgerkriegsflüchtlingen und vietnamesischen ehemaligen VertragsarbeiterInnen berichtet.●

Bernd Hüttner

BUKO Schwerpunkt Rassimus und Flüchtlingspolitik: Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte; 256 S., 24 DM; Verlag Libertäre Assoziation Hamburg 1995
ZAG Nr. 2/95, 50 Seiten, zu beziehen gegen 6 DM in Briefmarken bei ARI, Yorckstr. 59 HH, 10965 Berlin

STONES-BUCH

Sprüche und Notizen aus 30 Stones-Jahren:

»Ich bin nicht scharf drauf, ein alternder Rock'n Roller zu sein.«

Die letzten Akkorde ihrer Welttournee sind kaum verklungen, schon liegt ein neues Stones-Buch in den Läden. 250 Techniker und Bühnenarbeiter wurden für diese Tournee beschäftigt, etliche Werbegelder eingestrichen, über sechs Millionen Menschen strömten während der letzten Tour in die Stadien und Rockarenen.

Der Palmyra Verlag hat eine Zitatensammlung mit Stones-Statements aus den letzten 30 Jahren herausgegeben. Die Musiker lassen sich über alles möglich aus: Groupies und Reisen, Sex und Gewalt, Drogen und Tod. Sprüche für jede Gelegenheit. Allerlei humorvolle und geistreiche Brocken, aber auch platte und dümmliche Bissen.

Gleich auf den ersten Seiten hat der Lektor geschlampt, Mrs. Taylors Sohn (früheres Bandmitglied) hieß ebenso wie Jaggers Bub Mick und nicht Dick.

Aussteiger Bill Wyman »Lieber höre ich auf, solange wir noch ganz oben sind. (...) Ich bin nicht scharf drauf, ein alternder Rock'n Roller zu sein.« äußert sich erstaunlich offen: »Es macht überhaupt keinen Spaß mehr. Vor 15 Jahren haben wir uns einfach in den Bus gesetzt und sind losgefahren, ohne viel Aufhebens. Heute wird erst mal drei bis vier Monate lang organisiert, bevor wir auf Tournee gehen können, geschweige denn auf irgendeiner blöden Bühne stehen. Ich finde das grauenhaft – dieses ganze Sicherheitsdenken und unsere Ansprüche. Wir haben nicht mehr den geringsten Bezug zur Realität.« Schade, daß die Aussagen nicht belegt werden. So erfahren wir nicht, wann, wo und in welchem Zusammenhang Keith Richards gefragt hat: »Warum bin ich immer der Arsch?« und Mick Jagger äußerte: »Ich fürchte der Rock 'n Roll hat keine Zukunft.«●

Kai Böhne

David Dalton, Mick Farren (Hrsg.), The Rolling Stones in eigenen Worten, Heidelberg 1995, Palmyra Verlag, 254 Seiten, 34 DM, ISBN 3-930378-04-3.

DIE WUT DES PANTHERS

Die Aufschiebung der Hinrichtung des Journalisten und früheren Black Panther Aktivisten Mumia Abu Jamal hat den Namen dieser im Oktober 1966 gegründeten und sich 1971 spaltenden Partei verstärkt in die bundesdeutsche Öffentlichkeit gerückt.

Engagiert und faktenreich zeichnet Oliver Demny in seinem Buch »Die Wut des Panthers« die Entwicklung des schwarzen Widerstandes in den USA und die Geschichte der Black Panthers Party nach.

Biographische Angaben zu exponierten Persönlichkeiten wie Eldridge Cleaver, Angela Davis und George Jackson fehlen ebensowenig, wie die Rezeption der Black Panthers Party in der Literatur, kritische Anmerkungen zur inneren Parteiorganisation, ein Exkurs zum bewaffneten Kampf und ein Ausblick bis zu den Los Angeles Riots in den 90er Jahren.●

Kai Böhne

Oliver Demny, Die Wut des Panthers. Die Geschichte der Black Panther Party – Schwarzer Widerstand in den USA, Unrast Verlag, Münster, 200 Seiten, 24,80 DM, ISBN 3-928300-21-0.

ADRESSBÜCHER FÜR MULTIPLIKATOREN

Ein dreibändiges Adreßwerk mit ca. 1.900 Adressen ist bei der Essener Jugendpresse e.V. erschienen. Jeder Band kostet **nur 5,00 DM**.

Die Adreßbücher sind eine gute, preiswerte Hilfe für Multiplikatoren in Vereinen, Verbänden, Initiaven und selbstorganisierten Medienprojekten ebenso wie für interessierte Einzelpersonen, die nicht auf einige Hundert Mark teure, kommerzielle Adreßverzeichnisse wie den Oeckl oder den Hoppenstedt zurückgreifen können.

Band 1: Presse-, Informations- und Artikeldienste Verzeichnis vom 260 interessanten Publikationen (32 Seiten DIN A5) mit Angaben zu Inhalt, Herausgeber und Bezugsbedingungen.

Band 2: Verbände, Behörden und Institutionen aus Politik und Gesellschaft 850 Adressen, Telefon, Faxnummer, E-Mail Adressen (32 Seiten) Themen z.B. Atomkraft, Flüchtlinge, Studenten, Drogen, Bildung, Menschenrechte, EU, Vereinte Nationen,...

Band 3: Zeitungen, Zeitschriften, Sender und Organisationen aus dem Medienbereich, Verlage, Bürgerradios, Offene Kanäle, Jugendmedienorganisationen, Werbeagenturen für Schüler- und Jugendzeitungen, Jugendkulturarbeit 800 Adressen, Telefon, Faxnummer, E-Mail Adressen (28 Seiten)

Versandkostenanteil: 1,50 DM, Bestellungen gegen Scheck oder Betrag in Briefmarken an:
Essener Jugendpresse e.V., Service, Wesselswerth 4, D-45239 Essen

Mengenrabatte auf Anfrage. Die Essener Jugendpresse e.V. ist ein von medieninteressierten Jugendlichen selbst organisierter, ehrenamtlicher Zusammenschluß.

ALTERNATIVE GELDSYSTEME IN DER DISKUSSION

Wenn der real existierende Kapitalismus wieder einmal zuviel Armut erzeugt, kommt es regelmäßig zur Konjunktur alternativer Geldsysteme, die zur Zeit von alternativen und christlichen Gruppierungen gefördert werden. Eines der bekanntesten Aushängeschilder nichtkapitalistischer Wirtschaftsexperimente ist Silvio Gesell. Da er auch von der extremen Rechten leidenschaftlich für sich beansprucht wird, ist er immer wieder, trotz seiner kritischen Distanz zum Rechtsextremismus der Weimarer Republik, von Teilen der Linken als hartgesottener Brauner definiert worden. Mit diesen vereinfachenden Aburteilen soll jetzt aufgeräumt werden: Die 106. Folge der Zeitschrift für Sozialökonomie hat sich kritisch und differenzierend mit alternativen Geldsystemen und ihrer Verwertung durch politische Strömungen auseinandergesetzt. Die Beiträge stammen von Werner Onken, Roland Geitmann und dem Wiener Gesell-Experten Gerhard Senft. Die Zeitschrift für Sozialökonomie erscheint im Gauke Verlag, Pf 13 20, D-24319 Lütjenburg, Tel. (0 43 81) 70 12.●

Roman Schweidlenka

HAPPY BYRTHDAY, HAFTBEFEHL!

Das 150. Ermittlungsverfahren gegen die Zeitschrift »radikal«

Das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik verfolgt die Bundesanwaltschaft ein Zeitungsprojekt als Ganzes, weil es eine »kriminelle Vereinigung« sein soll. Vier junge Männer sitzen seit dem 13. Juni in Haft, weil sie Mitarbeiter der 1976 gegründeten »radikal« sein sollen, gegen weitere vier Menschen sind Haftbefehle erlassen, eine Person sitzt für fünf Monate in Beugehaft, weil sie sich geweigert hat, Aussagen zu machen, gegen weitere siebzehn hat die Bundesanwaltschaft Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Der Film der Medienwerkstatt Freiburg erzählt die Geschichte der »radikal« und ihrer Verfolgung: 1984 wurden Benny Härlin und Michael Klöckner als angebliche Herausgeber der »radikal« zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Statt ins Gefängnis zogen sie auf der Liste der Grünen ins Europaparlament ein. 1990 kassierte der Bundesgerichtshof das Urteil. 1987 wurden mehrere Buchhändler wegen Verkauf von »radikal«-Ausgaben zu mehrmonatigen Freiheitsstrafen verurteilt.

In »Happy Byrthday, Haftbefehl!« kommen Mitglieder der Hamburger Solidaritätsgruppe zu Wort, erklärt der Sprecher der Bundesanwaltschaft, warum eine Zeitung keine Zeitung sein soll, beziehen Hermann L. Gremliza von »konkret« und Wolfgang Schimmel (IG Medien) Stellung zur Lage der Pressefreiheit. Die Montage von aktuellem und historischem Material zeigt, wie sich das politische Klima im Land seit den 80er Jahren verändert hat.

Die Dreharbeiten wurden begleitet von wochenlangen juristischen Auseinandersetzungen. Die Justizbehörden haben erfolgreich verhindert, daß ein Interview mit dem seit dem 13. Juni 1995 inhaftierten Ralf M. geführt werden konnte. Es gebe, so die bemerkenswerte Argumentation des Ermittlungsrichters am BGH, Dr. Beyer, kein allgermeines öffentliches Interesse an dem Verfahren, sondern nur das Interesse der »SympathisantInnen-Szene«. Deswegen wiege das Recht des Beschuldigten auf Meinungsfreiheit geringer als das Interesse des Staates an einer »ungehinderten Ermittlungstätigkeit«. Ein Anliegen des Films ist auch, gerade dieses Verständnis von Meinungsfreiheit und Öffentlichkeit zu thematisieren.●

Wolfgang Stickel

Ein Film von Bertram Rotermund und Oliver Tolmein, Medienwerkstatt Freiburg 1995, 36 Min.; Verleih: 35 DM; Kaufkassette: 100 DM (jeweils plus Versand & MwSt.)

ÖKO-KALENDER

Von Gärten und Tieren, Menschen und Monden

Das Jahr 1995 neigt sich dem Ende zu. In den kommenden Monaten werden sich wieder viele Menschen nach einem neuen Kalender umsehen. Die Auswahl für das Jahr 1996 ist längst unüberschaubar geworden. Nach welchen Kriterien werden Sie entscheiden? Thema, Funktion, Qualität? Vielleicht aber auch: Ökologie.

Kaum ein Land, das ähnlich umweltkritische VerbraucherInnen zählt, wie die Bundesrepublik. Der Konflikt um die Brent Spar hat dies aktuell bestätigt. Allerdings nur wenige Kalender werden ökologischen Ansprüchen gerecht. Mit Garantie aber ECOLOGIA-*Kalender für Mensch und Umwelt* aus dem TerraVita Verlag.

Unter der Marke ECOLOGIA kooperieren sechs Verlage und 25 Organisationen aus den Bereichen Umweltschutz und Menschenrecht. Mit einem umfangreichen Kalenderprogramm von 30 Titeln. Alle ECOLOGIA-Kalender werden mit Farben auf pflanzlicher Bindemittelbasis auf 100% Recyclingpapier gedruckt. Bei der Bindung wird bewußt auf Kunststoffe verzichtet.

Vom Wandkalender »Bio- und Bauerngärten, dem Frauenkalender »Planerin« über den »FamilienMerk-Kalender« bis hin zu zahlreichen Mondkalendern und vielen anderen Themen ist alles erhältlich. Zu erhalten sind die Kalender im Buchhandel oder beim ECOnorm Versand, Postfach 15 02 34, D-40079 Düsseldorf.●

dp

PROJEKTE

Planung einer sozial-ökologischen Siedlung
Wir suchen Menschen, die an der Umsetzung unseres sozial-ökologischen Modellprojekts in der Altmark (Sachsen-Anhalt) mitarbeiten wollen. Es geht um den schrittweisen Aufbau einer eigenständigen Siedlung für ca. 300 Menschen. Die Realisierung ist politisch gewollt, aber es fehlen uns noch Mitarbeiter/innen in den folgenden Bereichen: Projektplanung; Finanzierungskonzept (auch Fördermittelbeschaffung spez. für Wohnungsbau); Gutachten für Standortbeurteilung; Fachplanungen und Planungsrecht für Energie, Wasser, Landwirtschaft. Es existiert bereits ein Projektzentrum mit Wohngruppen, Betrieben, einer freien Schule usw. für ca. 60 Personen. Bei dauerhafter Mitarbeit ist eine Finanzierung der Stellen über ABM, Stiftungsgelder oder auf Honorarbasis möglich.
Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft Ökodorf e.G., Dorfstr. 4, D-29416 Groß-Chüden
☎ (0 39 01) 47 12 27

Die Kommune Niederkaufungen, z. Zt. 50 Erw. u. 16 Kinder, orientiert sich an den Grundsätzen:
- linkes Politikverständnis,
- Konsensprinzip,
- gemeinsame Verantwortung füreinander,
- Aufhebung kleinfamiliärer und geschlechtsspezifischer Machtstrukturen,
- gemeinsame Ökonomie

und
sucht: Menschen mit Interesse/Erfahrungen im Bereich bedürfnisorientierter Pflege, Arbeit im Kollektiv und Leben in der Kommune, zum Aufbau einer Einrichtung, in der Pflegebedürftige Urlaub machen können.
☎ (0 56 05) 8 00 70
Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen

FORTBILDUNG

Trauerprozesse und zyklische Gruppenarbeit. Einjährige Fortbildung ab April 1996.
TrauerWege –Beratung und Begleitung für Menschen in Verlust- und Krisensituationen
Greiffenklaustr. 15
D-55116 Mainz
☎ (0 61 31) 23 11 00

JOBS

Literarisch-politischer Buchladen sucht Umschülerin zum 1.2.96 (Umschulungsberechtigung Voraussetzung!)
Buchladen BiBaBuZe, Aachener Str. 1, D-40223 Düsseldorf, Fax (02 11) 31 55 77

Bestehende Schreinerei mit Schwerpunkt Möbelbau und Entwurf (Raum Stgt./LB) möchte sich vergrößern – Umstrukturierung zur GmbH/Cooperative geplant.
Wir suchen berufserfahrene SchreinerInnen mit Ideen, Engagement und Teambereitschaft.
Chiffre: Mehr als nur Holz

JOBSUCHE

Freiberufl. Musiklehrer, 41 J., sucht sinnvolle Tätigkeit, auch »branchenfremd«. Gerne bei einem sozial-integr. Projekt. Eigene Ideen.
☎ (09 21) 85 04 20, Bayreuth

CONTRASTE-REGISTER

Register Nr. 1-100

9 Jahre CONTRASTE. Sach-, Personen- und AutorInnen-Register.
Gegen DM 50,– (Vorkasse) zu beziehen über:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
D-69035 Heidelberg

Und jetzt noch die Erde retten.
0228 466 084
Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BUND JUGEND

Werte geht baden!
WAS LEFFT
worte statt taten. aus erlangen
Was Lefft, Postfach 3543, 8520 Erlangen
Tel.: 09131/203015, Fax: 09131/205020
Kostenloses Exemplar anfordern!

Es ist an der Zeit, daß wir unsere eigene Stimme erheben

Zeitschrift für Internationale Kommunikation

NEWSLETTER **ist ein internationales, themenübergreifendes Kommunikationsprojekt, an welchem mehr als 1000 Gruppen und Einzelpersonen in über 100 Staaten dieser Erde partizipieren. Sie lassen nicht mehr für sich sprechen. Sie sprechen selbst.**

NEWSLETTER **- Zeitschrift für Internationale Kommunikation mit dem einmaligen Abo-System: Gruppen und Einzelpersonen aus der Dritten Welt oder Osteuropa können den *NEWSLETTER* kostenlos beziehen, falls sie sich die Zeitschrift aufgrund der Devisenschwäche nicht leisten können. Möglich wird das durch Eure direkte Solidarität. Personen und Gruppen Europas oder Nordamerikas können ein Soli-Abo übernehmen, damit die Erstellungs- und Verschickungskosten gedeckt sind.**

Am besten gleich bestellen:
Abo (für sechs Ausgaben): DM 40,-;
Soli-Abo: ab DM 75,- oder
Probeexemplar für DM 10 (inkl. Porto)

NEWSLETTER
c/o AStA Uni Hannover
Welfengarten 1
30167 Hannover
tel. 0511-7625063, fax: 0511-717441

GEGEN FASCHISMUS UND KLASSENJUSTIZ
BROSCHÜRE
Gegen die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands

Diese Broschüre erschien im Zusammenhang mit der verbotenen Demonstration und AgitProp-Aktion am 2.10.'95 in Göttingen.

Aus dem Inhalt:
- ★ Klassenjustiz und bürgerliches Recht
- ★ Aggressiv nach außen – repressiv nach innen
- ★ Geschichte und Bewertung der Göttinger „Deeskalationslinie"
- ★ Nur in der Anonymität gelingt ein technokratisch sauberes Abservieren politischer Opposition
- ★ Chronologie, Daten und Informationen zu den laufenden §129-Verfahren gegen die Autonome Antifa (M)

Die Antifaschistische Aktion!

Solidaritätspreis für 52 Seiten Din A5 **4,– DM**

BESTELLUNG
„Klassenjustiz"
Autonome Antifa (M)
c/o Buchladen · Rote Straße 10
37073 Göttingen

Seit 1974 unterstützt die Rote Hilfe e.V. politisch Verfolgte in der BRD. Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige und strömungsübergreifende linke Schutzorganisation. Sie hilft AntifaschistInnen, Total-
FREIHEIT FÜR KANI YILMAZ!
verweigerern, HausbesetzerInnen, DemonstrantInnen und anderen, die wegen ihrer politischen Betätigung kriminalisiert und verfolgt werden. Mit Mitgliedsbeiträgen und Spenden wird für die Unterstützung der Betroffenen bei Anwalts- und Prozeßkosten gesorgt. Zudem organisiert die Rote Hilfe praktische Solidarität, wie Veranstaltungen, Flugblätter, Solidaritätsparties und Demos.

ROTE HILFE e.V
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel. + Fax (04 31) 7 51 41

Seit 25 Jahren in Bewegung...

...die letzten drei Hefte:
207 Türkei
208 Frauen in China
209 Ethnizität
Die *blätter* sind die größte unabhängige Zeitschrift zur Nord-Süd-Problematik im deutschen Sprachraum. Sie erscheinen seit 1970 achtmal im Jahr mit einem Umfang von 52 Seiten. Sie sind die ideale Ergänzung zur alltäglichen Berichterstattung.

Bestellung:
○ Ich bestelle das Probeabonnement mit vier Ausgaben für 20 DM. Das Probeabo verlängert sich automatisch zum Jahresabo wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.
○ Ich bestelle die Materialliste '95

informationszentrum dritte welt
Postfach 5328, 79020 Freiburg
☎ 0761/74003,Fax: 0761/709866

Schwarzer Faden
Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Nr.55 (4/95) enthält u.a.:
★
US-Neonazis und Abtreibungsgegner
von Tom Burghardt
★
Gesundheitspolitik, Migration und HIV/AIDS
von Andrea Doria
★
Motorradkoffer und ein Dienstfahrzeug
von BewohnerInnen der "Fritze"
★
Macht und Herrschaft
von Michael Wilk

Weiter: Mumia Abu Jamal: Berufung; Im Schatten der Militärs (Guatemala) *von Herby Sachs*; Solidarität oder Entwicklungshilfe? *von Rosi Karges;* Die Dinge bekommen Leben (Kybernetik-Kritik) *von ClaBauter;* Slam! Poetry *von Michael Schönauer;* Ken Loach-Spanienfilm *von Annett Busch;* Nationalismus und Kultur *von Wolfgang Haug;* Erich Mühsam-Preis an den Totalverweigerer Andreas Speck; Rezensionen *von Klaus Schönberger (Ruhestörung) und Bernd Hüttner (Flucht und Arbeit)*, SF-Bücherservice

ABONNIERT!
(5 Nrn a. 68 S.): 30.-
Einzelpreis: 7.-

Neu:
Rolf Cantzen
Weniger Staat – mehr Gesellschaft
Was kann der Anarchismus in der heutigen Gesellschaft leisten? Wie sieht aktuelle Staats- und Herrschaftskritik aus?
260 S., 24,00 DM

SF ★Redaktion/Trotzdem
PF 1159, 71117 Grafenau
Fax 07033-45264
Tel. 07033-44273

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 10 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 40 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im** voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

CASTOR - das Buch

Bilder vom Widerstand gegen den CASTOR-Transport nach Gorleben 1994/95

Mutmachender Bildband (146 S.), der den lebendigen und erfolgreichen Widerstand (Sommer '94 bis März '95) im Wendland gegen die geplanten CASTOR-Transport dokumentiert.
Ein Exemplar kostet 24,80 DM plus 3 DM Porto (Rabatte für WiederverkäuferInnen) und ist zu bestellen bei:
Umweltwerkstatt, Herrlichkeit 1, 27283 Verden/Aller

clock work erscheint wieder!
anfang november nr. 37/38

zusammen für befreiung kämpfen

clockwork
leibnizstr. 24
55118 mainz
mind. 5 Exemplare (10 DM)

Ausrangiert!

Aufruf zur Schienendemontage am AKW Gundremmingen*
So, 12. November '95, 12[00] Uhr.
Wenn Ihr unser Leben nicht achtet, achten wir Eure Gesetze nicht.

Um hochradioaktive Atommülltransporte nach Gorleben zu verhindern, um Leib, Seele und Land zu schützen, rufen wir in Gundremmingen und bundesweit dazu auf, gemeinsam die Schienen vor dem AKW Gundremmingen mit einfachen handwerklichen Mitteln gewaltfrei und festlich zu demontieren. Dieses Schienenstück, das einzig dem AKW dient, wird in einer öffentlichen Aktion abgebaut, weil wir den Schutz des Lebens ernst nehmen.

AG Ökologie in der bayerischen PDS (Bissingen), Ilka Angel (Bonn), Elisabeth Altmann (MdB, Bonn), Marieluise Beck (MdB, Bonn), Hanne Beittel (Berlin), Tobias Bezler (Ulm), Sigrid Birrenbach (Freiburg), Alfred Braun (Augsburg), BUND-Jugend (Darmstadt), Wolfgang Collmer (Stuttgart-Degerloch), Tobias Comtesse (Heidelberg), Frank Ludwig Diehl (Langstadt), Peter Dörthe (Ulm), Fred Dorn (Kassel), Felix Duffner (Furtwangen), Reinhard Ebert (Heidenheim), Christine Engler (Berlin), Cosima Fuchs (Darmstadt), Dietrich Gerstner (Heidelberg), Ulrich Görlitz (Berlin), Gitti Götz (München), Kurt Haymann (München), Rolf Hiemer (Tübingen), Gunter Hoehn (Köln), Micki Holmes (Mannheim-Rheinau), Ernst-Ludwig Iskenius (Villingen-Schwenningen), Andreas Jannek (Berlin-Weißensee), Doris Kainz (Kissing), Bruno Kern (Mainz), Markus Kienle (Ulm), Stefanie Klement (Augsburg), Markus Klingler (Langenau-Göttingen), Saskia Kneisel (Freiburg), Elisabeth Köhler (MdL, München), Thekla Köhler (Duisburg), Rolf Köhne (MdB, Bonn), Gabi Krakowitzer (Großbättingen), Gunter Kramp (Darmstadt), Margot Krapp (Lingen), Hermann Kraus (Fürth), Fritz ter Kuile (Amsterdam), Peter Leiberich (Erlangen), Nina Liebhardt (Freiburg), Konrad Link (Pfaffenhofen), Gerta Manz (München), Axel Marue (Darmstadt), Hanni Mayr-Graf (Ebersbach), Bernd Messner (Heidelberg), Harald Müller (Bergen), Laurissa Müttlich (Darmstadt), Gerald Neubauer (Mühltal), Volker Nick (Mutlangen), Agnes Obermaier (Garberg), Katja Oomen-Welke (Freiburg), Martin Otto (Wetzlar), Sascha Paßlack (München), PDS (Darmstadt), Andrea Pfeffer (Mutlangen), Björn Rahm (Taunusstein), [illegible] (Kamp-Lintfort), Siegfried Reusler (Ulm), [illegible] Richter (Leonberg), Bastian Ripper (Darmstadt), [illegible] (Stuttgart), Thomas Rosa (Gundelfingen), Christine Scheel (MdB, Bonn), Ralph Scherer (Ulm), Thomas Schomer (München), Siegfried Schreiber (Vaihingen), Ursula Schönberger (MdB, Bonn), Hans Wolfgang [illegible] ([illegible] a.d. Brenz), Burkhard Sippl-Barth (Frickingen), Kathrin Skoupil (Darmstadt), Stadtpiraten gegen Atom (Darmstadt), Jochen Stay (Güstritz), Inge Sterk (Villingen), Hermann Theisen (Heidelberg), Anne und Hans-Ulrich Tschirner (Wittenberg), Renate-Maria Trester (Köln), AStA der Universität Ulm, Matthias Weiß (Stockdingen-Machingen), Heinz Wittmer (Heidelberg), Matthias Woernle (Darmstadt), Sebastian Veith (Triberg), R. Zimmerer (Bissingen).

Spenden (Aktion & Anzeigen): Mahnwache, Kto 56529, Ökobank, BLZ 500 901 00.
Mahnwache Gundremmingen, c/o Carl-Kabat-Haus, Pf. 90, 73555 Mutlangen.
* direkt bei AKW-Gleisen, 4 km vom Bahnhof Offingen, Bahnlinie Ulm-Augsburg.

Selbstverständnis: Die Mahnwache Gundremmingen ist eine gewaltfreie Aktionsgruppe in der Tradition von M. Gandhi und M. L. King. Seit 5 Jahren kündigen sie ihre Widerstandsaktionen mit Tag, Ort und Uhrzeit an und führen ihre Aktionen dann auch genau so durch, egal ob vom Staat genehmigt, toleriert oder verboten.

Zensurhinweis: Der Abdruck dieser Anzeige wurde abgelehnt von: die tageszeitung (taz) & Frankfurter Rundschau.

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

23701 Eutin, **Redaktion Norddeutschland**, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, **Redaktion Bremen**, Götz Paschen, Everinghausen 42 (statt Telefon: Postkarte; 37073 **Göttingen**, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 49008 **Osnabrück**, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 63512 Hainburg, **Redaktion Frankfurt**, Peter Streiff, Friedensstr. 30, ☎ (06182) 6 82 75, Fax 6 82 78; 67433 **Neustadt/Weinstr.**, Elisabeth Voß, Friedrichstr. 36, ☎ (06321) 3 27 54, Fax (06321) 3 47 01; 69035 **Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; 90429 **Nürnberg**, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 01277 **Dresden**, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 396 30 71 (auch Fax); **Österreich**, A-8983 Bad Mittendorf 36, Roman Schweidlenka

Fachredaktionen :

Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; **Grafische Betriebe: 10999 Berlin**, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Genossenschaften: 79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Handwerk: 18528 Bergen**, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; **Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen Post Hönisch**, Peter von Rüden, Rasmus Grobe, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax (04231) 48 79; **Sozialpolitik: 80337 München**, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); **Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach**, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎ (06103) 4 27 42

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

Mailbox:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

RAT & PLAN

Sozio-Marketing
Organisationen mit einem sozialen Auftrag müssen sich heute auf veränderte Herausforderungen einstellen. An die Stelle öffentlicher Finanzierungen treten heute meist Mischkonzepte, die eine Außendarstellung notwendig machen. Gleichzeitig stehen in diesen Organisationen Arbeitenden und Leitenden unter einem zunehmenden Legitimationsdruck. Eine systematische Konzeption für das Marketing tut not. In diesem Seminar werden im vertrauenswürdigen Rahmen Mittel und Wege zu einer Marketing-Konzeption dargestellt und bearbeitet.
Termin: 8./9.12.95

Grundlagen der Buchhaltung I
Kann Buchführung simpel sein? – Wir meinen ja! Das Seminar vermittelt Ihnen die Grundzüge der Buchhaltung an Hand von praktischen Beispielen. Übungen runden das gelernte ab. Die Themen werden so behandelt, daß keine Vorkenntnisse vorhanden sein müssen. Sie werden nach dem Seminar feststellen, daß Buchführung verstehbar sein kann. Die kleine Gruppengröße (max. 12 TeilnehmerInnen) wird Ihnen genügend Zeit und Raum geben, den Lernstoff zu verarbeiten. Zu den Themen gehören Kassenbuch sowie Umsatzsteuervoranmeldung. Außerdem behandeln wir die Themen Jahresabschluß und Abschreibung.
Termin: 1./2.12.85

Buchführung leicht gemacht II
Wollen Sie wissen, wie doppelte Buchführung funktioniert und was der Unterschied von Buchführungs- oder Aufzeichnungspflicht ist? Dann sind Sie in diesem Seminar richtig! Zu den Themen gehören unter anderem die besonderen Konten Verbindlichkeiten und Forderungen, Skonto, Bedeutung der Bilanz und G.u.V. ebenso, wie die Gewerbesteuer. Das Seminar ist so aufgebaut, daß die Themen zunächst erläutert und dan durch praktische Übungen vertieft werden. Außerdem ist die Teilnehmerzahl begrenzt, um den Einzelnen genügend Zeit für das Erlernen des Stoffes zu geben.
Termin: 18.-20.1.96

Die Auswertung Ihres Steuerberaters
Bekommen Sie Unterlagen von Ihrem Steuerberatungsbüro, die Sie nicht verstehen? Heften Sie diese Unterlagen bisher nur ab und nutzen diese nicht zur Planung? Wollen Sie diese Situation ändern? Dann sind Sie in diesem Seminar richtig! Sie müssen nur einen Abend einsetzen, um die Auswertungen verstehen zu können. Unter anderem werden Ihnen die SuSa, die BWA oder die Konten erläutert, Außerdem wird über die Möglichkeit der weiteren Verarbeitung der Zahlen aus den Auswertungen gesprochen. Da die TeilnehmerInnenzahl begrenzt ist, bleibt genügend Raum für Ihre Fragen.
Termin: 14.12.95
Anmeldung & Information:
Rat & Plan
Am Felde 2
D-22765 Hamburg
☎(0 40) 390 81 10
Fax 390 81 86

NETZ

Wie kann mein Laden im Jahre 2001 aussehen?
Die Naturkostbranche war lange Zeit Trendsetter in Sachen gesundes Leben. Heute hat die Naturkostavangarde ihre Aufgabe erfüllt! Jeder spricht über Lebensmittel, die ökologisch gesund sind. Zu kaufen gibt's sie überall. Und was macht Naturkostläden dann noch unverwechselbar? Jetzt und in 30 Jahren?
In diesem Seminar wollen wir mit der Methode der Zukunftswerkstatt einen Freiraum schaffen, in dem wir mal wieder träumen und spinnen, um dabei neue Ideen für uns und unsere Läden zu entwickeln!
Termin: 16./17.11.1995, Niederkaufungen

Controlling in Non-Profit-Betrieben und selbstverwalteten Projekten
Die leidigen Finanzen sind auch in Non-Profit-Betrieben und selbstverwalteten Projekten ständiges Thema und in der Regel drücken sie. In diesem Seminar sollen aus dem Spektrum der Controlling-Methoden solche ausgewählt werden, die zu den Strukturen der Zielgruppe passen. Im Vordergrund steht die Beschäftigung mit der Philosophie des Controlling. Die oft gehörte Ausssage »Wir wissen gar nicht, wo wir finanziell stehen« kann durch Transparenz des Betriebsgeschehens beantwortet werden. Sie verändert aber auch gewachsene Machtpositionen – auch darum wird es gehen.
Termin: 23./24.11.1995

Praktikable Wege zum EG-Öko-Audit
Biologisch wirtschaftende bzw. umweltbewußte Betriebe stellen ihr Engagement öffentlich dar. »Audit« beinhaltet Umweltcontrolling, Schwachstellenanalyse, organisatorische Systematik und Dokumentation. Im Seminar werden folgende Themen behandelt:
Das wichtigste der EG-Verordnung in Kürze. Was muß ein Betrieb tun? Typische Fehler und Fallen. Ökobilanzen: Wie geht das? Die Umwelterklärung des Betriebes. Wie wird's gefördert?
Mit Fallbeispielen aus Vollkornbäckereien, übertragbar auch auf andere handwerkliche Betriebe.
Termin: 15.1.1996, Bremen
Information & Anmeldung:
netz für Selbstverwaltung
& Selbstorganisation
Schäfergasse 46
D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 28 87 16
Fax 29 54 32

AG SPAK

Cirkus-Projekt
Im Rahmen dieses einwöchigen Cirkusprojektes (Titel: »Zeitlupe – Raumlupe – Arbeitslupe«) wollen wir mit Jugendlichen die Erfahrungen des »rasenden Stillstandes«, der nicht mehr nachvollziehbaren Geschwindigkeit des Lebensalltags aufarbeiten und Bewußtsein darüber herstellen. Mit Mitteln der Theater- und Cirkusarbeit sollen Jugendliche ihre Lebenswelt primär mit körpersprachlichen Mitteln darstellen. Wenn Menschen in der Lage sind, ihre Lebenssituation in ein konkretes Cirkusprogramm umzusetzen, dann haben sie ein Bewußtsein über ihre Situation; Mit dieser wichtigen Voraussetzung kann soziales Engagement ermöglicht werden. Es ist geplant, das erarbeitete Cirkusprogramm in einer abschließenden Aufführung öffentlich zu machen. Die Zusammensetzung der TN-Gruppe ist entsprechend der Projektkonzeption weit gefaßt, so daß ein breiter sozialer Spannungsbogen auf die Bühne gebracht werden kann.
Termin: 21.-26.11.95, Nahrendorf

Sozialpolitisches Forum 1995
Hintergrund des diesjährigen Rahmenthemas ist das 25jährige Bestehen der AG SPAK und auch gleichzeitig das fünfjährige Jubiläum der Sozialpolitischen Gesellschaft. Es ist uns aber nicht genug, in diesem »Jubiläumsjahr« nur auf die Vergangenheit dieser Organisation zurückzublicken, sondern wir wollen vorwärts in die Zukunft gerichtet über die anstrebenswerten, notwendigen und realisierbaren Entwicklungen sozialpolitischer Arbeit in den unterschiedlichen Arbeitsfeldern in der BRD aber auch im Europäischen Kontext in den nächsten 25 Jahren nachdenken.
Deshalb steht das diesjährige Sozialpolitische Forum unter dem Motto »Perspektiven Sozialpolitischer Arbeit in den nächsten 25 Jahren« und es sind alle sozialpolitisch interessierten und engagierten Menschen bzw. die Betroffenen- bzw. Interessensorganisationen und Verbände aufgerufen, sich an der gemeinsamen Formulierung eines Entwurfes einer zukünftigen gerechteren Sozialpolitik zu beteiligen.
Neben den einführenden Einschätzungen der zukünftigen Anforderungen und Entwicklungen durch mehrere namhafte SozialwissenschaftlerInnen im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung wird das Hauptgewicht der inhaltlichen Auseinandersetzung auf der Diskussion der Perspektiven in möglichst vielen Arbeitsgruppen sein. Grundlage dafür sind erst einmal die bereits existierenden Arbeitsfelder der AG SPAK und der Sozialpolitischen Gesellschaft, weitere Themenbereiche sollen und können darüber hinaus natürlich auch ihren Platz finden.
Termin: 1.-3.12.95, Kassel
Information & Anmeldung:
AG SPAK
Adlzreiter Str. 23
D-80337 München
☎ (0 89) 77 40 78
Fax 77 40 77

VERBRAUCHERPOLITIK

Konsumwende – Mehr Wohlstand für alle?
Die Perspektiven einer ökologischen und sozialen Verbraucherpolitik stehen im Mittelpunkt eines Kongresses, den die VERBRAUCHER INITIATIVE (Bundesverband) anläßlich ihres 10-jährigen Bestehens vom 23.-24. November 1995 in Bonn veranstaltet. Die vor allem aus dem ökologischen Bereich erhobene Forderung nach einem veränderten Konsumstil soll dabei vor dem Hintergrund der zunehmenden Verarmung und Verschuldung diskutiert sowie die bislang isolierten Diskussionen über ökologische und soziale Fragen zusammengeführt werden.
Vorträge:
»Fortschritt des Konsums – Rückschritt in die Barbarei«
»Lebenswelten und Konsum – Neue Trends im Verbraucherverhalten«
»Von der Hand in den Mund – Leben mit Niedrigeinkommen«
Dialoge:
1. Dressierte Kunden?
2. Verbraucherpolitik als sozialpolitische Aufgabe?
3. Ökologische Reformen und Sozialverträglichkeit?
4. Gerechtigkeit für Chemikaliengeschädigte?

Podiumsdiskussion:
Macht-Markt-Meinung: Perspektiven für eine öko-soziale Verbraucherpolitik
Als ExpertInnen haben u.a. zugesagt: Erika Bihn (Nationale Armutskonferenz), G. Härle (UnternehmensGrrün), S. Bach (DIW), U. Hamm (FH Neubrandenburg).
Weitere Informationen: Bundesgeschäftsstelle Verbraucher Initiative e.V., Breite Str. 51, D-53111 Bonn
☎(02 28) 726 33 93
Fax 726 33 99

MEDIEN

Graphik und Layout
Soziale und kulturelle Einrichtungen erstellen Broschüren, Handzettel, Werbeanzeigen und Plakate, um ihre Inhalte, Programme, Themen und Diskussionsbeiträge an die interessierte Öffentlichkeit zu bringen und für Veranstaltungen und Angebote zu werben. Optisch gut verpackt und angeboten finden Informationen leichter den Weg zum Leser.
Wer von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden will, muß wissen, wie man mit den Mitteln der Gestaltung die Aufmerksamkeit des Lesers weckt. Ansprechende Veröffentlichungen sind für jede Initiative oder Einrichtungen ein Muß.
Termin: 25. bis 26.11.1995, Nürnberg

Image und Öffentlichkeit
Soziale und kulturelle Einrichtungen wenden sich nach außen, um ihre Inhalte, Programme und Themen an die interessierte Öffentlichkeit zu bringen und für Veranstaltungen und Angebote zu werben. Wer von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden will, muß Ziele und Eigenpersönlichkeit der eigenen Einrichtung als positives Image ins Bewußtsein der Zielgruppe rücken.
In unserem Seminar geht es um die professionelle Einarbeitung und Gestaltung der Kommunikationsmittel, mit denen Institutionen mit dem Umfeld in Verbindung treten.
Termin: 16. bis 17.12.1995, Nürnberg

Journalistische Stilformen
Vom Aufbau eines journalistischen Beitrages hängt es ab, ob er gelesen wird. Jedes Thema, jede Information, jedes Angebot kann man auf verschiedene Weise darstellen. Für MitarbeiterInnen in sozialen und kulturellen Einrichtungen, die sich mit Broschüren, Flugblättern, Handzetteln und Plakaten an die Öffentlichkeit wenden, sind Kenntnisse in diesem Bereich des praktischen Journalismus unverzichtbar.
Termin: 27. bis 28.1.1996, Nürnberg
Information & Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie e.V.
Sigrid Zauter
Holzschuherstr. 6
D-90439 Nürnberg
☎(09 11) 26 88 46
Fax 13 14 06

GESUNDHEIT

Macht – Vernetzung – Gesund?
Vernetzung ist gegenwärtig ein Zukunftstrend in der Gesundheitsförderung, -bildung und -versorgung. Heute wird die Forderung nach mehr regionalen und kommunalen Kooperationsnetzen aller mit Gesundheit befaßten Institutionen laut. Große Hoffnungen werden mit dieser Organisationsform verbunden: bessere Koordination der Gesundheitsangebote, effektivere Kooperation der Anbieter, Abbau von Konkurrenz und Wettbewerb, verbesserte Qualität der Gesundheitsförderung und -dienste, mehr politische Einflußmöglichkeiten usw. Zunehmend wird diskutiert, in welcher Art und Weise sich wer, wie, mit wem und im Hinblick auf welche Zielsetzungen, welche Aktivitäten und welchen Arbeitsaufwand vernetzen sollte und kann. Unterschiedliche Vernetzungsmodelle sind in der Praxis entstanden, immer mehr Konzeptionen für neue Vernetzungsmodelle werden entworfen. Das Für und Wider und die Weiterentwicklung schon bestehender und angedachter Vernetzungsmodelle hat vielerorts zu lebhaften und engagierten Auseinandersetzungen geführt.
Diese Tagung will klären:
- Aufgrund welcher gesellschaftlichen Entwicklungen und Trends ist der Vernetzungsgedanke heute so aktuell?
- Welche Visionen und Zukunftsperspektiven werden mit mehr Vernetzung verbunden?
- Wem nützt Vernetzung? Welche Vorteile hat Vernetzung für die Menschen, die Angebote im Gesundheitsbereich in Anspruch nehmen? Welche Vorteile hat sie für Anbieter von Gesundheitsangeboten?
- Wie ist Vernetzung sinnvoll? Welche Modelle gibt es? Welche sind angedacht?
- Unter welchen Bedingungen können Kooperation und Koordination zur Verwirklichung ihrer Ziele führen? Wie können Hindernisse und Probleme bei der Realisierung von Kooperation überwunden werden?

Termin: 1. bis 3.12.95, Soest
Anmeldung:
Landesinstitut für Schule und Weiterbildung NRW
Abt. Weiterbildung
Paradieser Weg 64
D-59494 Soest

ENERGIE- & UMWELT

Luftdichtheit von Gebäuden
Die neue Wärmeschutzverordnung stellt hohe Anforderungen an die Luftdichtheit von Wohngebäuden: Die Gebäudehülle soll luftundurchlässig gebaut und somit sollen unkontrollierte Energieverluste minimiert werden. Die Blower-Door-Messung zeigt Fehlstellen auf und sensibilisiert PlanerInnen und Ausführende. In diesem Fachseminar wird anhand von Dias aus mehr als 100 Messungen und eines Blower-Door-Tests auf die Praxis Bezug genommen. Es besteht die Möglichkeit, am Abend vorher anzureisen und nach vorheriger Anmeldung im Niedrig-Ennergie-Glashaus des EUZ zu übernachten. Die TeilnehmerInnenzahl wird auf 10 begrenzt.
Termin: 6.12.95 oder 10.1.96

Alles über Niedrig-Energie-Häuser
Die bisherigen Erfahrungen bei Planung, Bau und Nutzung von Häusern mit geringem Energieverbrauch zeigen, daß bei hohem Komfortgewinn Niedrig-Energie-Häuser realisierbar sind. Gefragt ist die intelligente und kreative Kombination bekannter, zukunftsweisender Techniken und Problemlösungen. An erster Stelle steht der bauliche Wärmeschutz, realisiert mit möglichst umweltverträglichen Materialien. Luftdichte Bauweise und bedarfsgerechte Lüftung geben die Garantie für Bauschadensfreiheit und ein gesundes, behagliches Raumklima.
Der Einsatz ressourcenschonender Energieträger zur Wärmeversorgung sowie Überlegungen zur rationellen Stromverwendung runden das Baukonzept ab. Bleibt noch das energiebewußte Verhalten der BewohnerInnen.
Termin: 27.11.-1.12.95

Ist bei Ihnen noch alles ganz dicht?
Vielleicht leben auch Sie in einer Wohnung, die zwar schön, aber manchmal ungemütlich ist? In vielen Fällen sind kalte Wandoberflächen, beschlagene Fensterscheiben, Schimmel an der Wand oder Zugluft bei windigem Wetter die Gründe.
In diesem Seminar wird das notwendige Hintergrundwissen für diese Mängel verdeutlicht und eine Auswahl von ökologischen Materialien, sowie dessen Einsetzbarkeit und Handhabung aufgezeigt. Haben Sie sich entschlossen, die maßnahmen in die Tat umzusetzen, wird dies erheblich durch eingesparte Energiekosten zu Buche schlagen.
Termin: 9.12.95
Information & Anmeldung:
Energie- und Umweltzentrum
D-31832 Springe
☎(0 50 44) 9 75 20
Fax 9 75 66

KULTUR

Marketing für kulturelle Einrichtungen
Am 14. Dezember veranstaltet die Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogischer Dienste (LKD) in Unna ein Seminar für MitarbeiterInnen kultureller Einrichtungen. Im Mittelpunkt der Fortbildung steht die Ausarbeitung einer Marketingstrategie, die in Form eines Planspiels entwickelt und deren Durchführung praktisch erprobt wird. Berücksichtigt werden insbesondere Zielgruppenansprache, Marketingplanung und Erfolgskontrolle.
Erfolg oder Mißerfolg kultureller und kulturpädagogischer Angebote hängen nicht allein von der Stimmigkeit des inhaltlichen oder pädagogischen Konzepts ab. Alle wissen, daß die eigentliche Arbeit in eine Fülle konzeptioneller, organisatorischer oder eben auch 'außenpolitischer' Strategien eingebettet ist, unter denen das marketing eine Schlüsselstellung einnimmt. Da es jedoch nicht egal ist, welche Inhalte verkauft werden sollen, bedarf es zum Erfolg der Entwicklung individuell abgestimmter, einrichtungsspezifischer Marketingkonzepte.
LKD, Luisenstr. 22, D-59425 Unna
☎(0 23 03) 6 93 24, Fax 6 50 57

SCHON BESTELLT ?

BUNTE SEITEN 1995
Mehr als ein reines »Who is whow« in der Alternativen Ökonomie ist das Adreßwerk BUNTE SEITEN – Herbst/Winter 95/96. 10.000 Anschriften von Betrieben, Initiativen und Projekten aus der BRD, Schweiz und Österreich. Zusammengestellt und bearbeitet von CONTRASTE-Regionalkontakten.
Ein wichtiges Nachschlagewerk. Für alle, die sich über Projekte, Initiativen und Betriebe aus dem Bereich Ökologie & Selbstverwaltung informieren wollen.
200 S. im Format 23 x 29,7 cm,
ISBN 3-9240085-02-1, 30 DM (Vorkasse). Alle Adressen auch auf Diskette im D-Base-Format (für alle gängigen Datenbankprogramme) für 120 DM (auf Rechnung) lieferbar.

Bestellungen:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg